Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

Nr. 340
27. Juni 1980

2,50 DM
incl. 6,5 % MWSt.

D 1870 C

EL SALVADOR

am 20. august 1936
noch vor sonnenaufgang
ließ jose valdes
gouverneur von
granada
den dichter erschießen
auf befehl von general
queipo de llano
nummer eins damals
der tötenden bestien
in spanien:
gebt ihm kaffee
viel kaffee ! *
funkspruch am abend
des 18. august 1936

P.P.Zahl:
Verniemandung
* (Befehl, Garcia Lorca zu erschießen)

EDUSCHO TSCHIBO MELITTA
JACOBS. unsere kaffee-partner

Richtigstellung: Der letzte ID Nr. 339 enthielt auf der Seite 2 einen Vorspann zur Räumung von 1004, der nicht, wie angegeben, von der Elbe-Jeetzel-Zeitung stammt, sondern von der Öko-Gruppe.

Die Redaktion weist nach Reklamation von Seiten der Post noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß die gesamte Nummer nicht die Elbe-Jeetzel-Zeitung ist, sondern der allerrichtigste ID.

Anfang Juli bekommen wir einen neuen Composer, einen 82er.

Dann können und wollen wir (wegen Finanzierung) Fremdaufträge übernehmen, d.h. wir können Eure Zeitung/Euer Flugblatt/ Bücher u. s. w. tippen.

Der Composer schreibt Blocksatz, Flattersatz oder Rauhsatz mit verschiedenen Schrifttypen und -größen. Kosten wird der Satz DM 40,- pro Speicher. (Ein Speicher sind ca. 4 - 5 Schreibmaschinenseiten, 1 1/2 - zeilig, im Endergebnis ungefähr eine gesetzte ID-Seite.)

Wenn ihr etwas setzen lassen wollt, meldet euch (am besten telefonisch) bei uns: 0611 / 70 43 52 .

ID- Setzerkollektiv

"DIE POLIZEI SCHLÄGT ZU ...."

Zur Deckung von Prozeßkosten und der Öffentlichkeitsarbeit hat die Krefelder Initiative gegen Polizeiwillkür einen Aufkleber herausgegeben.

Dieses grüngelbe runde Ding mit einem keulenschwingenden Polizisten und dem klugen Spruch: "die Polizei schlägt zu — Angeklagt bist DU" kostet 1,- DM incl. Porto. Bei Bestellungen ab 10 Stück nur noch 80 Pfg. Bezahlung gegen Vorkasse in Briefmarken oder auf das Konto 137422, Sparkasse Krefeld BLZ 32050130.

Kontakt: Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür, c/o Hans Boeck, Geldernsche Str. 63, 415 Krefeld 1

kurze

Theater im Zelt, auf der Quäkerwiese im Frankfurter Gallusviertel, geht weiter. Am 28. Juni (Samstag, nicht Sonntag, wie fälschlich im letzten ID stand) ab 15 Uhr gibt's das große Fest; um 19.30 Teatro Siciliano.

Ab 6. Juli geht das Programm so weiter: Sonntag 6. Juli 11 Uhr Liedermacher-Frühschoppen; 15.30 Uhr zaubert Magier Bora für die Kinder; 19.30 'Was heißt hier Liebe' von den Schnawwels. Dasselbe Schnawwel-Stück am 7. Juli um 15.30 Uhr.Am 9. Juli 15.30 Uhr 'Hau ab, du Zwerg' von Klappmaul, und 19.30 Uhr der letzte 'Brotladen' im Zelt. **Kontakt: Andreas Wellano, Wolfsgangstr. 59, 6000 Frankfurt 1, Tel.0611/5972180**

Spendenaufruf für peruanische Bergarbeiter: Amnesty International bittet um Spenden für peruanische Arbeiter, deren seit drei Wochen andauernder Streik blutig zusammengeschlagen wurde. Vier Arbeiter wurden getötet, 18 verletzt, 90 verhaftet.

Die Spendenbeiträge kommen in voller Höhe den Betroffenen, den Hinterbliebenen der Ermordeten, etc. zu.

Konto „Aktion Peru", Volksbank Tübingen (BLZ 641 901 10), Nr. 37285009.

„Menschenwürdiges Wohnen": Am Freitag, den 4.Juli um 20 Uhr, findet das 5. Hearing zum Thema „ Menschenwürdiges Wohnen — Ziel einer sozialen Stadtplanung" statt.

Kontakt: Projektgruppe Wohnungslosigkeit, Gero Beust, Wibbelstr. 26, 463 Bochum, Tel.: 02327/ 135 69.

Öko-Journal: *Die Zeitungsmacher des Öko-Journals schreiben über ihr Machwerk:*

Es ist weder schwarz, noch rot, noch grün und doch politisch. Es ist weder aktuell, noch informativ. Es baut auf, indem es niederreißt. Es legt sich quer, damit man stolpert und das Hirn geschüttelt wird. Es entsetzt Bürger, frustriert Freaks und langweilt Ökologen. Es paßt in keine Szene und trotzdem existiert es seit 8 Jahren, das

ÖKO-JOURNAL

6mal jährlich über Ökologie, Alternativen, Kreativität und Mumm. Aborichtpreis: 30 DM oder weniger oder mehr. Bei Oekojournal, CH-9128 Bächli, Tel. 07/ 56 11 49, oder Sprendlinger Landstr. 74, D-6050 Offenbach.

KNASTMEDIZIN RUHRGEBIET

Eine Gruppe von Medizinern und Rechtsanwälten hat sich zusammengefunden, um die mangelhafte medizinische Versorgung der Gefangenen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und durch direkte medizinische Beratung und Untersuchung dem Gefangenen die medizinische Hilfe zu geben, die ihm von Haftanstaltsärzten und der Anstaltsleitung aus verweigert wird. Dazu benötigen sie Informationen aus den Knästen selbst und vor allem direkten Kontakt zu Gefangenen.

Kontakt: Knastmedizin Ruhrgebiet Eltingstrasse 35 / 4300 Essen

kurze

KLAGE GEGEN LEISTUNGSBESCHEIDE

Wer gegen den Leistungsbescheid zur Zahlung der Grohnde-Dorf-Räumung Widerspruch eingelegt hatte, erhält jetzt den Widerspruchbescheid der Bezirksregierung. Dagegen kann geklagt werden. Die BI Hameln überlegt das Für und Wider einer Klage und lädt Interessierte ein, mit ihr Kontakt aufzunehmen, bzw. zum Treffen am Sonntag, 29. 6. 80 um 14 Uhr in Hameln in der Gaststätte 'Sumpfblüte' neben dem Güterbahnhof zu kommen. Über Formaljuristisches informiert die BI:

Kontakt: BI Hameln c/o Leseratten GmbH / Buchladen Kleine Straße/Neue Marktstr. 17 / 3250 Hameln 1 Tel.: 05151 / 2 61 61

kurze

GEFANGENEN–SELBSTHILFE

Im Knast Hamburg Fuhlsbüttel (Santa Fu) hat eine Gruppe von Gefangenen den Verein "Interne Gefangenenselbstinitiative e. V." gegründet.
Die Gefangenengruppe schreibt: *"Diese Gründung wird von der Hoffnung getragen, daß wir Gefangenen uns nunmehr besser und effektiver gegen jegliche Art von "Unrecht", wie u.a. Willkürmaßnahmen und Repressalien wehren können(...)"*

Kontakt: Interne GSI / Am Hasenberg 26 2000 Hamburg 63

RADFAHRT ZUR BLOCKHÜTTE AM FLUGHAFEN AM 6. JULI

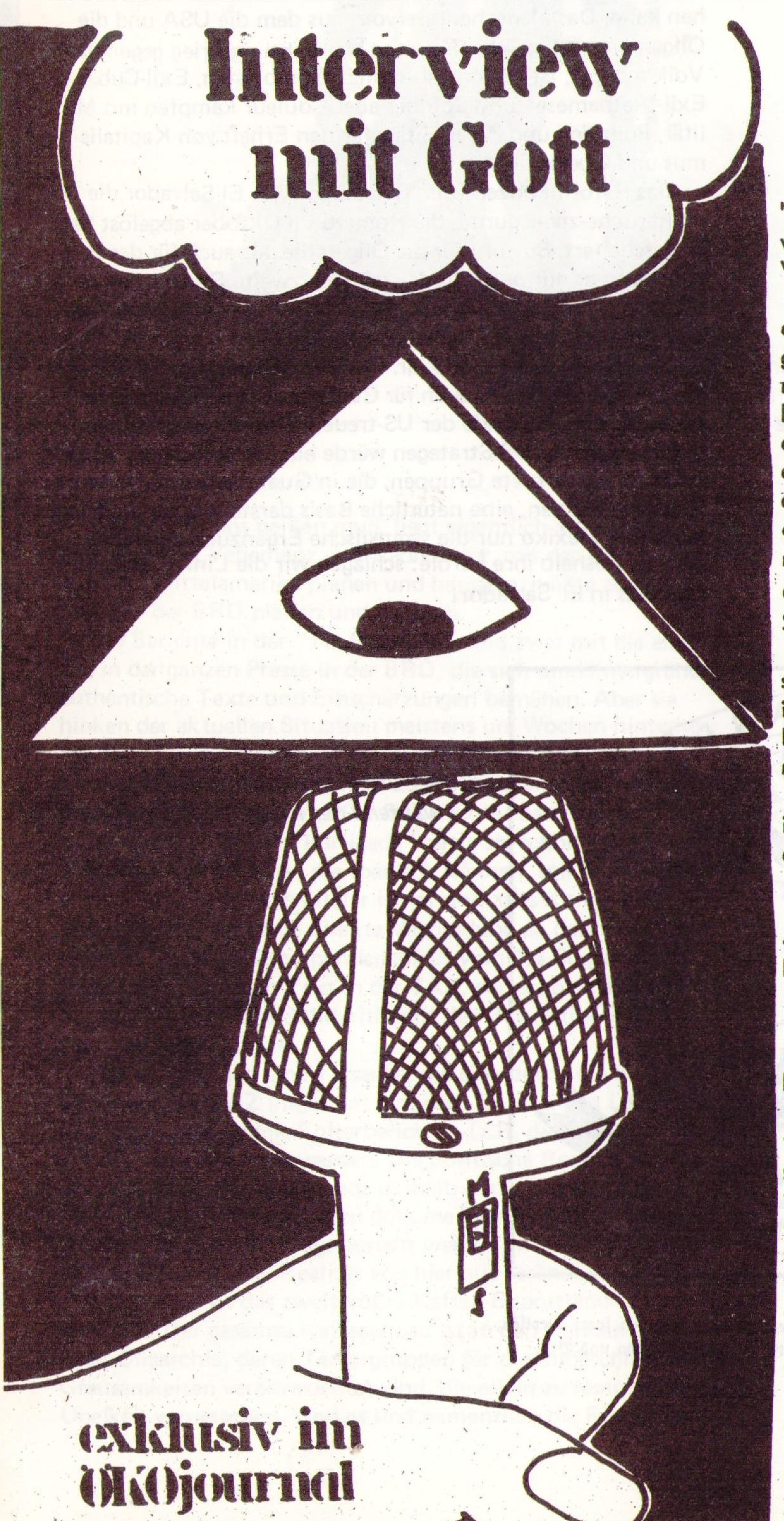
Frankfurt, 22. 6. 80

Wir laden alle Frankfurter Radler zum Fahrradausflug zur Hütte am Sonntag, den 6. Juli, ein. Fahrt eine bis anderthalb Stunden, ab 11 Uhr am Römer, entlang dem südlichen Mainufer, vorbei an Schwanheim, durch Kelsterbach, Okriftelerstraße in Richtung Walldorf, Mönchbruchallee in den Wald rechts rein.

Mit dem Auto fahrt Ihr zum Radarturm an der Okriftelerstraße, zwischen Walldorf und Kelsterbach, parkt rechts ein und folgt nach links den Holzpfeilen mit den gelben Punkten.

Besucher sind an allen Tagen erwünscht.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Bürgerinitiativen / Gisela Adamek/ Tel. 0611 / 72 73 12



"Grüss Gott, Herr Gott," sagte ich als mir Gott, überraschenderweise persönlich, die Tür seines bescheidenen Häuschens in einer Vorstadt des Himmels öffnete.

"Ach, da kommt ja endlich wieder jemand von der Erde," sagte er zur Begrüssung. Offenbar hatte er meiner Aufmachung an sofort gemerkt, dass ich von der Menschenwelt kam. "Das passiert mir recht selten", fuhr er fort, indem er mir in seine gemütliche Wohnküche voranging. Er setzte Wasser auf, gab drei Löffelchen Tee in die Teekanne und ging auf eine Gruppe von Sesseln zu. "Setz dich", bedeutete er und liess sich selbst in einen zerschliessenen aber bequemen Sessel fallen, die Knie über die Lehne geschwungen. Seine Gelassenheit steckte mich an. Ich liess mich ebenfalls nieder, froh, dass alles so wenig förmlich zuging. Offenbar hatte Gott öfters Besuch. Nur so konnte ich die Vielzahl der bequemen Sitzgelegenheiten erklären.

"Nun denn, was führt dich hierher," fragte Gott weniger geschäftig als echt gespannt und fuhr dann gleich selber fort: "Nein, ich bin wirklich gespannt, was du von der Erde erzählst. Was wir hier oben von euch da unten vernehmen beunruhigt mich nämlich nachgerade".

"Mich eben auch," fiel ich im ins Wort. "In letzter Zeit habe ich zunehmend Schwierigkeiten bekommen mit Leuten, die sich dir in irgend einer Weise verpflichtet fühlen."

"Mir verpflichtet fühlen, wie meinst du das?"

"Es sind mir haufenweise Leute begegnet, die sagen, ihr Leben und Handeln sei von dir, Gott, massgeblich beeinflusst und abhängig."

"Das alte Lied...," mumelte er zu sich.

"Das hat mich immer wieder verunsichert. Eine Menge Leute führen ständig deinen Namen im Mund und ich kann mir so gar keinen Reim darauf machen, warum sie dies tun. Alle möglichen Nervensägen bearbeiten in letzter Zeit meine Geduld, indem sie von sich behaupten, alles, was sie täten, das Gute insbesondere, geschehe in deinem Namen. Und dann schauen sie mich immer so verdattert an, wenn ich sie frage, warum denn nicht in ihrem eigenen Namen, auf ihre eigene Verantwortung. So viele Leute scheinen in dir eine Autorität zu erblicken, die gewisse Dinge von ihnen verlangt und ihnen andererseits die Kraft gibt, sie durch... ...mal wissen, woher si... ...ei dir gewesen, um si...

"A... ...elten Leute von der E... ...nit ging er an den H... ...er zurück, den Teekrug in der einen Hand und zwei Tassen vom Zeigefinger der andern Hand baumelnd. "Die Erdenmenschen scheinen sich ein

*Moment mal, wasn das fürn Schrott.
Wenn ihr von einem gelungenen Abend in Gottes Wohnküche erfahren wollt, lest das letzte Öko-Journal. Aber laßt mich in Ruhe.
Luzifer/ID*

EL SALVADOR

"Gerade als Antwort auf eure Berichterstattung in Bezug auf El Salvador"
Brief an die "Tageszeitung"

Dieser Brief von Ulrike und Andreas Altnarr an die "Tageszeitung", wird hier abgedruckt, um die Debatte, was Solidarität konkret heißen kann, voranzubringen. Wichtig erschien uns (Auslandsgruppe) der Punkt, an dem kritisiert wird, daß es in der TAZ dem Leser selbst überlassen wird, wie er mit den Folterberichten fertig wird. Wir würden uns über Leserbriefe hierzu freuen, da wir uns oft fragen, wie unsere (im ID) Berichte über ständigen Mord und Folter, besonders in Lateinamerika, von den Lesern aufgenommen werden.
Auch wir fühlen uns von der Kritik betroffen, obwohl wir immer versucht haben, konkrete Vorschläge zur Solidaritätsarbeit zu machen. Tatsächlich erreichen uns aber immer mehr Berichte, die solchen Horror anklagen, aber nie Berichte über Diskussionen, wie man mit dieser Realität fertig wird und reagiert.

SOLIDARITÄT MIT DER REVOLUTION IN EL SALVADOR !

Der Generalstreik, der am 30. Mai ausgerufen wurde, um gegen die brutale Repression zu demonstrieren und um gegen die Oligarchie, ihre faschistischen Banden und deren fortwährende Massaker, gegen die US-gelenkte Junta und das Militär zu mobilisieren, wird nur teilweise befolgt oder kann nur teilweise befolgt werden.

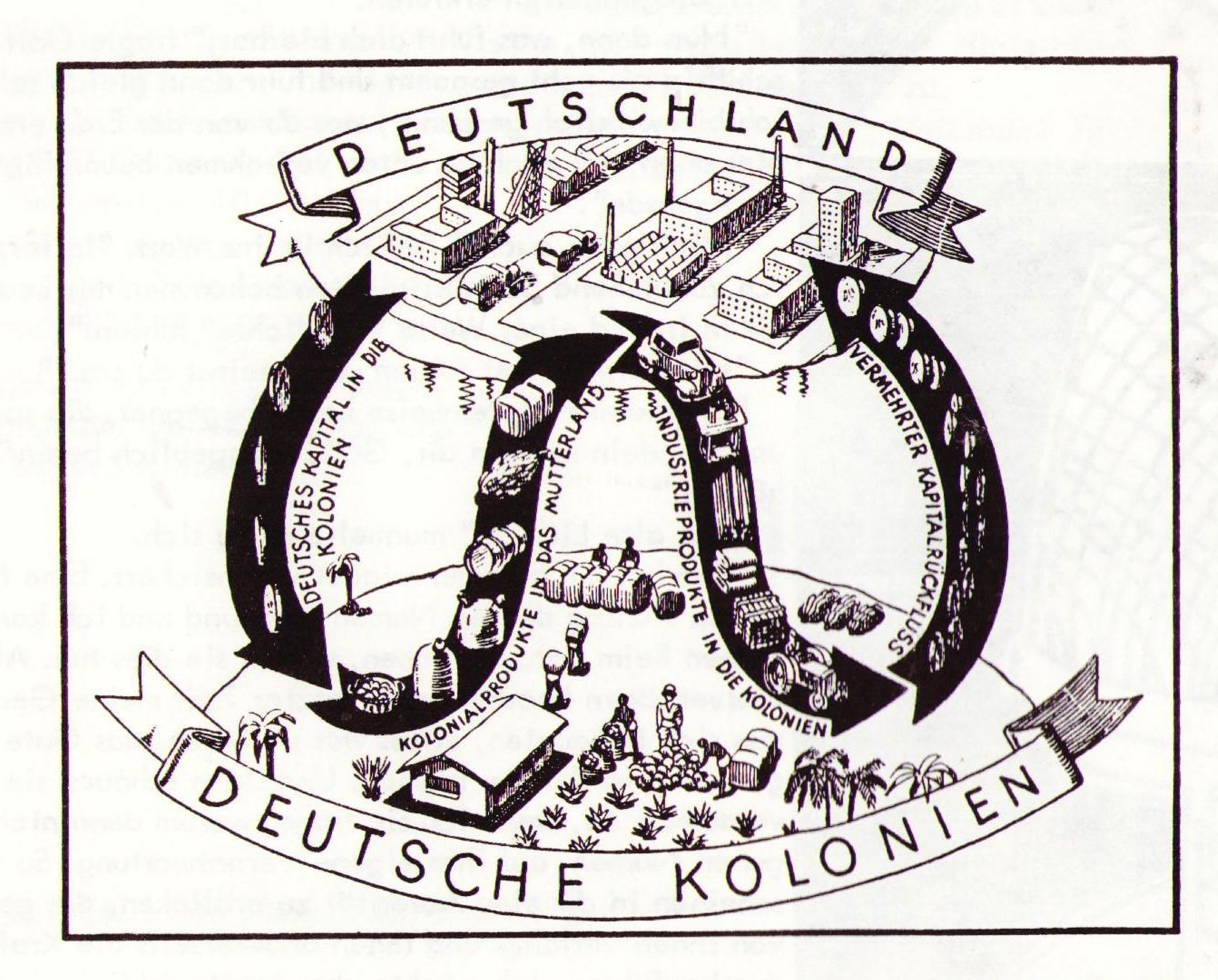
Das Klima, das durch die tägliche Ziffer von Toten und Totgefolterten entsteht und die Tatsache, daß die Vorbereitungen für den bewaffneten Massenaufstand noch nicht abgeschlossen zu sein scheinen, wirken nach außen hin, als seien die Rechte und ihre Marionetten-Junta übermächtig.

In Wirklichkeit haben die Kämpfe der bewaffneten Teile der revolutionären Massenorganisationen eine Dimension erreicht, die sich hier nur in der nahezu totalen Nachrichtensperre in den bürgerlichen Medien niederschlägt.

Die Situation ist trotzdem verzweifelt. In ganz El Salvador haben Militär, Rechtskräfte und ihre US-Berater ein Netz vor Militärbasen errichtet, die es faktisch unmöglich machen, irgendwo ein Gebiet zu gewinnen, in das sich die Guerilla zurückziehen kann. Das Menschenreservoir, aus dem die USA und die Oligarchie El Salvador für ihren Vernichtungskrieg gegen das Volk schöpft, ist schier unbegrenzt. Somozisten, Exil-Cubaner, Exil-Vietnamesen und Söldner aller Couleur kämpfen mit Militär, Polizeien und Paramilitärs für den Erhalt von Kapitalismus und Oberschicht.

Das Reformkonzept der Trilateralen für El Salvador, die militärische-zivile Junta, die Romero im Oktober abgelöst hat, ist gescheitert. Sowohl für die Oligarchie, als auch für das Pentagon gibt es nur noch ein Mittel, eine zweite Revolution in Mittelamerika zu verhindern: die Strategie des Massenmordes und der Massaker, die täglich stattfinden.

Die Hintergründe sind klar. Wenn die Revolution in El Salvador siegt, würde das auch für Guatemala und Honduras in kürzester Zeit das Ende der US-treuen Diktaturen bedeuten. In der Logik des US-Strategen würde ein revolutionäres El Salvador für bewaffnete Gruppen, die in Guatemala und Honduras operieren würden, eine natürliche Basis darstellen, für die Nicaragua und Mexiko nur die strategische Ergänzung darstellen könnte. Deshalb ihre Parole: schlagen wir die Linke Zentralamerikas in El Salvador!



Der Kreislauf der nationalen Wirtschaft zwischen Mutterland und Kolonien spart Devisen, erhöht unsere Unabhängigkeit vom Auslande und sichert deutschen Arbeitern Lohn und Brot

aus einem Lesebuch
während der Kaiser Wilhelm Zeit



Was das für uns heißen muß, liegt eigentlich auf der Hand; mit derselben Vehemenz und Radikalität, mit der die "Yanquis" für Mittelamerika planen und handeln, müßte auch die Linke in der BRD planen und handeln.

Die Berichte in der "Tageszeitung" sind zwar mit die einzigen in der ganzen Presse in der BRD, die sich um Hintergründe, authentische Texte und Einschätzungen bemühen. Aber sie hinken der aktuellen Situation meistens um Wochen hinterher. (So kam z.B. die Plattform der demokratischen Revolutionsregierung, die in San Salvador am 23.2.80 bekanntgegeben wurde und über die die FAZ am 29.2.80 berichtet hatte, erst am 20. 5. 80 in die TAZ. Die "Barricada" hatte sie schon Ende Februar abgedruckt, und Leute, die spanisch können, soll es in Berlin auch geben). Aber was fataler ist, es sind alles Kommentare und Berichte, die keine direkte Verbindung zu den Lesern aufnehmen. Außer einem Spendenaufruf vom 1.4.80 gab es 1980 noch keinen einzigen Text in der TAZ, der problematisiert hätte, wie praktische Solidarität mit der Revolution in El Salvador aussehen könnte.

Das ist natürlich eine Tatsache, die sich durch die Berichterstattung der TAZ insgesamt hinzieht. Es wird den Lesern überlassen, wie sie mit Folterberichten (z.B. das Interview vom 1.4.80) innerlich fertigwerden. Die politische Realität in Lateinamerika ist brutal; und gerade deshalb darf es nicht genügen, diese Brutalität anklagend zu dokumentieren, sondern es muß gleichzeitig auch die Frage gestellt werden, wie sich diese brutale, totalitaristische Realität von hier aus verändern läßt.

El Salvador ist das zweitgrößte Kaffee-Exportland Lateinamerikas. Der gesamte Kaffeeanbau ist in den Händen eben jener Oligarchie, deren Terrorgruppen für die unbeschreiblichen Grausamkeiten verantwortlich sind, die allein zu lesen schon Übelkeit verursachen. Und es sind namentlich die Firmen:

EDUSCHO GmbH, LLoydstr. 4, 2800 Bremen, mit 1.000 Milliarden DM Jahresumsatz, MELITTA WERKE, Postfach 000 (= 880), 4950 Minden, mit 1.417 Milliarden DM Jahresumsatz, TCHIBO–KAFFEE, Tchibohaus, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/35 90 31, mit einem Jahresumsatz von 1.425 Milliarden DM, und JACOBS–KAFFEE, 2800 Bremen, mit 1.522 Milliarden DM Jahresumsatz (alle Zahlen von 1979),

die insgesamt Kaffeeprodukte für 75,3 Milliarden DM (1978) oder 126 Milliarden DM (1977) aus El Savador bezogen haben. (Quellen: Länderkurzberichte, El Savador 1979, Statistisches Bundesamt; FAZ, Blick durch die Wirtschaft 17.1.80)

Über verschiedene dieser Konzerne ist einiges bekannt. So gibt es zum Beispiel einen "Melitta-Report" von Günter Wallraff, in dem sowohl die Nazi-Vergangenheit von Melitta-Konzernchef Horst Bentz, dessen Kommanditkapital allein 36 Millionen DM beträgt, entlarvt wird, als auch die absolut repressiven und totalüberwachten Arbeitsbedingungen in seinen Betrieben und seine faschistoiden Praktiken, bei der Vernichtung seiner Konkurrenz. Zu seinem Konzern gehören: Hauptwerk Minden, Zweigniederlassung Rahling und Uchte; Carl Ronning, Bremen; August Blase GmbH, Lübbecke; Deutsche Granini GmbH und Co, Bielefeld; Altländer Gold in Buxtehude, Krefeld, Bissingen; Wein Ellermann; Faber-Kaffee Bremen; Vox-Kaffee, München. In zwölf Ländern gibt es Melitta-Auslandsfilialen. (...)

Im ganzen Spektrum der Latein-Amerika-Kommitees, insbesondere der Chile- und Nicaragua-Kommitees gibt es zwar viele Genossen und Genossinnen, die eine klare Vorstellung von antiimperialistischer Solidarität haben. Aber problematisiert wird nicht in der Form, daß der politische Kommentar oder die politische Initiative in Richtung BRD gedreht wird. Und vor allem,

was das praktisch heißt, wie die Linke sich in der BRD konkret verhalten kann, diese Frage wurde und wird peinlichst vermieden. So präzise und schonungslos die Haltung der Kommitees und Berichterstatter in Bezug auf die lateinamerikanische Realität ist, so konzeptlos und verschwommen ist ihre Haltung in Bezug auf die BRD als imperialistisches Zentrum.

Unbenommen, das hängt stark mit den Grenzen legaler Interventionsformen zusammen, denen besonders lateinamerikanische Genossen und Genossinnen, die im europäischen Exil leben müssen, ausgesetzt sind. Trotzdem ist es notwendig, die Möglichkeiten, die in Europa bestehen, maximalistisch auszuschöpfen. Dazu zählen zum Beispiel auch spektakuläre Aktionen, wie sie sich die Anti-AKW-Bewegung zu eigen gemacht hat. Die Kirchenbesetzungen oder Hungerstreiks solcher Betroffener, die eigentlich noch andere Mittel zur Verfügung haben, sind im Grunde genommen deprimierend und bewirken letztendlich nichts. (...)

Die revolutionäre Linke hier muß sich die Frage stellen, wie es möglich ist, daß die Initiative zu einer inhaltlich richtigen Ausrichtung der Lateinamerika-Solidarität ausgerechnet in der jetzigen Phase von der Sozialistischen Internationalen, die als gefährlicher Feind jeder wirklich revolutionären Konzeption bekannt ist, übernommen wird. (Also die Frage nach der Funktion der BRD als Industrie-Metropole für Lateinamerika).

Schon die SPD-Parole zum ersten Mai 80: "Solidarität mit dem unterdrückten Volk in Chile" war offensichtlich ein Auftakt in der Mobilisierung der SPD für die Solidarität der "Demokraten". Bei den ungeheuren Geschäften, die bundesdeutsche Konzerne (als ein Beispiel: Vertragsabschlüße der Siemenstochter KWU von bis zu 27 Milliarden DM (!) bis 1990 über den Bau von acht Atomkraftwerken und mehreren Uran-Projekten in Brasilien) mit Lateinamerika abwickeln, und angesichts der Abhängigkeit der BRD-Ökonomie von solchen Aufträgen, wird deutlich, um was es der SPD-Bundesregierung bei ihrem plötzlichen Eintreten für eine Demokratisierung in Lateinamerika geht; um Profite und ein besseres Klima für ihre imperialistische Wirtschaft. (...)

Außerdem muß klar gesagt werden, daß es mit einer SPD, die in der Türkei, durch die von Matthöfer (SPD) organisierte "Türkei-Hilfe", Wegbereiter für den täglichen faschistischen Terror und mitverantwortlich für die Liquidierung aller revolutionären und reformerischen Sektoren ist, keine, absolut keine Zusammenarbeit geben kann!

Die Alternative ist die Diskussion in der ganzen Linken um eine breite, offensive anti-imperialistische Front in der BRD.

Konkret die Frage nach einer Plattform, die in ihrer Konsequenz selbstverständlich auch für die BRD eine sozialistische Perspektive entwickeln muß. Ein anti-imperialistischen Nenner, der von der Metropolenguerilla (RAF) über organisierte kommunistische Kräfte bis zu undogmatischen Teilen der LInken reichen muß.

Angesichts der Aussichten, vor die uns die imperialistische Planung für die 80iger Jahre stellt (federführend mitentworfen eben von der Sozialdemokratie), eine zum Teil atomar konzipierte Unterdrückung von Volksbefreiungsbewegungen, brauchen wir sowohl eine gemeinsame inhaltliche Basis, als auch eine revolutionäre Organisationsform, d.h. die legale und illegale Struktur einer anti-imperialistischen Front in der BRD.

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

Am Mittwoch, den 18. Juni 1980 nahmen Mitglieder der Solidaritätsgruppe El Salvador die friedliche Bestzung der Räume der Konrad-Adenauer-Stiftung in West-Berlin vor. Sie richteten sich gegen die Einladung einer offiziellen Delegation der Militärjunta von El Salvador durch die CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung, die aus zahlreichen Militärs und Christdemokraten besteht. Mit Transparenten wie "Solidarität mit der Revolutionären Demokratischen Front" (vereinigte Opposition El Salvadors) und "Besetzt:CDU unterstützt Mörderregime von El Salvador"machten sie darauf aufmerksam,daß es sich bei der Delegation um Vertreter einer Völkermordpolitik handelt, die heute täglich 50 Morde an der Bevölkerung zu verantworten haben.

Sie protestierten auch gegen das Treffen der Delegation mit Vertretern der Bundeswehr und der West-Berliner Polizei, bei denen mit Sicherheit Gespräche über Unterstützungsmöglichkeiten des Mörderregimes stattfanden, das inzwischen El Salvador selbst und zunehmend auch international isoliert ist.

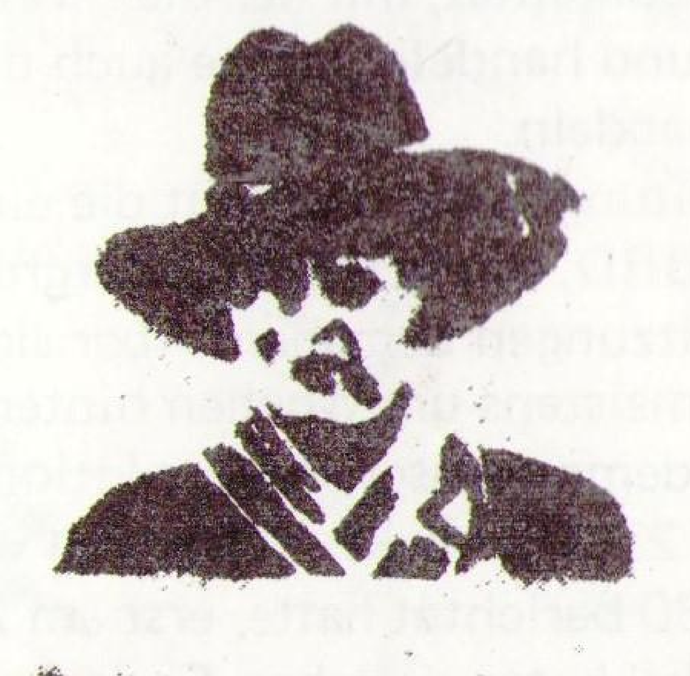
Wir solidarisieren uns mit dieser friedlichen Besetzung und protestieren gegen die strafrechtliche Verfolgung der Besetzer.

München, den 19.6.80

Informationsstelle El Savador e.V., Kiliansplatz 5, 8000 München 2, Tel. 089/ 50 90 85, PSchK: 1807 69-802, PSchA: München, P. Hamer, München

Spendenaufruf

Die größte Massenorganisation Nicaraguas, die Landarbeitergewerkschaft ATC mit rund 60 000 Mitgliedern, verfügt bisher über keine eigenen Kommunikationsmittel. Deshalb hat es sich das Westberliner Nicaragua-Komitee zur Aufgabe gemacht, dieser Organisation die Grundausstattung für eine kleine Offsetdruckerei im Werte von ca. 80 000 DM zum 1. Jahrestag der Revolution - am 19. Juli 1980 - zu überreichen. Etwa 55 000 DM sind bereits gesammelt worden. Wir bitten um weitere Spenden an das:





Informationsbüro Nicaragua e.V.

Friedrichstraße 10
D-5600 Wuppertal 1

Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00

Kennwort:
Druckerei, Projekt 20

Die Spenden sind von der Steuer absetzbar. Spendenquittungen für das Finanzamt werden auf Anforderung zugeschickt.

Eine Druckerei für NICARAGUA

Knast in Griechenland

„ICH HABE DAS GEFÜHL, KEIN MENSCH MEHR ZU SEIN."

MATPON
Ostermontag 1980

Jahr für Jahr reisen Tausende von Reisefreaks an die sonnigen Strände von Griechenland. Neben Sonne und Uzo erwartet sie bei unvorsichtigem Besitz von Shit der griechische Staat durch einen Aufenthalt ohne Sonne im Knast. Über Umwegen erreichte uns ein Brief eines Deutschen, der wegen Shitbesitz in Griechenland eingefahren ist.

Hallo Leute — Kameraden!

Ich bin ein 22-jähriger Deutscher und wurde vor etwa 6 Monaten in ein griechisches Gefängnis gesteckt. Damals war ich auf der Rückreise von der Türkei und hatte Haschisch im Wagen. Das griechische Justizsystem hat mich deswegen der Freiheit beraubt.

Auf einen Schlag hat man mich isoliert. Zusammen mit Schwer- und Sexualverbrechern lebe ich nun in einem Haus. Man kontrolliert jeden Brief von mir, sogar das Telefon wird abgehört. Auch weiß ich nicht, wann meine Zeit zu Ende ist. Obwohl es hier angeblich ein Gesetzbuch gibt, ist es den Gefangenen verboten, es zu benützen. Die Zustände sind verheerend.

Manchmal glaube ich, schon die Eigenschaften eines Tieres angenommen zu haben!

Auch die Mahlzeiten sollten eher an Tiere verteilt werden. Ich habe das Gefühl, kein Mensch mehr zu sein.

Sicher kann man sich jede Woche etwas Obst kaufen. Das wiederum ist in verfaultem Zustand und irrsinnig teuer. Manchmal schickt meine Mutter ein Paket. Wenn ich es erhalte, fehlt dann die Hälfte und ich muß noch hohe Zollgebühren bezahlen.

Ich hoffe nur, nie krank zu werden. Das Gefängnis hat monatlich umgerechnet etwa 40 Mark für Arzneien zur Verfügung — für über 200 Häftlinge.

Hier ist noch ein älterer deutscher Gefangener.

Er bekam vor 5 Jahren 12 Jahre Haftstrafe. Dieser Mann ist schwer krank. Sie geben ihm keine Medikamente — er soll sie selbst kaufen, hat aber kein Geld. Sie schicken ihn von einem Gefängnis in's nächste — wenn der Zustand kritisch wird. Nach dem Gesetz muß ein schwerkranker Gefangener in sein Heimatland ausgeliefert werden. Die Botschaft kümmert sich sehr wenig — nur Pflichtbesuche. Ich befürchte, der Mann wird sehr bald sterben. Er kann schon lange nichts mehr essen und ist ans Bett gebunden. Wer wird die Schuld auf sich nehmen?

Wenn ich einmal hier rauskomme, schreibe ich ein Buch über diese Zustände. Hier ist es verboten. Wahrscheinlich wird mir nun auch die Post nach diesem Brief gesperrt. Dem Kranken haben sie die Post noch vor zwei Jahren verboten.

Wo bleibt da der gute Eindruck vom Griechenland? Ich glaube, zu wenige wissen wirklich viel über die wahren Zustände in diesem Land. Demokratie?

Erst vor wenigen Monaten hat ein junger Österreicher sich in einem anderen Gefängnis aufgehängt. Sehr viele haben schon einen Selbstmordversuch begangen. Hat das nicht etwa zu sagen?

Mit einem Deutschen war ich lang zusammen. Er erhielt 10 Jahre Strafe für 800 g. Vor zwei Wochen versuchte er zu flüchten, weil er die Demütigungen nicht mehr ertragen konnte. Sie haben ihn wieder eingefangen und einige Zeit in den Kerker gesperrt. Das gibt es hier noch — Räume ohne Licht — nur mit einer Matratze. Sie haben ihn öfters auch geschlagen. Nun bekam er Verhandlung für den Ausbruch. Sie gaben ihm noch 7 Jahre dazu. Danach kam er gleich in ein besonderes Kerkergefängnis. Ich habe wenig Hoffnung für ihn. Wenn er nicht körperlich vor die Hunde geht, dann aber bestimmt psychisch.

Wenn ihr die Möglichkeit habt, dann klärt bitte die Menschheit über diese unmenschlichen Verhältnisse in diesem Land auf. Wir leben doch im 20. Jahrhundert. Wo bleiben da die Menschenrechte?

Ich sehe es ja ein, daß man mich bestraft. Aber was hat Griechenland mit mir zu tun? Ich war nur auf der Durchreise. Kann man es zulassen, daß man die Ausländer wie Schweine behandelt?

Bitte, versucht doch irgend etwas für uns zu tun!

Gibt es denn in Deutschland irgend jemand, der deutsche Gefangene im Ausland unterstützt?

Uns wäre schon sehr geholfen, wenn wir ab und zu etwas Geld, Vitamine und Bücher erhielten. Bücherei gibt es hier keine. Auch habe ich die deutsche Botschaft schon öfters um Hilfe gebeten. Nichts!

Ich hoffe nur, so viel Kraft zu haben, um diese Zeit ohne grösseren Schaden zu überstehen. Danach werde ich all mein Gespeichertes freigeben.

Wie lange wird es noch dauern, bis die Menschen verstehen werden, daß Haschisch die reine Natur ist, und niemals dem Körper Schaden zuführt?

Schreibt mir doch bitte , vielleicht könnt ihr mir auch in anderer Weise helfen.

Bernhard Götz, K.Φ. Matpon, Greece



Ein Plakat aus der Geschichte der Verteufelungs- u. Diffarmierungskampagne von Canabisprodukten.

Text:Selbsmörderische Drogengenuß
Schande Schrecken Verzweifelung
MARIHUANA
Stoff mit Wurzeln in die Hölle
Rauch der in der Jugend Augen geht
Was passiert auf Marihuana Parties?
Geilheit Verbrechen Reue Durchdrehen Schande Haß Elend
Irre Orgien wilde Parties ungezügelte Leidenschaften

INITIATIVGRUPPE "KEIN KNAST FÜR HASCH" IN STUTTGART GEGRÜNDET

Gründung der Initiative Haschisch Legal (InHaLe) in Berlin, Weltkongreß der internationalen Cannabisreformgesellschaft in Amsterdam, "Legalize it"–Demonstration in Hamburg — 1980 soll als internationales Jahr der Haschischlegalisierung in die Geschichte eingehen.

Auch in Stuttgart hat sich inzwischen eine Initiativgruppe gegründet, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Cannabisreformgesellschaft es sich zum Ziel gesetzt hat, durch sachliche Informations- und Aufklärungsarbeit der Verteufelung von Cannabis und Cannabiskonsumenten entgegenzuwirken.

Auf den ersten Treffen der Initiative wurde beschlossen, Informationsmaterial zu sammeln, auszuwerten und zu drucken, um der Materialschlacht von Landeskriminalamt, EAP und anderer obskurer Organisationen wenigstens in bescheidenem Rahmen durch Sachargumente zu begegnen.

In Zukunft soll über die Aktivitäten der Gruppe auch regelmäßig öffentlich berichtet werden. Gedacht ist auch daran, eine Selbstanzeigekampagne zu initiieren an der sich nach Möglichkeit "honorige" Persönlichkeiten wie z.B. kiffende Ärzte und Rechtsanwälte beteiligen sollten. Einige Zusagen von Seiten der "Prominenz" liegen bereits vor.

Leute, die Ideen, Vorschläge, Interesse oder sonst was haben, werden hiermit aufgerufen, sich an dem langen Marsch zur Legalisierung bzw. Entkriminalisierung ihres geliebten Genußmittels zu beteiligen.

Kontaktadresse: Deutsche Cannabisreformgesellschaft (DCRG), Postlagerkarte A 044794, 7000 Stuttgart 40

BITTERE MAIWOCHEN

Vielleicht ein letzter Bericht zum Frühling der Eingesperrten — am 21. Juni fing der Sommer an

Hallo Leute!
Nun will ich Euch doch aus Preungesheim auch mal Frühlingseindrücke schicken. Bisher waren alle Briefe liebe Beschreibungen über Vögel, Blumen, Sonnenstrahlen usw. Das gibt es zwar hierauch, sofern die Sonne scheint, auch der Streit zwischen Tauben, Spatzen ist hier ausgiebigst mitzuverfolgen.
Aber das ist eigentlich nicht das, wovon ich berichten wollte. Ich fang mal mit O-Ton Knastkommandantur an, die uns ein verspätetes Osterei ins Nest (Zelle) gelegt hat. Die Mitteilung erschien am 22.5.80:

ACHTUNG HINWEIS ACHTUNG

Die Anstaltsleitung teilt mit:
Wegen dringender Baumaßnahmen kann der Hofgang auf dem Rasen ab der letzten Maiwoche für etwa 14 Tage nicht stattfinden.

Die Anstaltsleitung

D.h., 800 Leuten wird es verboten, "etwa 14 Tage" sich hier an jedem zweiten Tag eine Stunde im 'Freien' aufzuhalten. Lediglich der vergitterte Affenkäfig steht zur "Frei"stunde zur Verfügung. Die Baumaßnahmen waren dann folgende: Ein alter Wachturm wurde weggebracht, ein neuer hingestellt.
Dazu sind bei folgender Resolution etwa 80 Unterschriften zusammengekommen:
Die Unterzeichner protestieren gegen die Verfügung der Knastleitung, den "Hofgang auf dem Rasen an der letzten Maiwoche für etwa 14 Tage nicht stattfinden" zu lassen.
Es ist für 800 Leute eine Zumutung, "etwa 14 Tage" noch der insgesamt fünf Stunden, die außerhalb des Knastbaus zur Verfügung stehenden "Frei"stunde beschnitten zu werden.
Die Unterzeichner forderun zur Rücknahme dieser Willkürmaßnahme auf !!!

Nun, geändert hat sich nichts.
Das wirkt sich natürlich gar nicht frühlingshaft auf alle Bereiche und die Stimmung aus.
Vielleicht noch ein Beispiel der derzeitigen Situation hier. Thema "ärztliche Versorgung". Wird hier von zwei "Ärzten" laut Jumi Günter "unzureichende ärztliche Versorgung" angeboten. Angeblich melden sich täglich 300 Leute zum "Arzt". Dann gehen hier "Sannis" (Beamte mit Schnellkursen) rum und deuten die "Simulanten" raus. D.h., wenn man hier keinen überzeugenden Spruch bringt, wird man erst gar nicht zum "Arzt" zugelassen. Was machen da die ausländischen Mithäftlinge, die sich eh kaum verständigen können? Sie bleiben auf der Zelle und leiden vor sich hin. Benachrichtigte Anwälte überschlagen sich in solchen Fällen allerdings auch nicht.
Neueste Information: Derzeitige Belegung 923, maximale Belegung 630!
Vielleicht kommt doch noch mal was Frühlingshaftes demnächst.
Bis dahin erstmal viel Sonne und Wärme uns allen

Herbert Sender

DACHBESTEIGUNG IM KNAST DIEZ

Diez 26. 6. 80

Am 1. Juni stiegen die Gefangenen Harry Wunsch und Frank .... (Name uns unbekannt) aufs Dach.

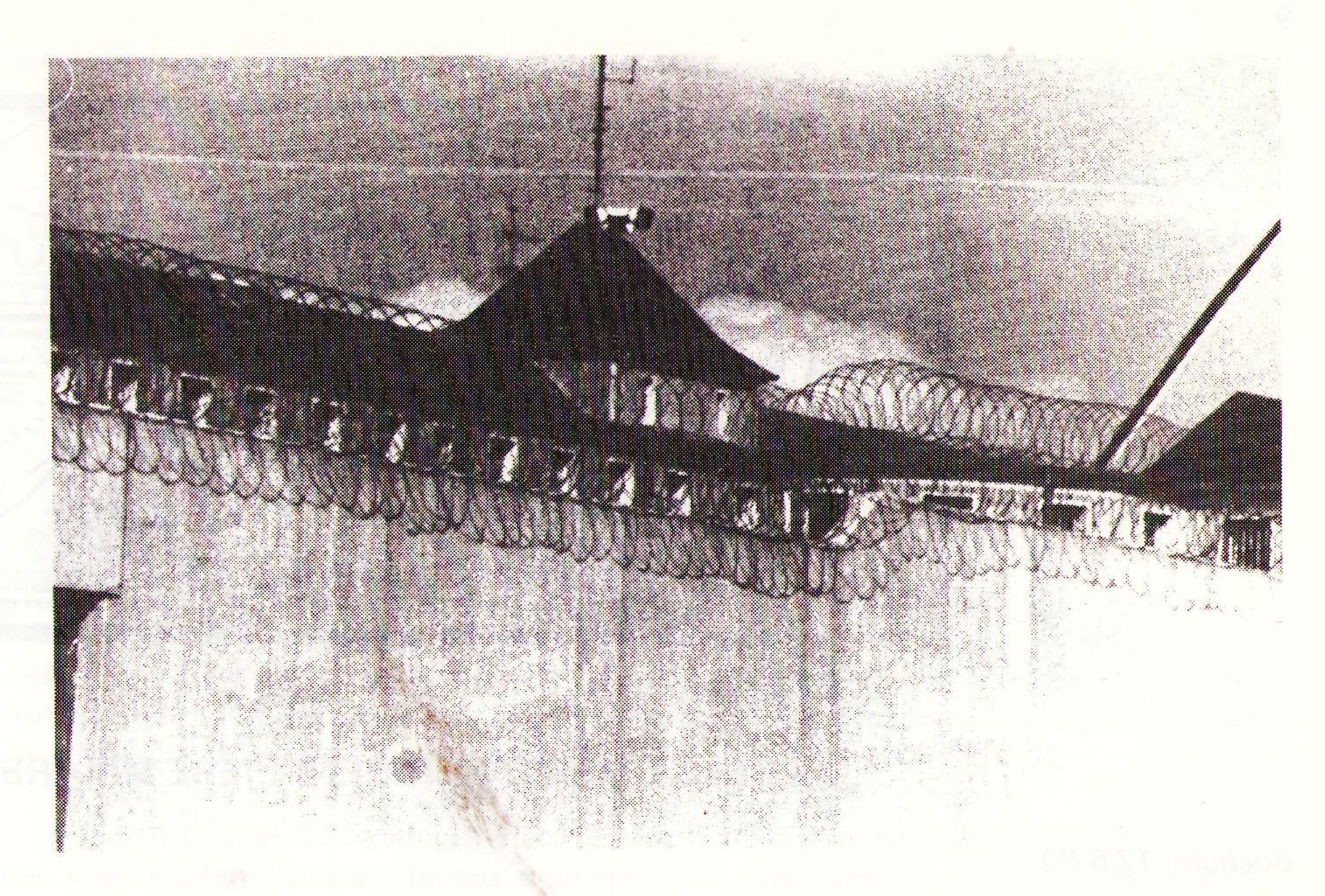
Oben angekommen, lehnten sie strikt ein Gespräch mit dem Schlüsselknecht' Jung ab. Sie wollten nur mit dem Anstaltsleiter Bandell, Psychologen Bundschuh oder dem Anstaltspater Jansen reden. Ausserdem forderten sie, daß ein Vertreter des Justizministeriums kommen sollte.

Der Kern ihrer Forderungen war:

Beide wollen bei Aufgabe der Dachbesteigung auf eine normale Zelle, wichtig wäre ihnen eine Gemeinschaftszelle.
Menschenwürdige Haftbedingungen für alle Gefangenen.
Keine Verwahrung, sondern konkrete Maßnahmen für einen menschenwürdigen Vollzug.

Besseres Essen.
Mehr Freizeit.

Der Knastbeamte Schönberger versprach die Erfüllung der Forderung, daß beide bei Aufgabe der Dachbesetzung in eine normale Zelle kommen.



Auf diesem Dach standen Harry und Frank

Ab 22 Uhr werden die beiden Dachbesetzer durch die Mehrzahl der Gefangenen durch Zurufe und Bambule unterstützt. Gegen 22.30 Uhr geben die beiden Gefangenen die Dachbesetzung auf und werden ins Krankenrevier in eine Gemeinschaftszelle verlegt.

Mittlerweile sind Harry und Frank im Arrest.

Gegenüber dem ID verweigerte der Anstaltsleiter Bandell jegliche Auskunft über die Dauer des Arrests. Er begründete dies mit seiner "Fürsorgepflicht" gegenüber den beiden Gefangenen.

Kontakt: Harry Wunsch/ Limburgerstr. 122 6252 Diez/Lahn

Gefangenengruppe Ergste:

"DIE GRUNDLAGE FÜR EINE VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT IST NICHT MEHR GEGEBEN."

Werl/Ergste 26. 6. 80

Im Knast Ergste gründeten vier Knackis in Anlehnung an den Forderungen der Magna Charta eine Gefangenengruppe. Der Sinn der Gründung war, sich gegenseitig zu unterstützen, Verbindungen zu anderen Gruppen herzustellen und andere sinnvolle Sachen.

Die Anstaltsleitung fand jedoch keinen rechten Gefallen an dieser Gefangenengruppe. Als sich die vier für einen hungerstreikenden Mitgefangen einsetzten (Presseerklärung) schlug die Anstaltsleitung zu: Die Gefangenengruppe wurde verboten. Bei drei Mitgliedern wurde die Postzensur wiedereingeführt (siehe Kasten). Zwei Wochen später ging man zur "Endlösung" über. Die Zelle wurde gefilzt. Jedoch das einzige, was man fand, war ein Schnellhefter mit Gedichten, Texten von Ton, Steine, Scherben sowie einige Notizen zum Strafvollzug.

Mittlerweile wurden zwei Gefangene verlegt. Einer nach Werl, der andere nach Remscheid.

Einem Gefangenen wurde erklärt, er werde demnächst nach Gelsenkirchen verlegt. Dies hatte jedoch, kurz zuvor, die Anstaltsleitung in Gelsenkirchen abgelehnt.

Heute ist er in Remscheid! Ein Beamter drohte ihm: "Wenn er weiter sein Maul so aufreisst, dann muß er damit rechnen, mal 'eingestampft' zu werden." Grund: Er hatte sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Wäscherei eingesetzt.

Kontakt: Hans Peter Schulz 2, Postfach 301 -Knast- 4760 Werl/Westfalen

Verfügung vom 16. 5. 80

Bei den Gefangenen Gustav Wöhrmann, Hans Peter Schulz und Horst Burzek ist ab sofort die Überwachung des Schriftverkehrs (gem. § 29 Abs. 3 StVollzg.) bis auf weiteres angeordnet.

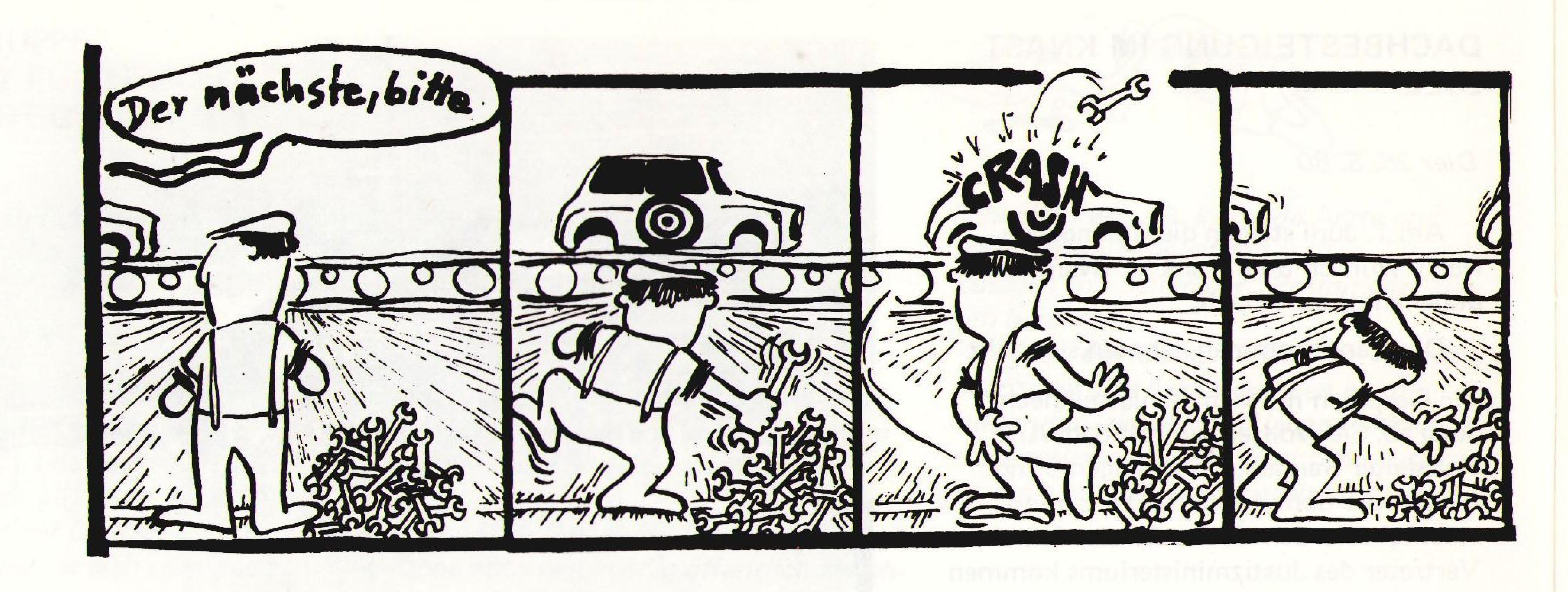
Die oben Angeführten haben sich an der Gründung der sogenannten Gefangenengruppe Ergste beteiligt. Die Gruppe arbeitet auf der Grundlage der Magna Charta für Strafgefangene. Herausgeber ist die Rote Hilfe München.

Die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist nicht mehr gegeben.

Vielmehr gefährdet die Arbeit der Gruppe die Sicherheit und Ordnung der Anstalt.

Ausserdem stehen elementare Gründe der Behandlung der Zulassung der Gruppe entgegen.

gezeichnet: Schulz (Anstaltsleiter)



„LIEBE MITARBEITERINNEN! LIEBE MITARBEITER!"

Bochum, 17.6.80

Die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG-Metall" bei der Adam Opel AG/Bochum hat ein Flugblatt herausgegeben, das wir nachfolgend veröffentlichen.

REDE VON DR. SCHLOTFELDT AUF DER HEUTIGEN BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG: hier im Vorabdruck

Kolleginnen und Kollegen! Durch undichte Stellen in Opels Vorstands-Verwaltung ist es uns gelungen, an die Rede von Arbeitsdirektor Dr. Schlotfeldt heranzukommen, die er heute vorlesen will! Hier folgt unser Voraus-Abdruck mitsamt den handschriftlichen Randbemerkungen Schlotfeldts ohne weiteren Kommentar.

Liebe Mitarbeiterinnen! Liebe Mitarbeiter!

Achtung „liebe" betonen, mit Gefühl!

Ein schwerer Schicksalsschlag hat UNS ALLE tief getroffen: Krise!! UNSER Monza, UNSER Rekord, ja, sogar UNSER Jüngster, der Kadett – immer weniger Menschen wollen sie kaufen!!! Und einige unserer Anteilseigner (Aktionäre) haben sogar gedroht, ihr Kapital – von dem schließlich WIR ALLE leben, statt in die Autoindustrie demnächst ins Ölgeschäft zu investieren!!!

langsam! tiefe Stimmlage!

Jeder von UNS lehnt doch die linke Propaganda ab, die da heißt: Die Wirtschaft kann auch ohne Aktionäre, ohne Millionenprofite für die einzelnen Fabrikanten funktionieren. . . Diesen Kurs Richtung Gleichmacherei mache auch ICH nicht mit!

WIR sind uns also einig: Gewinne für die Aktionäre sind nötig und Verluste haben sie nicht verdient. Das bedeutet heute: WIR ALLE müssen Opfer bringen. Die ganze Opel-Familie muß halt den Gürtel enger schnallen. Schließlich sitzen WIR ALLE in einem Boot! Um Ihnen ein Vorbild zu geben, habe ich mich entschlossen – und der Entschluß ist mir wahrlich nicht leicht gefallen – **auf die Hälfte meines Einkommens** zu verzichten.

Das heißt: wenn ich, wie Sie in der Bilanz von 1978 nachrechnen konnten, zur Zeit einen Stundenlohn von 207 DM habe, so werde ich mich in Zukunft mit DM 120 in der Stunde zufrieden geben und mein Leben dementsprechend einrichten!

Pause! Beifall abwarten!

EUER Opfer, meine Lieben, kann Verzicht auf EUREN Arbeitsplatz bei Opel sein, oder Verzicht auf den einen oder anderen Pfennig Lohn oder auf Weihnachtsgeld sein oder auch ein paar Teile mehr pro Schicht. Sogar UNSERE jüngsten Mitarbeiter, die direkt aus der Lehre kommen, können einige Monate Bandarbeit auf sich nehmen. So trägt JEDER dann sein Teil zur Zufriedenstellung der General-Motors-Aktionäre bei.

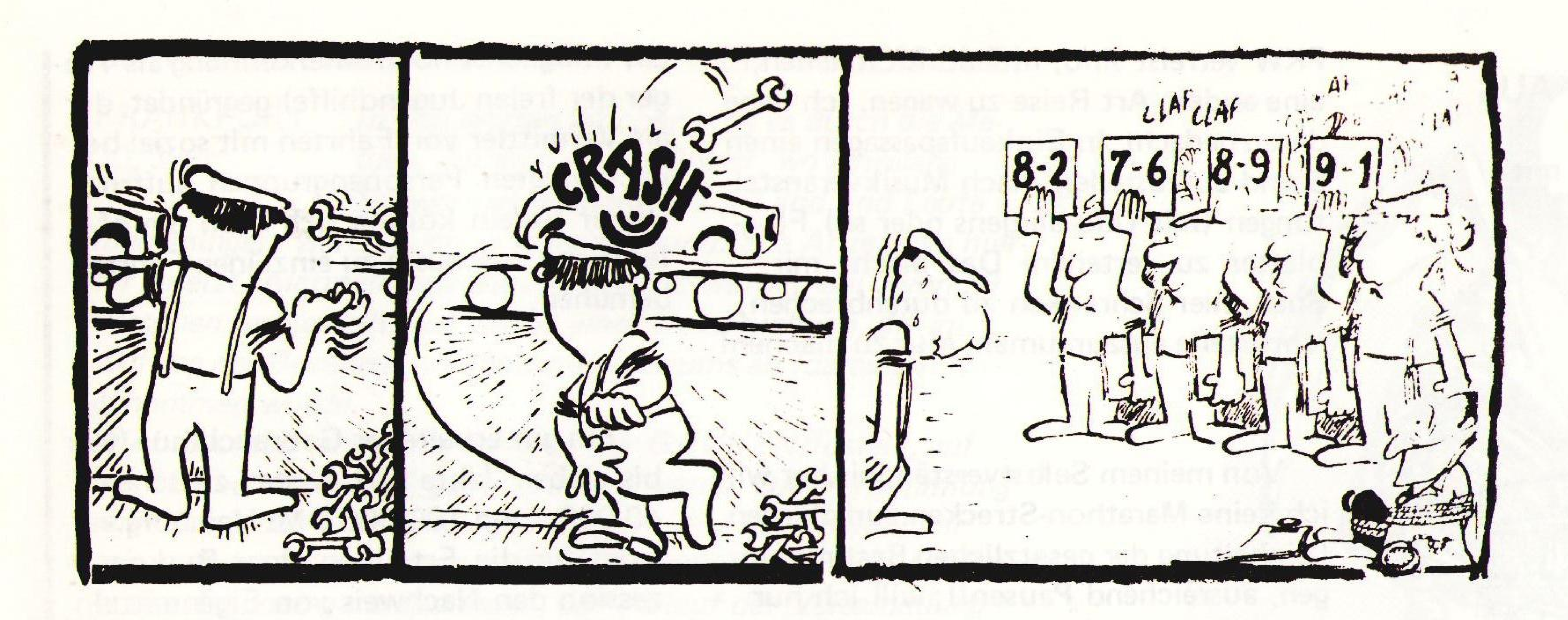
Grundsatzproblem für später: Wer glaubt denn noch an Weihnachten? Weihnachtsgeld abschaffen

Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter!

Ich meine, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß trotz aller schwarzen Wolken am Firmenhorizont die Firmenleitung ihre ganze Tatkraft und Energie einsetzt, Ihnen Ihren hohen Lebenstandard zu halten. Vergleichen Sie doch bitte einmal Ihre heutige Situation mit der in den meisten anderen Ländern. Fragen Sie ruhig Ihre Eltern und Großeltern. Sie werden nicht leugnen können, daß bei Bewältigung der vorübergehenden Probleme die Firma Ihnen eine **sogenannte weiche Landung** ermöglicht. Schlagworte von bösartigen Zungen ausgesprochen wie „Zuckerbrot und Peitsche" treffen nicht den Kern.

Falls Pfiffe kommen, ruhig bleiben, lächeln

Soll etwa weiter behauptet werden können, die Firma Opel ruiniere die Gesundheit der Mitarbeiter, die Firma Opel sei nicht bereit, die Arbeitszeit angemessen zu ▪



eindringlicher dramatischer Ton-fall

verkürzen? Nein, unser Angebot heißt doch: Entlastung von der Arbeitsleistung durch Abfindungen und vorzeitiges in Rente gehen! Arbeitszeitverkürzung, aber ja, **sofort** durch möglichst regelmäßige **Kurzarbeit**!

Sie sehen, wir tun, was wir können.

Wenn trotz aller Bemühungen eine Reduzierung unserer Belegschaften über den bisher angestrebten Rahmen hinaus unumgänglich geworden ist, versichere ich Ihnen: **Erstens:** Daß zunächst die Ausländer rausfliegen, WIR Deutschen müssen zusammenhalten. Reicht dies nicht aus, dann müssen WIR uns mit den sogenannten Doppelverdienern beschäftigen. Habe ich nicht recht, daß die **Frauen** doch sowieso viel zu gebrechlich und zart sind und deshalb in die Familie und den Haushalt gehören?

viel Pathos!

Die weitere Reihenfolge wird in etwa sein: **Krankfeierer** (die passen sowieso nicht in eine gesunde Firma), **die älteren nicht mehr voll Leistungsfähigen, die jungen Faulpelze**, die sich erst einmal richtig austoben, ausleben wollen, bitte sehr, aber nicht bei uns, auf unser aller Rücken.

(Mal richtig Dampf in der Krankenkasse machen, ich bin auch nie krank)

Sie sehen also, unser ganzes Bemühen gilt unserer **Stammbelegschaft**, etwa jenen dann übriggebliebenen 2000-3000 führenden Kräften, Obermeistern, Meistern, einer gewissen Sorte von Kolonnenführern und Opel-Treuen. Sie werden, wenn überhaupt, erst ganz zuletzt in unsere Pläne miteinbezogen!

Unsere Vorleistungen zur Überwindung der Schwierigkeiten sind erbracht, Ihre Mitarbeit ist nun gefordert.

Nun, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

laut und eindringlich sprechen!

noch ein offenes, ehrliches Wort zu denen, die mit sogenannten „Kampfparolen gegen Opels Krisenmaßnahmen" Unruhe stiften und UNSERE partnerschaftliche Zusammenarbeit stören! Wer hier denkt, mit Klassenkampf, mit Massendemonstrationen – so wie das Vertrauensleute in Rüsselsheim gefordert haben – oder gar mit Streiks oder Betriebsbesetzungen uns als freie Unternehmer erpressen zu können, der sei daran erinnert: Die Regierung, die Gesetze, die Polizei haben uns immer Recht gegeben! Wenn unbedingt demonstriert werden soll, gut: **für mehr staatliche Investitionsbeihilfe an die Autoindustrie** – da stehe ich mit Ihnen auf der Straße, sogar in der **ersten** Reihe! Ansonsten: **Ruhe bewahren**, abwarten ist erste Bürgerpflicht!

Eine ernste Mahnung auch an die Kollegen in den oberen **Gewerkschaftsetagen**: Denken gerade Sie an die bevorstehende Bundestagswahl! Deutschland hat die herrliche Mitbestimmung. Wir können gemeinsam ohne Massenunruhe auch diese Krise managen. Es ist Zeit zum Handeln.

Halten Sie Ihre Gewerkschaftsmitglieder ruhig. Helfen Sie mit, die gewerkschaftsoppsitionellen Kräfte zurückzudrängen!

Wenn sich hier sogar **Betriebsräte** über Opels Krisenpolitik aufregen, dann ist mir das äußerst unverständlich: Haben wir denn nicht erst kürzlich wieder zwei weitere von ihnen (die Herren Winkelkötter und Wernikowski) mit höheren Posten belohnt? Zumindest bei der Mehrheit des Opel-Betriebsrats rechne ich auch in Zukunft mit einer partnerschaftlichen Solidarität. Lobend möchte ich noch zwei Betriebsräte erwähnen, die auf Photos bewiesen haben, daß sie mit schönem Opel-T-Shirt die notwendige Verkaufswerbung unterstützen: Betriebsrat Hahn (in der WAZ vom 5.6.80, sowie Jaszyk (im „roten Kadett" August 79).

Beifall abwarten! Abgang!

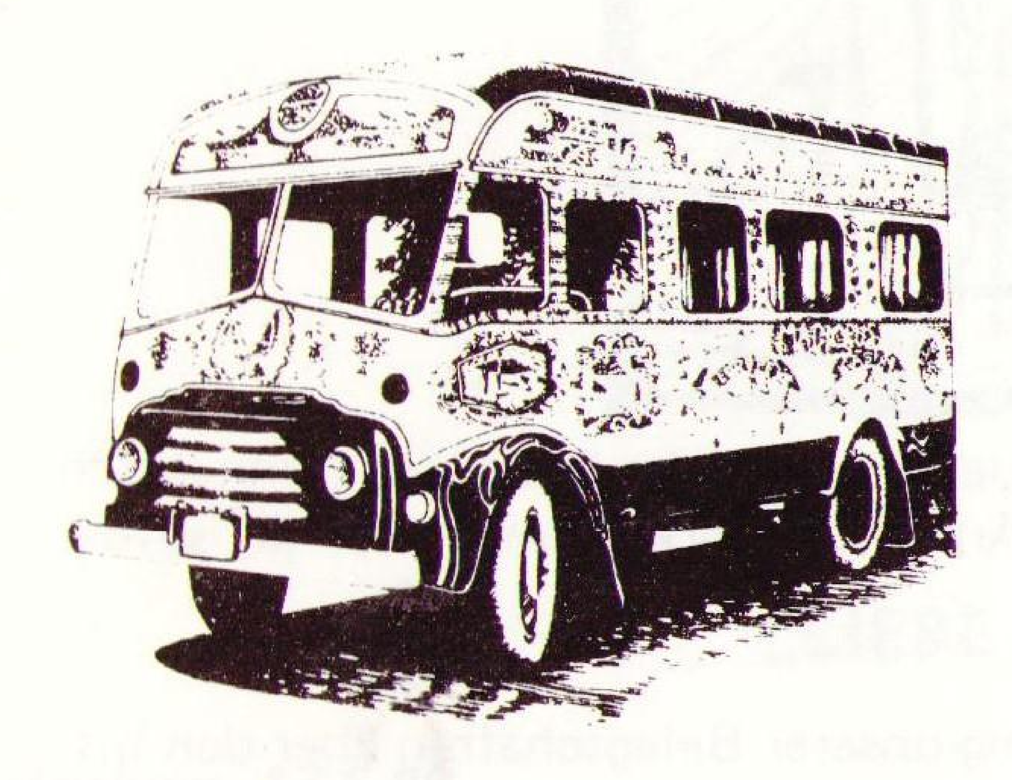
Zum Schluß noch ein gutgemeinter Rat. Wäre nicht ein zweiter Opel-Wagen – etwa als besondere Belohnung für Leistungen der Kinder (Schule, Lehre) oder für die liebe Gattin (Einkauf, Kaffeklatsch) erstrebenswert? Angesichts der Preissteigerungen von 6% verweise ich Sie auf die günstigen Kreditbedingungen. . .

Nur durch gemeinsame Anstrengungen werden wir auch diese Krise meistern. Halten WIR fest zusammen.

Kontakt: C. Donner, Postfach 250 221, 4630 Bochum.

EIN JOBBER STEIGT AUS

Bus-Projekt – wer macht mit?



Ich bin 28 Jahre alt, arbeitsloser Diplom-Soziologe, habe lange Zeit als LKW- und Busfahrer gearbeitet, unter Menschen fühle ich mich sehr wohl, ich plane und organisiere gerne.

Den Anstoß zum Reisebus-Projekt gaben Spontan-Reisen in Münster, die Jugendreisen veranstalten und denen ich mehrfach als Busfahrer ausgeholfen habe. Durchgehendes Prinzip sämtlicher Spontan-Fahrten ist, daß die Reise-Teilnehmer Planung und Ablauf ihrer Reise weitgehendst eigenständig gestalten. Von Spontan wird lediglich ein grobes Reiseziel (z. B. Irland; je nach Reiseziel müssen schon frühzeitig Fährplätze gebucht werden), der Reisetermin (um den Einsatz der Busse abstimmen zu können) und ein Kilometerlimit (z.B. 4.000 km, bei Überschreitung muß nachgezahlt werden) vorgegeben. Festlegung bzw. spontane Abänderung der Fahrtroute ist Sache der Teilnehmer. Das ist insbesondere im Sommer möglich, weil die Busse Zelte und Campingküche mitführen. Ein solches Reiseprinzip klappt nicht immer reibungslos; schließlich werden viele Jugendliche zuhause verwöhnt, werden ihnen dort alle Entscheidungen abgenommen. Von daher ist eine erste Eingewöhnungsphase von wenigen Tagen typisch für die meisten Fahrten. Für ältere Teilnehmer dürften an diese Stelle die neuen Erfahrungen (und die damit verbundenen Ängste) einer Gruppenreise stehen.

Ich möchte das Reiseangebot auch nicht auf Jugendliche beschränken. Ich will auch Kinder, alte Leute, kinderreiche Familien, alleinerziehende Väter und Mütter mit ihren Kindern, ausländische Mitbürger usw. einbeziehen. Insbesondere möchte ich diejenigen ansprechen, die bisher immer pauschal oder mit dem eigenen PKW verreist sind; ihnen Mut machen, eine andere Art Reise zu wagen. Ich habe daran gedacht, in Einkaufspassagen einen Stand aufzustellen, nach Musikveranstaltungen (mit Udo Jürgens oder so) Flugblätter zu verteilen. Das macht mir Spaß, hier Schranken zu durchbrechen, Vorurteile auszuräumen, Mut zu machen!

Von meinem Selbstverständnis her will ich keine Marathon-Strecken zurücklegen (Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, ausreichend Pausen!); will ich nur solche Reisen durchführen, bei denen gewährleistet ist, daß die Belange der Umwelt berücksichtigt werden, daß die Kultur des Gastlandes respektiert wird, daß wir nicht als D-Mark-Schwere-Eroberer auftreten. Gerne möchte ich in Gebiete fahren, in denen die Natur noch erhalten ist, abseits der üblichen Touristenströme. Andererseits will ich nicht in die armen und ärmsten Gebiete Europas fahren, in denen wir einen Fremdkörper darstellen, wo die Bewunderung für uns 'Reiche' nur zu Landflucht usw. führt, dem Land bzw. der Region mehr schadet als nutzt, Vielleicht sind solche Fahrten nur in Verbindung mit Ernteeinsätzen u.ä. denkbar (oder überhaupt nicht).

Ich habe an einen Bus mit 25 bis 30 Sitzplätzen gedacht. Durch geringfügige Umbauten soll eine kommunikative Sitzanordnung entstehen; hinten eine hufeisenförmige Sitzecke, die zur Liegefläche umgebaut werden kann. Von Vorteil wäre noch ein Anhänger, in dem Fahrräder und dergleichen mitgenommen werden können.

Zum Modewort 'alternativ': natürlich soll das Angebot eine Alternative darstellen. Wenn mit 'alternativ' aber Selbstausbeutung, Schlampigkeit, Mißachtung von Sicherheitsbestimmungen usw. gemeint sind, dann soll es kein 'alternatives' Projekt werden! Die Entlohnung in solch einem Projekt soll dem üblichen Lohnniveau (z.B.Facharbeiterlohn) angepaßt sein. Eine Preiskalkulation, die bereits die Selbstausbeutung der Mitarbeiter zur Voraussetzung hat (viel Arbeit für wenig Geld) lehne ich ab. Das schließt nicht aus, daß ein Teil des Lohnes (nach eigenem Ermessen) wieder als Zuschuß zu besonders preiswerten Fahrten für sozial benachteiligte Gruppen verwandt werden kann.

Mir erscheint für das Projekt folgende jurisitsche Konstruktion sinnvoll: der Bus wird von einer GmbH betrieben; gleichzeitig wird ein gemeinnütziger Verein (möglichst noch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe) gegründet, der als Vermittler von Fahrten mit sozial benachteiligten Personengruppen auftritt. Dieser Verein könnte sich auch um öffentliche Zuschüsse zu einzelnen Fahrten bemühen.

Ein gut erhaltener Gebrauchtbus (vier bis sieben Jahre alt) kostet zwischen 40.000,- und 100.000 DM. Hamburg verlangt für die Erteilung einer Buskonzession den Nachweis von Eigenmitteln in der Höhe von 40.000,- DM (die auch in Form von Sachmitteln – z.B. eines Busses – erbracht werden können). Um das finanzielle Risiko in Grenzen zu halten, sollte zunächst (in 1980) über den Verein mit dem Einwerben von Fahrten für 1981 begonnen werden. Erst nach entsprechendem Auftragspolster sollte zur Jahreswende der Bus gekauft werden. Der Schwerpunkt des Angebots wird anfangs auf Gruppenfahrten (z.B. Klassenfahrten) liegen müssen; der Bereich der offenen Angebote wird sich nur allmählich vergrößern lassen (da mit höherem Risiko und Werbeaufwand verbunden).

Langfristig läßt sich vielleicht ein Büro anmieten, das sich zu einer Art Reiseinfothek entwickeln könnte, in dem reichlich Karten, Reiseführer und anderes Material ausliegen (auch für Privatreisen; das Material soll allen zugänglich sein). Das Büro kann Anlaufstelle (regelmäßige Feste usw.) für ehemalige 'Mitgereiste' sein, um Kontakte aufrechtzuerhalten, zu vertiefen, um Pläne für Arbeit und Freizeit zu schmieden. Mit Hilfe des Büros können viele andere Aktivitäten wie kollektive Fahrradreisen, Wanderungen usw. organisiert werden.

Wer hat Lust, die bisherigen Ideen weiterzuspinnen und auch in die Tat umzusetzen?

Natürlich habe ich mir im Laufe meiner 28 Jahre einige liebgewonnene Macken angeeignet, gegen die Du Dich wehren müßtest.

Trotzdem: ruf mal an oder schreib mal!

Achim Erbslöh, Groothoffgasse 1, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/273899

BÜRGER BLASEN AUF BATTERIEN WEGEN BLEI

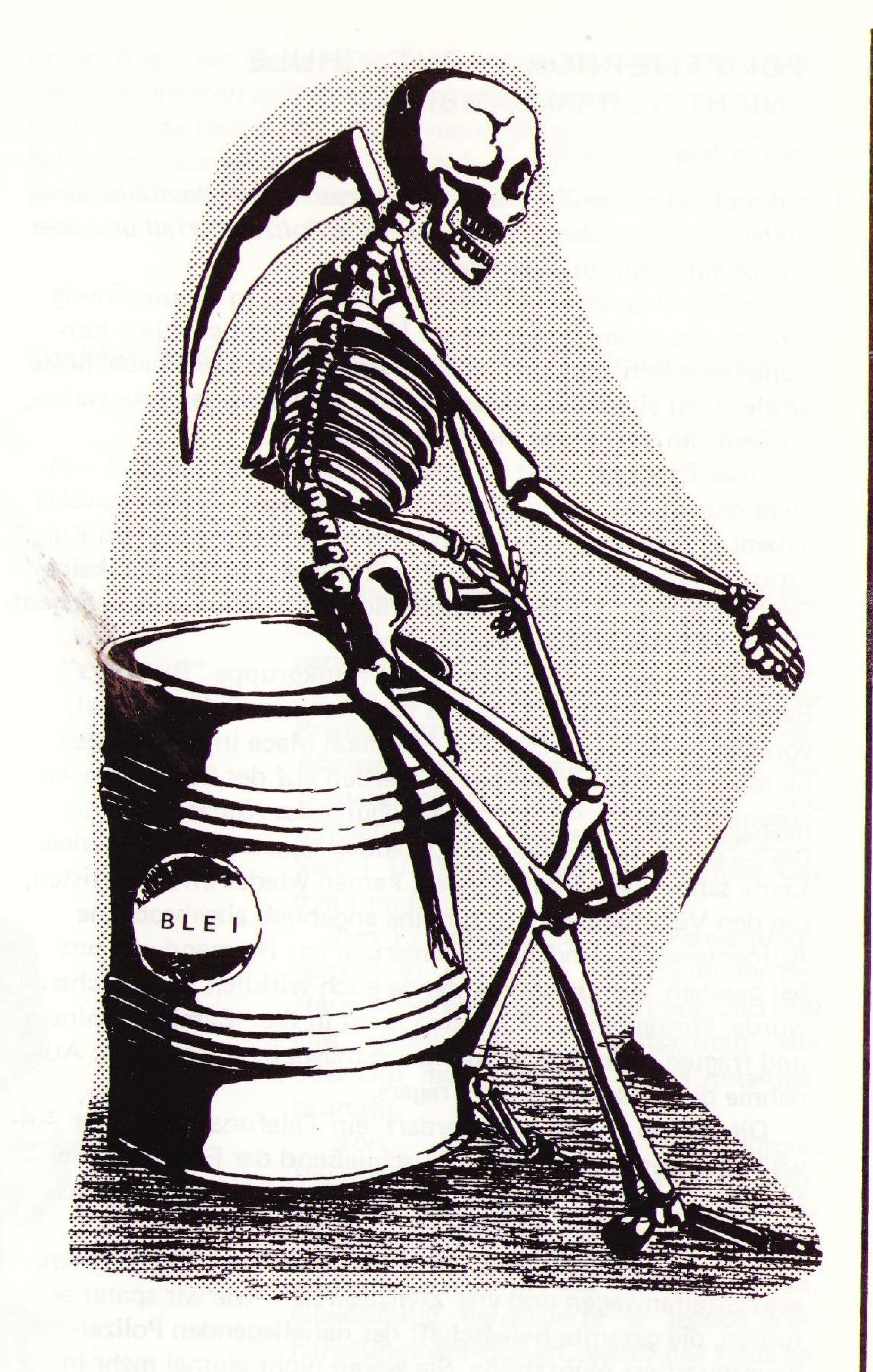
FRANKFURT 20. Juni *In den letzten Wochen ging es durch die Medien. Ähnlich wie in Goslar, wo jahrelang Schwermetallschauern auf Land und Leute niedergingen, waren auch in Idstein/Taunus alle Anzeichen hierfür gesetzt. Alarmierende Blutbleigehalte wurden bei 7 von 50 Personen festgestellt, auf Grund einer Untersuchung, die im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums an Idsteinern vorgenommen wurde.*
Wir besuchten eine Veranstaltung der GRÜNEN/Idstein, auf der 120 betroffene Bürger erschienen waren. Die Versammlung endete mit der Gründung einer Bürgerinitiative. Obwohl wir mit anderen Erwartungen nach Idstein gefahren waren, erscheint es uns dennoch ganz spannend, den Ablauf der Versammlung wiederzugeben — zu zeigen, wie sich aus einer persönlichen Betroffenheit heraus bei „Bürgers" Aktionismus entwickelt.

Idstein – auf den ersten Blick ein idyllisches kleines Taunusstädtchen mit mittelalterlicher Burg und schönen Fachwerkhäusern inmitten sanft bewaldeter Taunushügel.
Wer hier wohnt, weiß die gute Luft zu schätzen. Viele, die im Rhein-Main-Gebiet arbeiten, sind aus der Stadt geflohen und haben sich hier ein Einfamilienhaus am Hang erbaut, essen Salat aus dem eigenen Garten und holen sich ihre Milch beim Bauern.
Nur leider gibt es hier auch eine Bleifabrik, unauffällig am Ortsrand liegend, der Schornstein kaum größer als ein Ofenrohr. Direkt am Werkszaun grasen die Kühe.

Obengenannte Leute waren es, die am 6. Juni auf einer Bürgerversammlung erschienen, zu der die GRÜNEN aufgerufen hatten. Bei einer Stichprobenuntersuchung des Bundesgesundheitsamtes an 50 Personen mußte bei mindestens 7 Personen starke Bleiverseuchung festgestellt werden. Obwohl die gemessenen Werte eindeutig weit über den gesetzlich festgelegten Grenzwerten lagen, schrieb der zuständige Gesundheitsarzt Horst Tönjes den betroffenen Personen „... gesundheitsgefährdende Werte sind nicht entdeckt worden ... es besteht kein Grund zur Beunruhigung..."

Auf der Versammlung wurde klar, wie die Betroffenen an der Nase herumgeführt werden. Die Ärzte teilten zwar die Meßwerte mit, bestritten jedoch jede Gefährdung der Bevölkerung. Die Behörden verwiesen besorgte Anwohner von einem Arzt zum nächsten. Die Bleifirma Mareg argumentiert auf der Linie, daß die 50 untersuchten Personen keine repräsentative Gruppe seien, denn bei der Untersuchung seien,Bedienstete der Stadt und Schüler willkürlich herangezogen worden (die dafür einen Buchpreis über 10 Mark und einen Mohrenkopf erhielten!). Auch auf juristischem Wege bietet sich den Betroffenen keine Lösung, da bestehende Gesetze bekanntlich nicht geschaffen sind, den Betroffenen zu helfen. In diesem Fall beziehen sie sich hauptsächlich auf statistische Werte, nämlich: daß so und soviel Prozent einer Bevölkerungsgruppe so und soviel Prozent Blei enthalten dürfen. Dieses Gesetz im Rücken, da kann ein Arzt natürlich sagen:„Aus diesem oder jenem gemessenen Wert ist noch nicht auf ein Belastungsgebiet im rein juristischen Sinne zu schließen."

Das hessische Landesamt für Umwelt begann inzwischen mit der Untersuchung der Bleiniederschläge, die Ergebnisse werden aber sicher noch lange auf sich warten lassen. Die Kreistagsabgeordnete Erika Steinberger SPD – „der größten Bürgerinitiative Hessens" – versprach natürlich alles sorgfältig, sachlich zu prüfen und forderte die Bürger auf, „Ruhe zu bewahren,abzuwarten und nur ja emotionslos zu bleiben."
Dann berichtete jedoch eine Frau aus der Praxis des gerichtsmedizinischen Instituts der Uni Frankfurt, wo in den letzten Monaten ca. 100 Personen mit vollständigem Haarausfall am ganzen Körper auf den Blutbleigehalt hin untersucht wurden. Der untersuchende Arzt, Prof. Dr. Gerckhoff, attestierte „keine gesundheitsgefährdende Werte" (obwohl die Werte mit 100 ppm fünfmal über dem Grenzwert von 20 ppm lagen!!!)
Von diesem Moment an war eine emotionslose Diskussion nicht mehr möglich.



(Gegen den Idsteiner Bürgermeister Müller lief bereits im letzten Jahr ein Ermittlungsverfahren wegen mangelnder Kontrolle der Abwässereinleitung von einer Gerberei und der Bleifabrik Mareg in einen kleinen Bach, der durch den Ort fließt.)

Für viele der in Idstein Versammelten war das alles wohl eine vollkommen neue Erfahrung. Ein Stück ihres Vertrauens in die Behörden war durch die vergeblichen Anfragen an Gesundheitsamt, Stadt usw. schon zerbröckelt. Was blieb, ist eine große Wissenschaftsgläubigkeit. Der Dozent vom Öko-Institut, der einen Vortrag über Bleiverseuchung hielt, wurde mit Fragen gelöchert. Die Leute erwarteten von ihm die Lösung aller Probleme.
Große Hoffnungen wurden in Nachuntersuchungen über den Bleigehalt im Blut gesetzt, allerdings können diese auf eigene Initiative schwer durchgeführt werden, weil sie zu aufwendig und kostspielig sind. Diese Unklarheit über die Verseuchung ließ die Bürger aufwachen. Sie fühlen sich bedroht, aus dieser Betroffenheit heraus konstituierte sich dann eine BI. Nun werden es die Idsteiner mit Einsprüchen gegen neue Apparaturen in der Firma Mareg (die vermutlich noch mehr Blei in die Luft jagen wird) und dem Erörterungstermin versuchen. Ob sie damit mehr Erfolg haben werden als andere BIs, die auf dem formalen Weg gescheitert sind, bleibt zu hoffen.
Elmar/Kathi/Marina/ID

"POLIZEITERROR MACHT SCHULE – NICHT NUR IM BAMBULE!"

Braunschweig, 25.6.80

Von Leuten des Kommunikationszentrums "Bambule" erhielten wir folgenden Bericht über eine Polizeiüberfall und über eine Demonstration gegen diesen.

Am Samstag, den 17.5.80, hat die Polizei in Braunschweig gezeigt, was denen blüht, die ihr Handeln nicht staatlich kontrollieren lassen, sondern selbst bestimmen wollen. Dabei holte sie gleich zu einem Doppelschlag aus: gegen ein selbstverwaltetes Zentrum und gegen die Punkscene.

Unser Zentrum heißt "Bambule" (wobei wir, wie sich nunmehr gezeigt hat, einen wahrlich "treffenden" Namen gewählt haben) und wird getragen vom Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e.V. Es gibt keine Profite und keine Geschäftsführer. Oberstes Beschlußorgan ist die einmal wöchentlich stattfindende Vollversammlung.

Am 17.5. spielte die Hamburger Punkgruppe "Buttocks". Bereits zu Beginn des Konzerts tauchten vier Polizisten auf, vorsorglich Schlagstöcke und Chemikal Mace in den Händen haltend. Der Grund: ein paar Scherben auf der Straße, die wir zusammenfegten. Als nach Beendigung des Konzerts – kurz nach 22 Uhr, wobei alles sehr friedlich abgelaufen war – viele Leute schon nach Hause gingen, kamen wieder zwei Polizisten, um den Verantwortlichen für eine angeblich abgebrochene Autoantenne zu finden. Zu bemerken ist: Niemand von uns hat gesehen, daß besagte Antenne auch wirklich abgebrochen wurde. Wir ließen die Polizisten nicht in die "Bambule" hinein und fragten nach einem Durchsuchungsbefehl. Reaktion: Aufnahme der Personalien des Fragers.

Die Polizei wurde aufgefordert, ein Telefonat mit einem Anwalt abzuwarten und hörten anschließend der Frau, die telefoniert hatte, nicht im geringsten zu. Sie hätten "ihr Rechtswissen nicht auf der Klippschule gelernt".

Zwischendurch tauchte Verstärkung auf; ca. 30 Polizisten, acht Streifenwagen und vier Zivilstreifen – wie wir später erfuhren, die gesamte Belegschaft des naheliegenden Polizeihauptquartiers Münzstraße. Sie waren nicht einmal mehr in der Lage, einen Streifenwagen zu einem gleichzeitig in der Nähe stattgefundenen Unfall zu schicken.

Nun sollte die Frau, die das Telefonat führte, mitgenommen werden, weil sie den nicht zuhören wollenden Beamten mit den Worten: "Nun verpiss dich mal endlich" verabschiedet hatte. Wir versuchten, den Wagen, in den sie gezerrt wurde, aufzuhalten und stellten uns davor.

Darauf ging's richtig los: wir wurden unter massivem Einsatz der Chemischen Keule und Knüppeln vom Auto abgedrängt – die im Auto sitzende Festgenommene mußte sich Bemerkungen anhören wie: "Fahr doch drauf" und: "Sowas wie die Bambule müßte schon längst geschlossen werden".

Gleichzeitig stürmte die Polizei, mit der Chemischen Keule wild um sich spritzend , die Bambule und nahm einen von den "Buttocks" fest, weil dieser gerade sein Schlagzeug abbaute (höchst verdächtige kriminelle Handlung). Ein paar andere "Helfer" verfolgten durch einen Hinterausgang einige Leute in die über der Bambule liegenden privaten Wohnräume. Erst als jemand bemerkte, daß Kinder im Haus seien, hörten sie auf zu sprühen. Wieder auf der Straße, verpaßte die "Freund-und-Helfer"-Horde einem auf dem Boden liegenden noch eine zusätzliche Ladung Chemical Mace unter die Augen.
Beim Abmarsch griffen sie wahllos einen weiteren Punk aus der Menge, um dann zum Quartier Münzstraße zu fahren. Währenddessen waren "zivile"Polizisten (ZSK – Ziviles Streifen-Kommando) damit beschäftigt, Fotos zu schießen und uns anzupöbeln.
Nach vielem Hin und Her mit einem Anwalt und einem Haufen Leute, die zur Münzstraße zogen, kamen unsere drei nach ca. einer Stunde wieder frei.

Vermeintliche Ursache: eine angeblich abgebrochene Autoantenne. Wirkung: ein groß angelegter Polizeiüberfall in Braunschweig auf das Zentrum "Bambule" und die Punks. Einsatz der Chemischen Keule wie ein Spielzeug: aus einem Abstand von teilweise unter einem Meter wurde mindestens zehn Leuten direkt in die Augen gesprüht. Die Folgen: noch knapp eine Woche danach ausgetrocknete Schleimhäute, Kopfschmerzen, Fieber.

Und die Erkenntnis: diesem Staat scheint es wahrlich notwendig zu sein, gegen jeden Ansatz von selbstbestimmten Leben seine Roboter einzusetzen; auf die wir alle zu computergespeicherten Nummern, willigen Objekten einer dahinsiechenden Warengesellschaft werden.

Schließlich sei bemerkt: wir begreifen uns nicht als wehrlose Opfer, sondern als Menschen, die sich wehren müssen. Wir haben uns gewehrt, soweit es in unseren Kräften lag: wir versuchten, den Abtransport der Festgenommenen zu verhindern und sind dann gemeinsam zum Polizeihauptquartier gezogen. Wir meinen, daß nicht nur moralische Empörung, sondern vor allem gemeinsame Gegenwehr an der Tagesordnung ist.

Wir bitten alle selbstverwalteten Jugendzentren und Kommunikationszentren, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben oder ähnliche Erfahrungen zuvorkommen wollen, mit uns in Verbindung zu treten.

Am 7.6. haben wir eine Demonstration gemacht unter dem Motto: "Polizeiterror macht Schule – nicht nur im Bambule". Teilgenommen haben 200 Freunde der Bambule und 400 Türken (!) vom Türkischen Arbeiterverein, worauf aus der ganzen Sache mehr eine Demonstration gegen die "Grauen Wölfe" , die auch in Braunschweig ihr Unwesen treiben, wurde. Dementsprechend stand tags darauf in der "Braunschweiger Zeitung" : "TÜRKENPROTESTE IN DER INNENSTADT ... Auch ein buntes Häuflein von Schwulen, Lesben und Punks schloß sich dem Zug an."

Abschlußrede unserer Demo am 7. Juni auf dem Burgplatz:

Liebe Gemeinde !

Es ist mir heute erlaubt, zu Ihnen über ein leidiges Thema unserer Zeit zu sprechen, nämlich über die Polizei, im Volksmund auch Bullen oder Pigs genannt. Wie ganz Braunschweig erschrocken vernehmen mußte, wurde unser selbstverwaltetes Zentrum,die Bambule,von einer ganzen Horde dieser Bullen überfallen.
Anlaß gab es wohl genug an diesem Tag: Es war Punk angesagt, jene verruchte neuartige Musik und ihre Zuhörer,die vor nichts, aber auch gar nichts Respekt zu zeigen scheint. Zum Zweiten erregt die Bambule seit seiner Eröffnung ständig das Interesse und die Neugierde der uniformierten Bevölkerung.
Klar ist, worum es geht:Weder das Bambule noch die Punks sind unter stattlicher Kontrolle !
Eine "Zukunftsvision" tut sich auf, die in Wirklichkeit seit Jahren Gegenwart ist: allen Leuten,
–die sich nicht eingliedern lassen,
–die nicht staatstreu sind und
–die nicht ihre Stimme in die Urne stecken um nachher das nachzublöken,was hier in der Braunschweiger Zeitung und allerorts in der Tagesschau kommt,
wird,wenns nun mal nicht anders geht,die nötige Anpassung eingebleut.
Beispiele für Polizeiterror gibt's viele; ob's der nette Blockwart ist, der immer was zu schnüffeln,stöbern und registirieren hat,oder der nächtliche polizeiliche "Notdienst",der immer einen zu "behandeln" hat; wahrscheinlich weiß jeder noch weitere Beispiele. Wir gehen nicht davon aus, daß dies das letzte Mal war, daß Bullen versuchen, in's Bambule zu komm-

en. Wir wissen, daß im Bambule geschnüffelt wird,daß einige von uns observiert werden. Wir wissen auch, daß wir nichts gutes von ihnen zu erwarten haben, auch, wenn sie es sind, die diese Demo genehmigen.
Aber eins muß klar sein: all das soll einschüchtern,damit jeder den Schwanz einzieht vor dem Staat und seiner scheinbaren Allgegenwart. Doch wenn ich sehe, wo sie z.B. auf Demos postiert sind, nämlich vor Banken , Zeitungen und Konzernen, sehe ich etwas ganz anders, etwas erfreuliches: Dieser Staat braucht seine Bullen, Spitzel und Kontrolleure, weil er Angst hat. UND DAS IST GUT SO !

Er hat Angst vor Menschen,die sich seiner Kontrolle entziehen, die selber denken und ihre Sachen selber regeln.
Darum liebe Gemeinde, die ihr meine Botschaft vernommen habt, organisier euch selbst und nehmt für die Zukunft eine weitere Botschaft mit nach Haus: Keine Hinweise an die Polizei!

Kontakt: Bambule, Helmstedter Str. 167, 33 Braunschweig



Ginnheim: Neues im alten Gewand. Wie bereits im ID 339 berichtet, hat die Jugendinitiative Ginnheim ein Nebengebäude des im Abriß befindlichen Ginnheimer Predigerseminars besetzt. Im Verlauf des Abrisses der Hauptgebäude wurde der Wasseranschluß erst abgetrennt und schließlich das Wasser ganz abgestellt. Seit 1 1/2 Wochen gibt es auch kein Gas mehr im Haus.

Am 12.Juni beschloß das Verwaltungsgericht in Frankfurt, die Räumung des Hauses. Bei einem Streitwert von 250 000 DM wurden die Gerichtskosten von 856 DM den Besetzern gleich mitaufgebrummt.

Von Rechtsanwalt Stockburger, Vertreter des Hausbesitzers Herskovits, kam ein Schreiben, in dem die Besetzer ultimativ aufgefordert wurden, bis zum 23.Juni, 16.00 Uhr, das Haus zu räumen. Gleichzeitig signalisierte er jedoch Verhandlungsbereitschaft, wenn das Haus geräumt sei.

Auf der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am Montag argumentierte das Ausschußmitglied Zeier, gegen Herskovits laufe ein Bußgeldverfahren wegen Zweckentfremdung, gleichzeitig sei aber die Forderung der Besetzer nach Anmietung des Hauses durch die Stadt und die zur Verfügungstellung für die Jugendlichen ebenfalls Wohnraumzweckentfremdung. Es ist anzunehmen, daß sich die verantwortlichen Stellen der Stadt auf diese Weise herausreden wollen.

Trotzdem wurde inzwischen, mit Spenden des SPD-Ortsvereins, angefangen das Haus zu renovieren. (Trau, schau wem). Die Teestube im zweiten Stock lädt bereits zum Verweilen und Diskutieren ein. Und im Garten haben die Kinder die am Freitag in eigener Regie ein Kindergest veranstalten, bereits angefangen, Holzhütten zu errichten.

Kontakt: Jugendinitiative Ginnheim, Ginnheimer Landstr. 174, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/52 27 20.

HÄUSERKAMPF



Freiburg, 25.6.80

In Freiburg wurden fünf besetzte Wohnhäuser (das Dreisameck) von 12 Hundertschaften der Polizei und des Spezialeinsatzkommandos (SEK) geräumt und anschließend mit Baggern und Bulldozern niedergerissen, um einem geplanten Geschäftszentrum Platz zu machen.

Von den anschließenden Ereignissen soll folgender Bericht, den uns die Stadtzeitung für Freiburg zur Verfügung stellte, aufzeigen:

Samstag Nacht im Schwarzwaldhof: Versuch, Anker zu werfen, zur Ruhe zu kommen, die Ereignisse der letzten Woche zu begreifen. Immer noch nervös, immer noch auf dem Sprung . . .

Was war passiert, seit jenem Sonntag Morgen?

Seit jenem Moment der unerträglichen Spannung, da wir der Bullenmaschine gegenüberstanden, im Rücken ‚unser' Haus, aus dem der ‚Marsch ins Paradies' klang, vorne die Wasserwerfer,dazwischen die brennenden Barrikaden, die bald erlöschen würden. . .

Es ging dann alles viel zu schnell: Das Wasser, die Knüppel, das SEK auf dem Dach – nach einer knappen halben Stunde fanden wir uns draußen wieder: jenseits der Brücke, zerschlagen, bleiche Gesichter, viele weinten, ohnmächtige Wut.

All die Monate Arbeit, die unzähligen Verhandlungen, das Genossenschaftsmodell, die Kulturveranstaltungen, schließlich die ganzen Wochen Barrikaden bauen, die Schweißereien, die Farbeier und Krähenfüße, die nächtelangen Wachen vor den Polizeischulen, die Telefonkette, – all das hatte gerade gereicht, die Vernichtung 25 Minuten zu verzögern. . .

Die Bullen richteten sich ein: Alle Zufahrtsstraßen zum Dreisameck werden mit Natostacheldrahtsperren verbarrikadiert, das ganze Ufer der Dreisam ebenfalls.

„Ich glaub, die überschätzen uns kollosal", meint einer – müdes Schulterzucken als Antwort.

Einzelne Gruppen ziehen durch die Stadt. Es ist Morgen, keine Bürger auf der Straße. Vor dem Münster postieren sich Bullen, der Pfarrer sortiert die Glaub-würdigen aus. Im momentanen Zustand ist eine Besetzung sowieso nicht möglich.

Die ersten vorsichtigen Aktionen: Sammeln, ein Ziel ausmachen, laut schreiend dorthinrennen, die Polizei hinterher, versucht uns den Weg abzusperren, blickt nicht durch. *Wir beginnen zu begreifen, daß sich die Situation geändert hat: Die Zeit ist wieder auf unserer Seite. Wir können bestimmen, wann und wo wir losschlagen, die Polizei ist gezwungen, zu reagieren. Ein gutes Gefühl, nach den Wochen der zermürbenden Warterei auf die Räumung.*

Am späten Nachmittag: Erste Kundgebung im UNI-Innenhof. Dreitausend Menschen, man klatscht Beifall, ist sich aber unschlüssig, was zu tun ist. Parteien, die zu großen Reden ausholen, werden niedergebuht, ein Rentner, der sich enorm aufregt, bekommt minutenlangen Beifall. Was zählt, ist die Betroffenheit des Einzelnen, nicht die abstrakte Analyse.

Die anschließende Demo wirkt ernüchternd: Wir wählen

uns zwar den Weg selbst aus, zerstören Wahlplakate, schmeißen auch das eine oder das andere Farbei, an den Barrikaden ist Schluß mit der Narrenfreiheit. Es regnet, wir ziehen zum Haus des OB, man diskutiert, ob Flaschen fliegen sollen oder nicht, zieht untätig wieder ab, zurück zu den Barrikaden.

Die Energie scheint zu verpuffen, das Gerücht dringt durch, das nachts verhaftet werden soll: Vorsicht bei Einzelaktionen!

Die Bullenverstärkung aus Stuttgart und Mannheim trifft ein: Die Wagen fahren zu schnell, fühlen sich zu sicher, beziehen die ersten Tritte, Backsteine fliegen, Autoscheiben splittern, die jungen Gesichter hinter den Scheiben, angstverzerrt, laufen plötzlich drei-vierhundert Leute hinter den Wagen her.

Die Bullen schwärmen aus, bauen ihre Menschenkette, stehen uns gegenüber, starr und schweigend. Aus dem Haus nebenan kommen Wassereimer und Musik. Tanzen vor den Barrikaden.

Erste Gerüchte von Verhaftungen machen die Runde. Ein Polizeimercedes ist demoliert worden, als ein Verhafteter aus dem Auto gezogen wurde. . . Nachts dann der Videofilm von der Räumung:

Das Kino ist überfüllt, über zwei Großbildschirme läuft noch einmal die ganze Brutalität des Polizeieinsatzes ab. Im Publikum, eine Mischung aus Haß und dem guten Gefühl, seine eigenen Medien zur Verfügung zu haben — die eigenen Aktionen selbst veröffentlichen zu können, seine Kraft zu rekrutieren aus der eigenen Kultur.

Spät in der Nacht kreisen die Bullen zweihundert Leute ein, machen Verhaftungen und prügeln. Es geht das Gerücht um, daß auch zwei Stadträte Prügel bezogen haben sollen.

Ein paar Stunden Schlaf — Aktionstreffen in den Nebenzimmern und Hinterhöfen — die Demo wird vorbereitet — Flugblätter verteilen, Transparente malen, Farbeier basteln, Schraubenzieher werden angespitzt, für alles ein paar Stunden Zeit.



Foto unten: BZ = Badische Zeitung

Beim Flugblattverteilen: Die Stadt ist in Aufruhr – Autos halten mitten auf den Straßen, um so ein Blatt zu bekommen, Busfahrer verteilen die Zettel an die Fahrgäste, Schulkinder schnappen sich die Dinger an den Fenstern, um sie vorzulesen.

Um 17 Uhr: Zehntausend Menschen – die Stadt gehört uns – Der Zug macht bei jeder Bank halt, um ein paar Scheiben zu demolieren, Wahlplakate zu zerstören oder in aller Ruhe Parolen zu sprühen.

Ein unheimlich starkes Gefühl der Macht – wenn sich uns jetzt die Polizisten in den Weg stellen würden. . .

Ein einzelnes Polizeiauto, das in die Demo gerät, wird enorm demoliert, die Reifen zerstochen, die Insassen sitzen verlegen im Wagen und rühren sich nicht.

Schlußkundgebung – zehntausend auf der Straße, desorientiert, sollen wir die Barrikaden stürmen? Aus einigen Buchläden verschüchtert Musik. Steine, vorne fliegen Eier und Gemüse, manche sind dagegen, plärren sich die Kehle heiser: Aufhören, aufhören. . .

In den Köpfen sitzt der alte, unausdiskutierte Widerspruch: Der Ekel vor der Bullenpräsenz – das klamme Gefühl im Magen beim Anblick von Wasserwerfern, auf der anderen Seite das Gefühl der eigenen Stärke, die sich gerade an dem notwendigen Polizeiaufgebot zeigt.

Die Rechnung: je mehr Putz wir machen, desto länger müssen sie bleiben, desto mehr Bullen müssen sie holen, desto deutlicher spürt die Stadt, daß sie sich verrechnet haben, desto stärker spüren wir unsere Kraft. Die Gegenrechnung: Mit jedem Stein, der fliegt, mit jeder Flasche, die nicht nur ausgetrunken wird, distanziert sich die erschreckte Mehrheit der Freiburger Bürger von uns. . .

Wir sind nicht in Amsterdam, wir haben nicht den Rückhalt in der Bevölkerung, auch wenn wir es uns ab und zu einbilden. . .

Zwischen diesen Extremen flippen wir die Tage hin und her. . .

Nur wenige haben eine eindeutige Position zur Gewaltfrage, man reagiert. . .

Und daraus läßt sich wohl auch ein Teil der Euphorie dieser Tage erklären: Es hat sich nie eine eindeutige Linie durchgesetzt, die Aktionen waren Aktionen einzelner Gruppen, die jede für sich adäquat reagieren konnte. Da war es durchaus möglich, daß sich zwei über die Gewaltfrage die Köpfe heiß gestritten haben, und nebendran einer in aller Ruhe Pflastersteine ausgrub. . .

Spät abends machen die Bullen wieder Ausfälle, Prügel und Verletzte, verhaften. . .

In den Morgenstunden wird die chemische Keule eingesetzt.

Dienstag: Ein paar Stunden geschlafen, wieder in den Vorbereitungsgruppen. Alles wird zunehmend konspirativer, das Haus am Werderring soll besetzt werden, weil der Schwarzwaldhof noch voller Bullen ist.

Abends, die Besetzung: wir gehen einfach rein, nehmen uns die Straße gleich mit. . . Musik, Tanzen, Horrormeldungen von SEK-Ausfällen an den Barrikaden vorn, die Anwälte sind nicht zu erreichen. . . Zwei- bis dreitausend Leute, bis in die Morgenstunden – ein Polizist schleicht sich ins Haus, um mitzuteilen, daß nicht geräumt würde, falls die Straße bis sechs Uhr morgens frei sein würde. . . Die Bullen machen Geschäftchen mit uns. . .

Am Morgen wird das Haus wieder verlassen, der Schwarzwaldhof steht in Aussicht, wir werden uns nicht mit ein paar Zimmern zufriedengeben.

Die Tage bis Freitag: Arbeit in den Gruppen: eine gefälschte Extraausgabe der lokalen Zeitung wird hergestellt, beim Verteilen und Machen arbeiten ca. 100 Leute mit. . . Postkarten werden gedruckt. Die Videoleute arbeiten an dem Räumungsfilm, schicken Kopien an andere Hausbesetzer in der BRD, an einer Pressedokumentation wird gearbeitet. . .

Freitag: wir holen uns das obskure Objekt unserer Begierde: nach einer Demo, wieder 7000 Menschen, spazieren wir in den Schwarzwaldhof, allen voran ein Traktor mit den Instrumenten der Band. Ein Areal von 12 000 qm wird unser sein: Wohnraum für ca. 70 Leute, Platz genug für das projektierte Kulturzentrum, ein großes Kaffee, Werkstätten und Hühnerställe. . .

Wir werden versuchen, aus den Fehlern am Dreisameck zu lernen: Die Trennung zwischen Bewohnern und Unterstützern soll endlich verwischt werden, wir alle sind Bewohner dieser Stadt und Unterstützer dieser unserer Sache: der Schwarzwaldhof soll eine Quelle werden: Eine pulsierende Quelle unseres Widerstandes, unserer eigenen Kultur. . . Denn soviel haben wir gelernt, die Tage. . . Daß die Verhärtungen, die ein Straßenkampf auch in uns erzeugt, sich nur durch unsere Zärtlichkeiten aufweichen lassen. . . und Zärtlichkeiten ist ein weiter Begriff. . .



Fotos:
Stadtzeitung für Freiburg

BLOCKHÜTTE GEGEN FLUGHAFENERWEITERUNG – KEINE STARTBAHN WEST –

Frankfurt, Juni 80

In der näheren Umgebung Frankfurts ist die harmonische Holzarchitektur in Blockhüttenform echt in Mode gekommen: vor einem Jahr die Hütten auf der vorgesehenen stillosen Autobahn B 8 bei Königstein durch den Taunus, seit sechs Wochen die fluglärmumbrauste Startbahnstophütte, seit der Räumung des Dorfs 1004 bei Gorleben der Holzbau im Fechenheimer Mainbogen zur endgültigen. Verhinderung eines möglicherweise radioaktiven Kraftwerks.

Gerade dieser Tage schallte wieder das Expansionsgelüste der FAG aus dem Fernseher: Die dritte Startbahn (West) sei die letzte Chance! Die Formel vom "sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses" könne Karry, Min. für Wirtschaft und Technik sofort anwenden. Die drei Landtagsfraktionen würden mehrheitlich dafür sein. Nur Atom-Börner, ausgerechnet der, habe politische Bedenken: Er "sträube sich aus optischen Gründen dagegen, um beim Wähler nicht den Eindruck willkürlicher Entscheidungen zu erwecken", will die FR v. 20.6.80 wissen. – Als könnte die Gesundheit der Menschen im Rhein-Main-Gebiet bedenkenlos ruiniert werden. Als ginge der Charterflugverkehr nicht zurück. Als gäbe es nicht den ausgebauten, aber nicht ausgelastetenKölner Flughafen.

Wir entnehmen der Mai/Juni-Ausgabe des UMWELTMAGAZIN's (Nr. 3/80) des BBU einen leicht gekürzten, weil aktualisierten Bericht zum Widerstand gegen die geplante Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens.
Dasselbe UMWELTMAGAZIN enthält zum Thema "Bürger gegen Flughafenbau" außerdem Beiträge zu Hamburg-Fuhlsbüttel, gegen Militärflugzeugmanöver in Friesland und der Pfalz, zu Stuttgart-Echterdingen, zum Erdinger Moos bei München. Kontaktadressen zum koordinierten Widerstand gegen den Flugverkehrsgigantismus von Flensburg bis München sind auf S. 35; darunter eine geheimnisvolle "Offenbar Vereinigung gegen Flughafenlärm e.V." in Offenbach. Erraten?

HESSEN VORN
20.000 Arbeitsplätze contra 3.000.000 Bäume

Seit über 10 Jahren klagen Gemeinden und Privatpersonen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Die Einsprüche richten sich gegen die Parallelbahnverschiebung der vorhandenen Bahnen nach Westen, sowie gegen den Bau einer Startbahn 18 West, die mit Sicherheitsstreifen 5 km lang und 600 m breit werden soll.

Darauf gründete sich am 20.2.1979 in Mörfelden die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung. Ihre zentralen Forderungen heißen: – Keine Startbahn West und – Generelles Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr. Außerdem fordert sie ein gesamtökologisches Gutachten für den betroffenen Raum. Die Wissenschaftler sollen von der BI ernannt werden und eng mit ihr zusammenarbeiten, die Kosten sollen die hessische Landesregierung, der Landkreis Groß-Gerau, die betroffenen Gemeinden und die Flughafen Frankfurt AG (FAG) tragen. Der Bau der Startbahn West würde den letzten zusammenhängenden Waldgürtel südlich Frankfurts zerschneiden und über 3 Mio. Bäume auf einer Fläche von 400 ha kosten. Das in der unmittelbaren Nähe liegende Naherholungsgebiet Mönchbruch, welches einmal das 3. größte Naturschutzgebiet Hessens werden soll, würde bei einer Realisierung der Ausbaupläne vollkommen wertlos.

Inzwischen wurden bereits ein Fünftel der geplanten Waldrodungen vorgenommen.



Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung

Arbeitsplätze – das ewige Argument (das falsche Argument, ID)

Was bedeutet nun der Bau einer neuen Startbahn? Das jetzige Areal des Frankfurter Flughafens ist, was die Flächenausnutzung anbelangt, laut Flughafengesellschaft (FAG) ausgeschöpft. Diese Aussage zum Ausbau wird allgemein mit der Notwendigkeit begründet, die Flugsicherheit zu erhöhen. Die mit dem Ausbau verbundene Kapazitätensteigerung ist das eigentliche Interesse der FAG. Aber in diesem Punkt beginnt der Teufelskreis in der Argumentationskette für die Bürgerinitiative.

Denn, so wird behauptet, der Ausbau des Flughafens würde ca. 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Der Umkehrschluß dieser Aussage liegt in der Behauptung, daß gerade durch die Verhinderung der neuen Startbahn diese Arbeitsplätze unmöglich würden und die bestehenden eventuell gefährdet seien: Konkurrenzfähigkeit mit anderen Flughäfen durch mangelnde Flugfracht- und Personenbeförderung sei dann zu erwarten. Aber auch gezielte angstmachende Spekulationen zur Unterstreichung dieser Behauptungen, wie der eventuelle Wegzug der Lufthansa von Frankfurt nach München, werden dabei gegen die Flughafengegner eingesetzt. Und gerade das Thema Arbeitsplätze wird in einem industriellen Ballungsgebiet wie Frankfurt und Umgebung in der Bevölkerung mehr beachtet als die vorhandenen oder eventuell zu erwartenden Schädigungen für Mensch und Umwelt. Leider ist dies so – und von daher zielt auch die "Angstmache" der FAG und der Politiker immer wieder auf diesen "wunden Punkt" im Bewußtsein der Bevölkerung.

Aus diesem Grunde hat die Bürgerinitiative schon früh begonnen, sich in einem offenen Brief an die Beschäftigten des Rhein-Main-Flughafens zu wenden. In ihm versucht sie die scheinbaren Argumente der Befürworter des Flughafenausbaus, die letztlich ja nur zu einer Frontstellung zwischen der BI und den dort Beschäftigten dienen soll, zu entkräftigen. So zeigt sie:

- daß der Flughafen mehr als andere Transportunternehmen (Bahn, Schiff, LKW) erweitert worden ist. Dabei sind neue Arbeitsplätze am Flughafen entstanden, jedoch alte Arbeitsplätze bei Bahn und Schiff verschwunden. Insgesamt gibt es weniger Arbeitsplätze als vorher. Unter dem Strich bleibt: Im Transportwesen wurden Arbeitsplätze vernichtet, dafür gibt es mehr Umweltverschmutzung;



— daß größere Transportkapazitäten mehr Rationalisierungsmaßnahmen durch Umstellung auf Großcontainer und den Einsatz von EDV-Anlagen (Computer) notwendig machen. Mit diesen Anlagen können immer mehr Waren mit immer weniger Menschen befördert werden. Das bedeutet im Klartext: Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, verstärkte Nacht- und Schichtarbeit und häufigere Umschulungen;

— daß Fliegen in Zukunft durch Kostensteigerung gerade im Treibstoffbereich teurer wird und letztlich vielen das Fliegen unmöglich macht. Das bringt aber wiederum Arbeitsplatzabbau mit sich und führt letztlich in Zukunft zu Entlassungen (...);

— daß der Abzug der Lufthansa aus dem Rhein-Main-Flughafen besondere Augenwischerei ist. Denn sie wird kaum auf den für sie wichtigen Verkehrsknotenpunkt Frankfurt von Schiene, Straße, Flug und Flughafen verzichten können. Darüberhinaus wird sie solange nicht nach München umziehen können, solange die dortigen BI's den Bau des Flughafen München II im Erdinger Moos erfolgreich verhindern (hoffentlich für immer).

Die Basis in Gewerkschaften und Parteien muckt auf!

Dieses direkte Ansprechen der Betroffenen hat unter anderem dazu geführt, daß sich den Aussagen und Forderungen im offenen Brief die Vertrauensleute der Opelwerke Rüsselsheim als mittelbar Betroffene, die eine Belegschaft von ca. 42.000 Menschen vertreten, mehrheitlich angeschlossen haben. Darüberhinaus unterstützte die außerordentliche Delegiertenvertretung des DGB-Landesbezirks Hessen — Kreis Starkenburg/Bergstraße ebenso diese Forderungen.

Kaum zu glauben, aber wahr, ist, daß in einer generellen Abstimmung im DGB Landesvorstand nur die Polizeigewerkschaft und der DGB-Starkenburg gegen den Ausbau des Flughafens gestimmt hatten. Alle anderen Einzelgewerkschaften hatten dafür votiert.

Aber auch in den Gemeinden rund um den Flughafen (Nauheim, Büttelborn und vor allem Mörfelden-Walldorf) haben sich die verschiedenen politischen Parteien über alle parteipolitischen Unterschiede hinweg, zu einer "Parteiennotgemeinschaft" zusammengeschlossen. In Mörfelden-Walldorf reicht das Bündnis von der SPD über CDU und FDP bis hin zur DKP. (Jetzt über 35.000, ID).

Ebenso deutlich wird in diesem Konflikt, wie eng die Interessen der FAG mit denen einzelner Politiker und Gewerkschaftler verknüpft (verfilzt) sind. Drei Beispiele: Der Oberbürgermeister von Frankfurt, Dr. Wallmann (CDU) ist gleichzeitig Aufsichtsratvorsitzender in der FAG. Auf Seiten der SPD ist es der Landtagsabgeordneten Dr. Lang, Vertreter des Südkreises Groß-Gerau, der zum direkten Umfeld der betroffenen Region gehört. Beide sollen zum einen die wirtschaftlichen Interessen der FAG und zum anderen als gewählte Vertreter mit einem politischen Mandat die Interessen der Bevölkerung vertreten. Nicht anders verhält es sich mit einem Vertreter der Gewerkschaft. So ist der ÖTV-Landesvorsitzende Herr Wolf ebenso FAG-Aufsichtsratsmitglied. Der Volksmund hat nicht zuletzt aus der Erfahrung seiner eigenen Geschichte den Spruch dazu geformt: "Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'!"

Wie gehts weiter?

In diesem Jahr steht die endgültige Entscheidung des Gerichts an. Die Bürgerinitiative selbst ist der Meinung, daß dies in erster Linie eine politische Entscheidung sein muß. Gerade dies bestärkt sie auch weiterzumachen, denn ihr Einfluß auch bei Landtagsabgeordneten, die dem Projekt skeptisch gegenüber stehen, ist nicht gering. Das Interesse auf Seiten der Politiker ist durch den Wahlerfolg der „Grünen" in Baden-Württemberg und die daraus allgemein resultierende politische Bedeutung für die Ökologiebewegung natürlich vorhanden.

Chancen, den Flughafenausbau doch noch durch die Aktivitäten mit und durch die Bevölkerung stoppen zu können, sieht die BI wohl, dennoch bedarf es noch ziemlicher Aufklärungsarbeit und Ausdauer, obwohl ein riesiger Erfolg von 30.000 (jetzt über 35.000; ID) gesammelten Unterschriften in der Umgebung gegen den Flughafenbau zu verzeichnen ist. Als sichtbaren Erfolg wertet die BI jedoch, daß die FAG inzwischen von einer renomierten Werbefirma ihre Buntglanz-Informationen professionell erstellen läßt. Denn seit es die interessanten und aufschlußreichen Infos der BI gibt, ist die FAG, was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt, erheblich in Zugzwang gekommen.

Burghard Seidel

„Sag mal, Ganter, riechst du den Mief hier, ich krieg ja kaum noch Luft, wo sind wir hier denn eigentlich? Und schau mal, die Sonne ist ja richtig trübe! Achtung! Da, wir fliegen ja auf einen Wolkenkratzer zu! Was ist denn plötzlich hier los?"

„Ja, mein lieber Nils, wir sind in ‚Klein-Manhattan' oder besser gesagt: Frankfurt/Main. Schau mal unter meinem Brustgefieder nach, da müssen noch zwei Gasmasken sein. Die werden wir jetzt auch brauchen!'"

„Was, du hast Gasmasken dabei?"

„Ja, die gehören bei uns Wildgänsen bereits zur Standardausrüstung, wenn wir den europäischen Kontinent überfliegen. Hier in Frankfurt, hat man statistisch festgestellt, wird die Luftverschmutzung hauptsächlich durch Gase und Feststoffe verursacht. Hauptverschmutzer sind Autos und Flugzeuge. So hat man auch gemessen, daß täglich ungefähr 31 Tonnen Schadstoffe über Frankfurt und Umgebung niederfallen. In der Hauptsache sind dies Schwefeldioxyde, Kohlenwasserstoffverbindungen, sowie Feststoffe (Staub, Metallpartikel etc.). Natürlich braut hier auch die chemische Industrie ne' Menge mit in diesem ‚Hessenkessel', aber das Kerosin (Treibstoff) der Flugzeuge macht gerade auch uns Vögeln zu schaffen. Aber wir können ja noch wegfliegen, wenn es uns stinkt, aber ihr Menschen hier kriegt sicher über kurz oder lang Atemwegserkrankungen. So ist nachgewiesen worden, daß 70 % der Frührentner (in Rüsselsheim) an Atemwegserkrankungen leiden. Im gesamten liegt diese Erkrankung 3 x so hoch wie im gesamten Bundesgebiet. Ich kann Dir natürlich nicht alles erzählen, denn dann würden die Betroffenen ja nicht mehr zu Wort kommen können. Aber soviel sei gesagt: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens würde die Bevölkerung in unmittelbarer Umgebung noch kränker machen, als sie es ohnehin vielleicht schon ist.

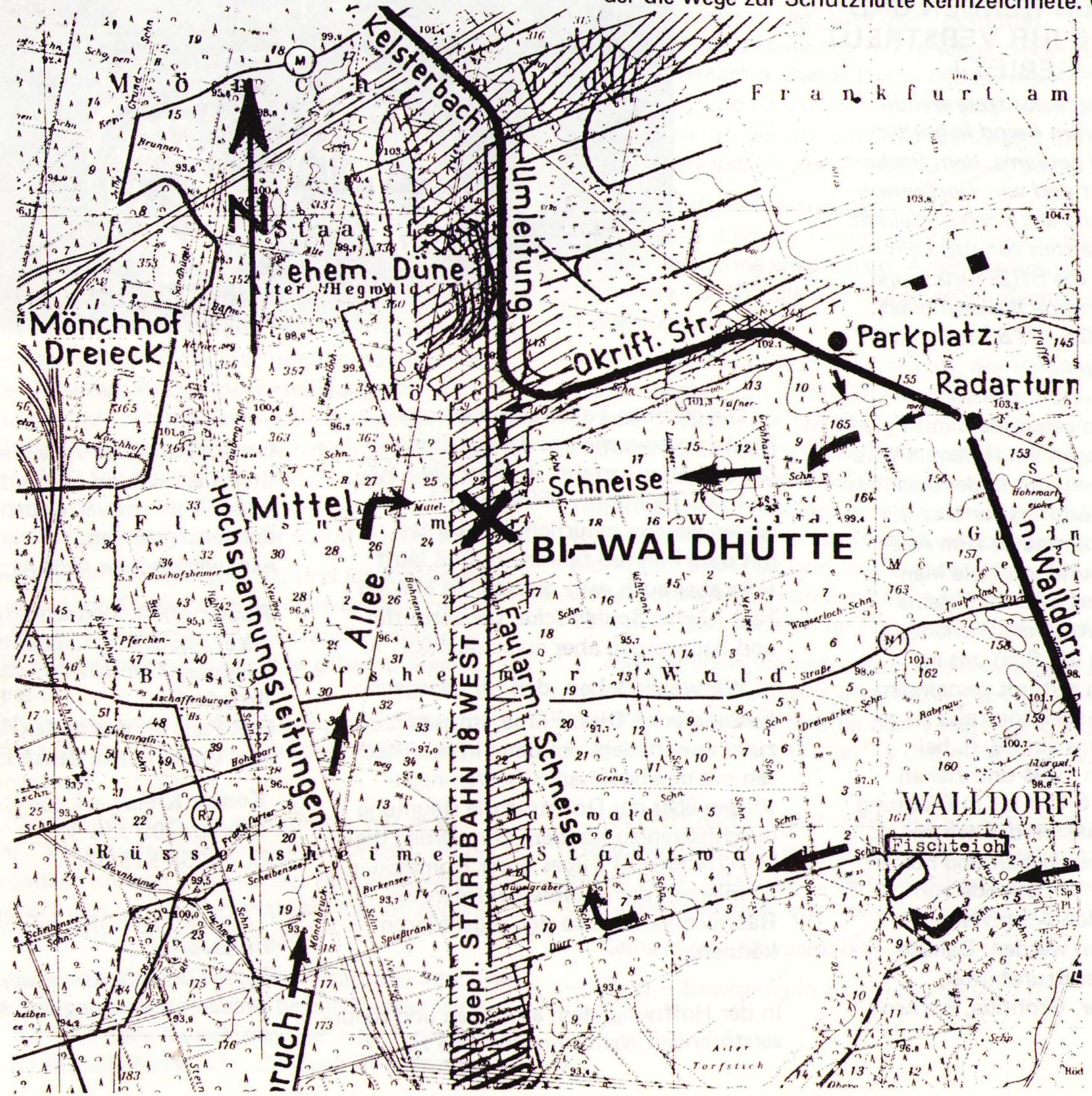
Rundhaus blockiert Startbahnbau

Am 3. Mai, am selben Tag, als bei Gorleben die Bohrstelle 1004 besetzt und dies begeistert aufgenommen wurde, begann der Bau der großen Blockhütte auf der geplanten Trasse der Startbahn West. Die Flughafengegner zum Bau und zur Funktion der SCHUTZHÜTTE DER BEVÖLKERUNG im Info 5:

Da der Hüttenbau nicht „offiziell" möglich war, mußten die Vorbereitungen geheim gehalten werden. Bekannt war, daß eine Schutzhütte gebaut werden sollte, jedoch den genauen Zeitpunkt und den Ort und das Wie wußten nur wenige.

Bereits Monate vorher sind mit großer Unterstützung der Bevölkerung die Vorbereitungen (Materialbeschaffung, Vorfertigung der Einzelteile, Bereitstellung von Werkzeugen usw.) begonnen worden. In allen örtlichen Gruppen gab es Listen von Mitgliedern der Bürgerinitiative und engagierten Bürgern, die jederzeit bereit waren zum Bau unserer Schutzhütte. Die Informationen unter den ‚Eingeweihten' sind nur mündlich gelaufen, da das Abhören von Telefonen zu befürchten war.

So gelang es am Tage vor dem Hüttenbau, vorgefertigte Teile in einem Waldstück neben dem Baugelände unterzubringen. Am Abend des gleichen Tages wurden die Bauleute mündlich informiert. Am Bautag traf man sich um 5.00 Uhr morgens am vereinbarten Treffpunkt in Walldorf. Von dort ging es mit den Fahrrad zum Baugelände. Nach der Ankunft wurde sofort mit dem Bau begonnen. Über 100 (in Worten: einhundert) Startbahn West Gegner halfen mit. Unbemerkt von der Polizei und den Sicherheitskräften der FAG begann der Bau unserer Schutzhütte. Ab 9.00 Uhr wurden in allen Orten Flugblätter verteilt, die vom Hüttenbau berichteten und aufriefen, die Schutzhütte der Bevölkerung gegen die geplante Startbahn zu besuchen. Ein Lageplan war auf der Rückseite des Flugblattes, der die Wege zur Schutzhütte kennzeichnete. Gleichzeitig wur-



den zahlreiche Bürgermeister und Politiker vom Bau der Schutzhütte informiert und aufgerufen, die Hütte aufzusuchen. Zwischen 14.oo und 15.oo Uhr liefen dann die Telefondrähte bei den Sicherheitskräften heiß.

Die Hütte steht. Zahlreiche Bürger, Bürgermeister und Kommunalpolitiker von allen Parteien haben sich mit dem Hüttenbau solidarisiert. Auch in den folgenden Tagen und Wochen erreichten die Bürgerinitiative zahlreiche Solidaritätsadressen von: Bürgerinitiativen, DGB-Ortskartellen, SPD-Ortsvereinen, DKP-Ortsgruppen und der Stadtverordneten-Fraktion, der Parteienaktionsgemeinschaften, von Politikern, Umweltschützern und Grünen...

Die Schutzhütte ist wichtig für die weiteren Auseinandersetzungen. Eine Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Bevölkerung durch die Flughafen Aktiengesellschaft, der Landesregierung und der Stadt Frankfurt ist nach deren Willen von selbst nicht zu erwarten. Auch die in diesem Jahr wahrscheinlich fällige Gerichtsentscheidung vor dem Verwaltungsgericht in Kassel muß sich mit dem Willen der Bevölkerung dieser Region auseinandersetzen und nicht nur eine rein formalrechtliche Entscheidung fällen. Es muß eine politische Diskussion und Entscheidung zu Gunsten der Bevölkerung unserer Region im Hessischen Landtag gefällt werden und das heißt: Keine Startbahn West!!!...

Die Schutzhütte, als Zeichen des Widerstandes der Bevölkerung, ist ein Treff- und Informationspunkt aller Betroffenen. Dort werden Veranstaltungen, Ausstellungen, Gespräche und Sitzungen der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung stattfinden. Sie wird allen Parteien, Vereinen, Verbänden und Vereinigungen, die sich gegen die geplante Startbahn West wenden, zur Verfügung stehen.

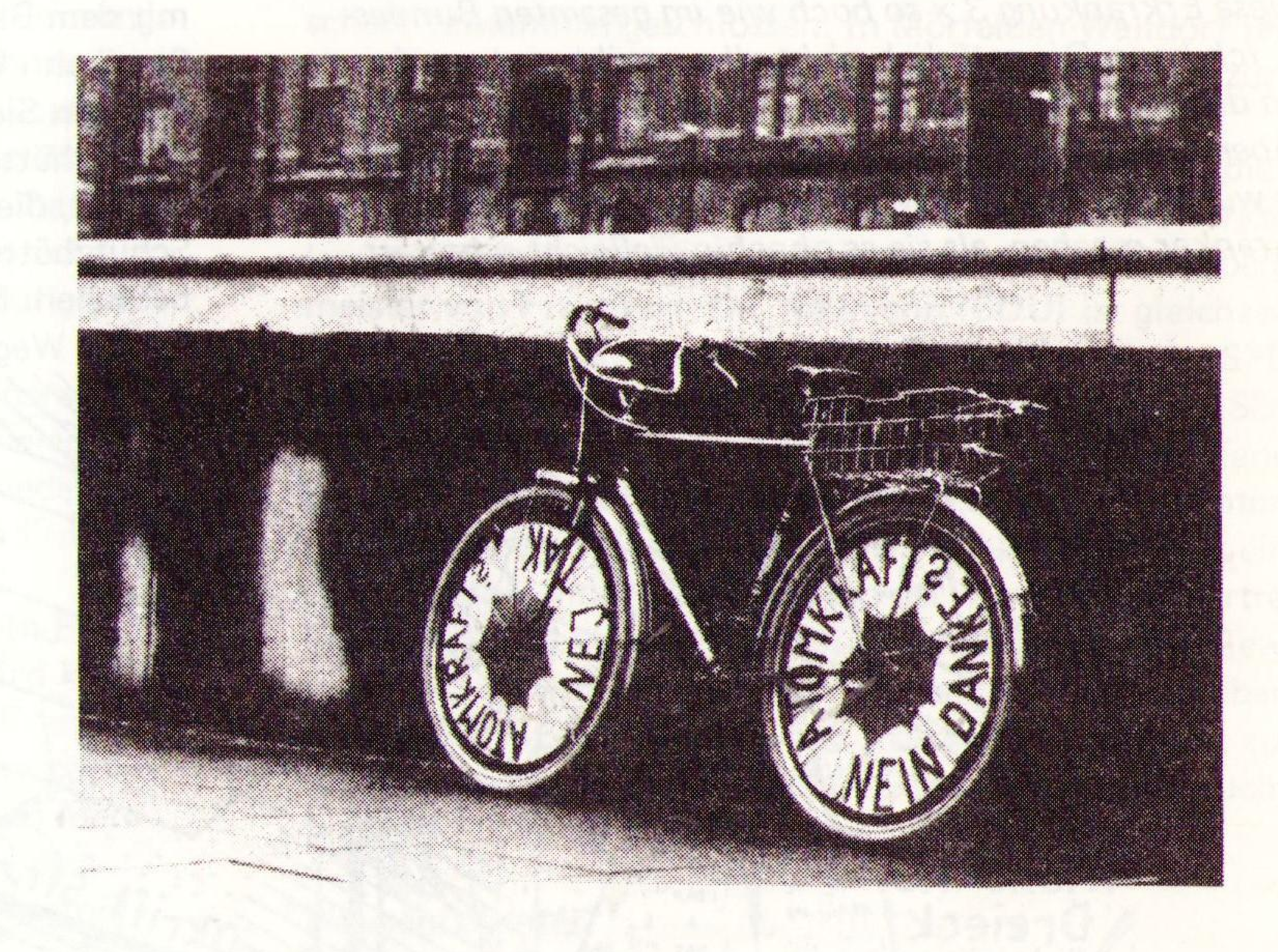
Sie ist Schutzhütte der Bevölkerung als Zeichen für die Erhaltung des lebensnotwendigen Waldes als Naherholungsgebiet zur Regeneration ihrer Arbeitskraft, zur gesunden Erholung ihrer Kinder und zur Erhaltung unseres ohnehin schon schlechten Klimas. Sie ist die Schutzhütte der Bevölkerung, als Wall gegen die belasteten Lärm- und Gesundheitsstörungen.

Ende August ist an der Hütte eine größere Veranstaltung mit Leuten aus Wyhl usw. geplant. Am 6. Juli machen Frankfurter einen Fahrradausflug dorthin. Bei Interesse an Infoveranstaltungen und Filmen wenden an

Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Christian Kessel, Kelsterbacher Str. 28, 6082 Mörfelden-Walldorf, Tel.: 06105 - 76869
Wilfried Schepper, Gundhofstr. 3, 6082 Mörfelden-Walldorf

SEID GEGRÜSST, IHR FREIEN VERTRIEBENEN WENDEN UND FREUNDE, DIE IHR VERSTREUT SEID IM BRD–GEBIET !

Am 4. Juni wurde das freie wendische Dorf 1004 vom Feind in großer Übermacht brutal geräumt, dem Erdboden gleichgemacht und wir, Dorfbewohner, geschlagen und aus unserer Heimat vertrieben. Die meisten von uns kehrten tags darauf in die BRD zurück und nur eine kleine Gruppe Wenden blieb hier im Polizei, BGS, PTB und DWK* besetzten Wendland.*



Wir wollen nun gemeinsam mit Fahrrad, Pferd und Wagen ein rollendes Anti-Atomdorf aufbauen, um in der gesamten BRD unsere Wut und Trauer über die Brutalität des Atomstaates zum Ausdruck zu bringen und um viele Menschen über das Dorf 1004 und seine Räumung zu informieren. Wir laden euch deshalb zum 29. 6 zu uns ins Wendland ein, um mit uns gemeinsam von hier auf die Anti-Atomreise zu gehen. Wir treffen uns am 29. 6. bei Sonnenaufgang an 1004 und ziehen von dort um ca. 10 Uhr los in Richtung Brokdorf. Brokdorf werden wir spätestens am 12. 7. erreichen und hoffen, daß dann mit uns 10 000ende von Menschen gegen den Atomwahnsinn demonstrieren werden. Danach geht die Reise über Brunsbüttel, Bremen, Hannover, Grohnde, Borken nach Bonn.

Die genauen Teilstrecken unserer Route und wo wir uns dann momentan aufhalten, erfahrt ihr über die TAZ und die Telefonnr. 05846 / 3 61 . Am besten wäre es natürlich, Ihr würdet mit dem Fahrrad fahren, zu Fuß läuft sichs aber auch ganz gut (ca. 2o KM am Tag) , Zelte, Schlafsäcke, Lebensmittel und dgl. werden aber auch benötigt.

Wir wollen sehen, daß wir genügend Fotomaterial, Dias, Filme, Infos etc. zusammenstellen, um dann in den Städten mit den dortigen BI's Veranstaltungen über das Dorf und die Räumung durchführen zu können. Wir werden die betreffenden BI's über unser Kommen informieren , damit diese bei Interesse Räumlichkeiten und dgl. organisieren können.

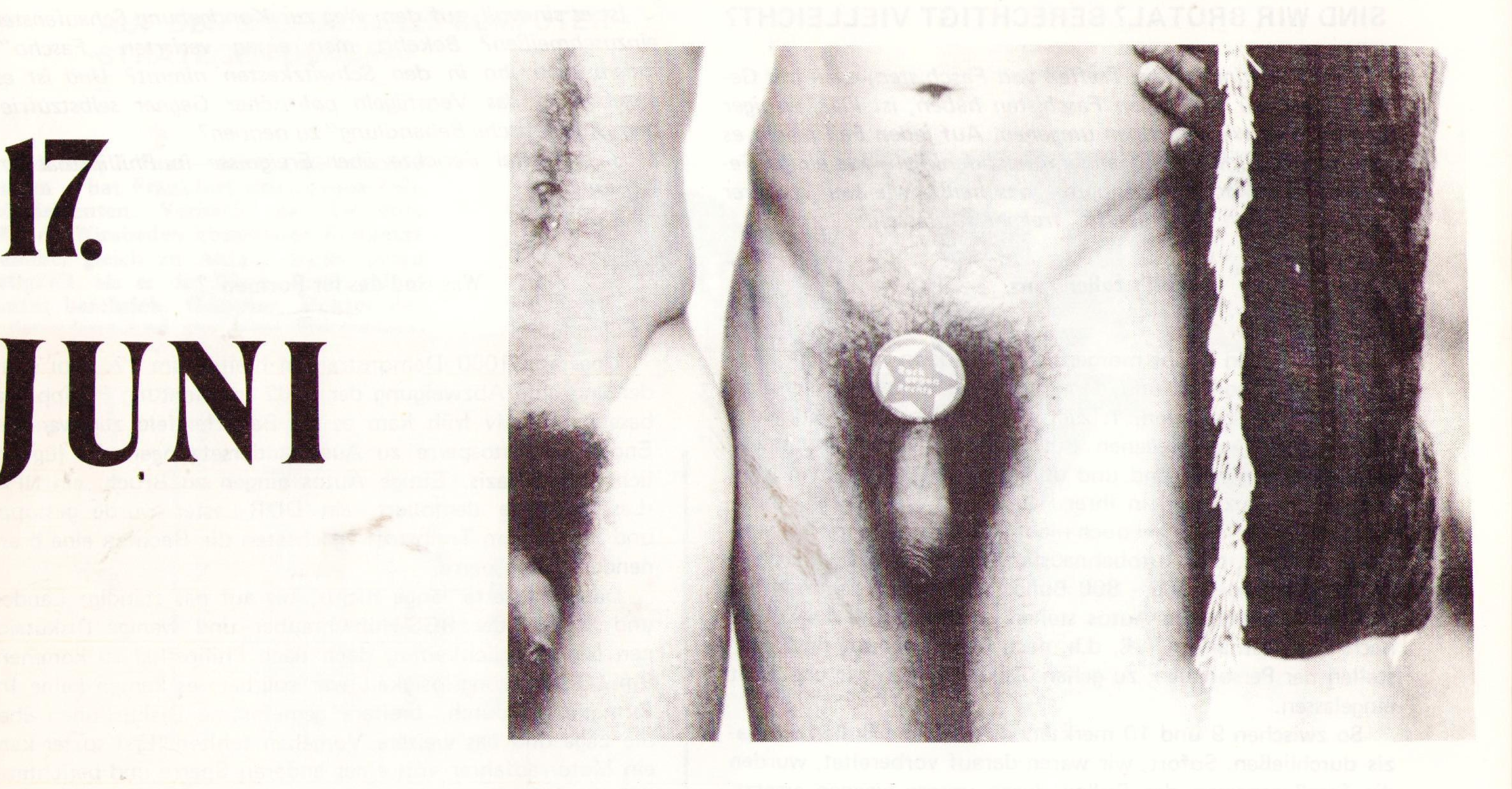
In der Hoffnung, dem atomaren und naturzerstörenden Wahnsinn ein Ende zu bereiten und daß viele Menschen im rollenden und fahrenden Anti-Atom Dorf der vertriebenen Wenden leben werden,
eure wendischen Anti Atom Trecker

Route: 1004, Dannenberg, Hitzacker, Bleckede, Lauenburg, Krümmel, Geesthacht, Hamburg Brokdorf.
P.S. Falls ihr uns helfen wollt unsere Unkosten zu decken, folgendes

Konto: Kreissparkasse Gartow
Kto.Nr. 300 356 3
BLZ: 258 513 335

*(*PTB = Physikalisch Technisches Bundesamt,*
DWK Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen.)

17. JUNI



NACHSCHLAG ZUM 'SCHLECHTS GEGEN RECHTS'

Frankfurt, 24. 6. 80

Lecker, locker, leicht bekömmlich, so sollte laut (ironisch gemeintem) Pflasterstrand - Titelblatt es sein. Aber mir ist es auf meinen nervösen Magen geschlagen.

Es fing schon damit an, daß wir für unseren Stand (ID, Frankfurter Frauenblatt, Buchladen 'land in sicht') mit vier Autos anrückten. Bezeichnend für die ganze 'Rock gegen Rechts' Scene, war dann auch das Theater, daß daraufhin anfing.

Denn die Ord n er — Deutschland ist ein 'ordentliches Land'— die konntens gar nicht begreifen, Einfahrtserlaubnis gibts nur für ein Auto - basta. Der Zettel, den wir dann bekamen war nun keineswegs die Einfahrtsgenehmigung, sondern vielmehr ein Antrag für einen Antrag zur Erteiligung einer Einfahrtserlaubnis. Nun gut, ich bin sicher kein geduldiger Mensch, aber wie die 'Ordner' sich aufführten, sich wichtig machten (was willst denn du ? Ich bin hier der Ordner, und du bist der letzte Dreck), in ihre Brizzel-biep-geräte reinschwätzten, war zum Gottserbarmen, und mir wurde schon wieder schlecht.

Irgendwie haben wir's doch geschafft, und ich konnte mir den ganzen Rummel im Konsumgäßchen betrachten. Hinter mir das Bierzelt (der Obermotz, der uns ständig anpöbelte, trug auch 'ne RgR-Plakette) mir gegenüber gabs Apfelwein, Müsli, Lederwaren.
Verdammt nochmal, wo war die alternative Achterbahn?
Die DKP tat sich wichtig, ebenso der KB und "antifaschistischen Bohneneintopf" gabs auch.

Die Musik, die ab und an zu uns rüberdrang, war mies, die Ansagen der "Veranstalter" dümmliche Anmache (sinngemäß: ob die ganzen kleinen Dummis auf der Wiese wohl jetzt kapiert haben, daß sie 'ne RgR-Plakette kaufen sollen? Wo's doch so wichtig ist'). Good Grieve.

Antifaschismus beschränkt sich auf die Nazis, die irgendwo an der Zonengrenze rumkrauchen, und bezeichnenderweise spricht am 17. Juni auf dem Römerberg, der Herr Hesselbach, von der 'Bank für Gemeinwirtschaft', die auch in Häuserspekulationen hier in Frankfurt verwickelt ist.
Und hinter Herrn Hesselbach der ehrenwerte Ignaz Bubis, seines Zeichens Oberspekulant in Frankfurt, der sich als Antifaschist par excellence vorstellt. Ich schlage doch nunmehr vor, Herrn F., Marinerichter a.D. aus Süddeutschland, zum nächsten Mal, einzuladen.

Antifaschist ist der, ders sagt - punktum.
Und der, Gottseidank nur in Frankfurt bekannte Juso-Macker und Liedermacher Dieter Dehm (Künschtlername Lerryn) ist auch einer, und da diese Person zufällig noch Oberorganisator vons Ganze ist, dürfen, am Sonntagmorgen, die Besetzer aus der Siesmayerstraße 4 auch nichts sagen, da der Herr Leer-in(nen) was gegen Hausbesetzungen hat. Und die Leute von der Bürgerinitiative Lüchow - Dannenberg, meint er sollen auch besser von der Bühne wegbleiben. Antifaschismus - das sind völlig andere Schuhe, als der Kampf gegen Zerstörung unserer Lebensbedingungen.

Man hat uns einfach neutralisiert, die Veranstaltung, in gewissem Sinne (von DKP u.ä. mal abgesehen) entpolitisiert, Friede, Freude, Eierkuchen wohin das Auge blickt, die 'Krawallmacher' in die radikale Ecke gestellt. Und da stünden sie vielleicht heute noch, und schämten sich, wenn nicht am Sonntagmittag, 2oo Leute die Bühne regelrecht erobert hätten. (das solch eine Maßnahme notwendig war, beweist sich an der Tatsache, daß SDAJ'ler und 'Falken' die Leute, die was zu sagen hatten, mit Gewalt von der Bühne fernhielten) und so wenigstens eine kurze inhaltliche Kritik angesetzt wurde.

Zum Schluss: Ich habe Wut, Wut über diesen antifaschistischen Einheitsbrei, ohne inhaltliche Klärung, dieses Wischi-Waschi aus Konsumrummel und Volksverarschung, über diese aufgeblasenen 'Veranstalter' -- daß es regnete, war nur die geringste Strafe.

Und fürs nächste Mal: alles, nur kein Rock gegen Rechts, keine Monsterschau und Mammutbühne (wo kam denn da der Strom her ? Biblis ? ?), keine Antifaschisten aus dem Bank- und Maklergewerbe, oder gar Liedermacher.

Keine Macht für niemand

— -dausi — Bewegung in die Fresse hauen / ID

SIND WIR BRUTAL? BERECHTIGT VIELLEICHT?

Linke verhindern ein Treffen von Faschisten, auch mit Gewalt. Daß wir was gegen Faschisten haben, ist klar, weniger klar ist, wie wir mit ihnen umgehen. Auf jeden Fall macht es uns (und offenbar auch andere) nachdenklich, wie einige Genossen ihre Macht anwenden – das heißt, wie weit sie ihrer „revolutionären Gegengewalt" freien Lauf lassen.

Ist es sinnvoll, auf dem Weg zur Kundgebung Schaufenster einzuschmeißen? Bekehrt man einen verirrten „Fascho", indem man ihn in den Schwitzkasten nimmt? Und ist es angebracht, das Verpfügeln politischer Gegner selbstzufrieden „kosmetische Behandlung" zu nennen?

Hierzu zwei Berichte über Ereignisse in Phillipsthal am 17. Juni:

Milli's toller Tanz

... So gegen 4 Uhr morgens sind wir dann von Frank Zappa geweckt worden und dann alle gemeinsam in Richtung Philippsthal losgefahren. 1. Ziel war Friedeswalde, unterwegs sind wir an verschiedenen Bullensperren vorbeigekommen, die uns waffenstrotzend und dumm anglotzten. Denen wars auch nicht ganz wohl in ihrer Haut, denn mit soviel Demonstranten hatten sie dann doch nicht gerechnet. In Friedenswalde – übrigens die Autobahnausfahrt für Philippsthal, haben wir dann mit den 500 - 800 Bullen verhandelt. Sie machten uns das Angebot, die Autos stehen zu lassen und die 24 km nach Philippsthal zu Fuß, d.h. nach Durchsuchung und Feststellen der Personalien, zu gehen. Darauf haben wir uns nicht eingelassen.

So zwischen 9 und 10 merkten wir, daß die Bullen die Nazis durchließen. Sofort, wir waren darauf vorbereitet, wurden die Straßensperren der Bullen durch unsere eigenen ersetzt, für die Nazis gab's kein Durchkommen mehr. Entsprechend waren ihre Reaktionen. Den ersten Zwischenfall gab's an der Autobahnausfahrt, ein Nazi fuhr mit Vollgas in eine Gruppe Demonstranten, wobei es 2 Verletzte gegeben hat. Der nachfolgende Nazi-Konvoi konnte seine Fahrt auf dem Dach liegend nicht mehr fortsetzen. Ich bin mit unserer Fahrzeugkolonne nach Scheklendsfeld oder so ähnlich gefahren, das war ca. 7 km vor Philippsthal. Vor der Kreuzung haben die Faschos einen Stützpunkt von uns überfallen, den Wagen demoliert und die Insassen geschlagen. Der Nazi-Bus mußte sich entsprechender kosmetischer Behandlung unterziehen, ebenso die Insassen. Anschließend wurde er ein Raub der Flammen. Mal ein paar Grüße an die Frankfurter an dieser Stelle. Von einer anderen Straße kamen 2 weitere Nazi-Busse, die sich trotz diverser Bauteile auf der Straße nicht beeindrucken ließen und nach Philippsthal fahren wollten. Die anschließende Auseinandersetzung war nicht sehr friedlich. Nach Philippstahl sind sie jedenfalls nicht gekommen. Nirgendwo konnten sie das, was sie wollten, ihren braunen Scheiß vom Stapel lassen, trotz der 80 (original Polizeifunk) Teilnehmer und der Nazigrössen, die sie aufgeboten hatten auf dem Siechenberg. Der war umstellt von den Bullen und so konnten sie ein paar Reden zur „Deutschen Doofen Republik Staatsgrenze" schmettern. Anschließend wurde die sogenannte Kundgebung von den Bullen verboten, weil ihre Sicherheit nicht mehr von den Bullen gewährleistet werden konnte. Daß sich rund 2000 (1800 - 1900 - original Bullenfunk) von dem braunen Mist versammelt hatten, hat ihnen auch nicht viel genützt. Kränze haben se jedenfalls keine niedergelegt. In Friedenswalde gabs dann noch Zusammenstöße zwischen Faschos und uns, wobei einer von uns durch einen Messerstich verletzt wurde. Die Nazis haben dann noch en Laster aus der Deutschen Doofen Republik angehalten und den Fahrern die Benzinkanister abgenommen und die Autobahnausfahrt angesteckt, weil sie Angst vor etwaigen Verfolgern hatten.

Eindeutig ging die Militanz von den Nazis aus und keineswegs von uns. Keiner von uns wurde von den Bullen abgeführt oder erkennungsdienstlich behandelt. Keiner von uns hat sich zu irgendwelchen Übergriffen auf die Bullen hinreißen lassen.

Was sind das für Formen ?

Ungefähr 1000 Demonstranten hielten am 17. Juni stundenlang eine Abzweigung der B 62 in Richtung Philippsthal besetzt. Relativ früh kam es am Bad Hersfeld zugewandten Ende der Autosperre zu Auseinandersetzungen mit jugendlichen Neo-Nazis. Einige Autos gingen zu Bruch, ein NPD-Laster wurde demoliert, ein DDR-Laster wurde gestoppt und mit seinem Treibstoff errichteten die Rechten eine brennende Straßensoerre.

Dann passierte lange nichts, bis auf das ständige Landen und Starten der BGS-Hubschrauber und wenige Diskussionen über Möglichkeiten, doch nach Philipsthal zu kommen. Eine Orientierungslosigkeit war spürbar; es kamen keine Informationen durch, breitere gemeinsame Diskussionen über die Lage und das weitere Vorgehen fehlten. Erst später kam ein Motorradfahrer von einer anderen Sperre und berichtete, daß die NPD-Kundgebung nun doch verboten sei. Daraufhin wurde beschlossen, zu versuchen, bis nach Philippsthal zu kommen. Als sich der Zug gerade formieren wollte, tauchten aus Richtung Philippsthal Busse und PKW's mit NPD'lern auf. An der Sperre war aber kein Durchkommen für sie, sie wurden von der Polizei zurückgewiesen, stiegen aber dennoch aus und führten vor unseren Augen eine Art Kundgebung durch. JN (Junge Nationademokraten) – Fahnen schwingend riefen sie – wütend wie es schien – ihre Parolen und Lieder.

Kurze Zeit später, die NPD'ler waren noch nicht weg, tauchte unter uns ein PKW mit Anhänger auf, darauf eine Burg aus Sperrholz. Darauf standen Parolen wie ‚Heimatvertrieben sind Deutsche geblieben', an ihm hingen Wappen ehemals ostpreußischer Städte, die heute polnisch sind. Ein Mann war dabei, er hatte sich bis hierher mit seinem Wagen durchgeschlängelt, kam jetzt aber nicht weiter. Einige Demonstranten stellten ihn zur Rede: wo er hin wolle, zum Deutschlandtreffen etwa? Schon begann jemand Wappen abzubauen. Der Faschist (?), der Altnazi (?), der Revanchist (?), machte einen völlig hilflosen Eindruck auf mich. Er rannte, stolperte um seinen Anhänger und rief immer nur: Nicht kaputtmachen, die Wappen nicht kaputtmachen. Es begannen Diskussionen unter den Demonstranten, ob es sinnvoll sei, sein Agitationsmaterial zu zerstören. Währenddessen wurde der Wappenabbau unvermindert fortgesetzt. Jetzt wurde er unglaublich aggressiv und schlug brutal auf die ein, die seine Burg zerstörten. Einer von uns bekam ihn in den Griff und hielt ihn so im Schwitzkasten, daß er blau anlief. Und dann – dann stand er nur noch da und schrie, einige Minuten lang, schrie nur noch, passiv. Der Abbau wurde fortgesetzt. Kurze Zeit später wurde der Weg frei und er fuhr weg.

Auch drei Tage später bin ich mir nicht im klaren, was passiert ist.

Sind wir brutal? Berechtigt vielleicht? Was sind das für Formen? Ich glaube, daß dieser Mann ein Rechter ist; ich möchte ihm nicht begegnen, wenn er Macht hat, aber ich habe gemerkt, daß einige Genossen auch nicht mit ihr umgehen können; in diesem Fall nicht merkten, daß wir eine Situation heraufbeschworen, die unmenschliche Züge trug.

aus: Elephantenklo Nr. 69, Gießen

AUF DEN SPUREN EINES COMPUTER–STRATEGEN DES BKA

Seit dem 2. Juni – diesem historischen Datum – hat Frankfurt einen neuen Polizeipräsidenten. Verblüfft hat der vom BKA in Wiesbaden kommende Karlheinz Gemmer gleich zu Anfang seiner neuen Tätigkeit, als er die Dimensionen seines Amtes beschrieb. Gemmer, Doktor der Jurisprudenz und aus einer Polizistenfamilie in Wiesbaden stammend, fordert einerseits "den Schutzmann zum Anfassen" und wünscht sich "etwas von der alten Dorfpolizistenmentalität"; andererseits aber will er sich für einen "Aktionsverband" zwischen BKA und Frankfurts Polizei einsetzen.



BKA-Computer

Gemmer, Jahrgang 1929, war bei Kriegsende 16 Jahre alt. Ob er, wie viele seiner Generation, eine Nazi-Ordensburg (Eliteschule) besucht hat, ist mir unbekannt. Mit 19 geht er jedenfalls, ein Jahr nach dem Abitur, zur Kriminalpolizei Wiesbaden. Arbeitet dort 10 Jahre und beginnt mit 29 Jahren (1958) in Mainz ein Jurastudium, das er schon nach acht Semestern mit dem ersten Examen beendet. 1964 promoviert er über ein Thema aus der Wirtschaftskriminalität. Zu dieser Zeit ist er bereits wieder bei der Kripo, jetzt beim Landeskriminalamt (LKA-Hessen) in Sachen Wirtschaftskriminalität. Ende der 60er Jahre wechselt er zum BKA über.

Jetzt ist er ins nahe Frankfurt gewechselt, eine Großstadt mit – nach Polizeilogik – starker Wirtschafts- und Drogenkriminalität und einer verzweigten linksradikalen Szene. Seines Amtes gewaltet hat Gemmer zum ersten Mal am Tag der gewaltsamen Räumung des Anti-Atomdorfes in Gorleben (4.6.), gegen die auch in Frankfurt demonstriert wurde: außer einem wildgewordenen Wasserwerferfahrer blieb seine Truppe auffallend zurückhaltend. Eine knappe Woche später – beim Protest gegen einen professoralen Mummenschanz mit Ehrendoktorverleihung in der Paulskirche - das gleiche Bild aufseiten der Polizei. Ebenso bei einer Hausbesetzung.

Doch die hier geschilderte Biographie Gemmers ist Ergebnis von Recherchen. In den staatstragenden Medien war darüber nichts zu erfahren, außer: er sei Sozialdemokrat. Motiv für die Recherchen sind daher seine Äußerungen zum "Aktionsverband" zwischen BKA und der Polizei in Frankfurt gewesen.

Franco Primavera hat sich auf Spurensuche gemacht und herausgefunden: Gemmers Kriminalisten-Karriere hats in sich!

Gemmer - und nicht allein sein Chef Herold (BKA-Präsident) - hat maßgeblich die Einrichtung des Kriminologischen Forschungs-Instituts beim BKA bewirkt, dessen Abteilungspräsident er bis zu seinem Wechsel nach Frankfurt war. Dieses Kriminologische Institut ist das strategische Gehirn des BKA, mithin die treibende und lenkende Kraft auf dem Weg zum perfekten Überwachungsstaat mithilfe eines gigantischen Computer-Verbundes. Dessen Pfeiler: inpol (Informationssystem der Polizei), PIOS (Personen-Institutionen-Objekte-Sachen, gegen den Terrorismus), BEFA (Beobachtende Fahndung, unter deren 8 Abteilungen die Nr. 7 gegen "Terroristen, Anarchisten und andere politische Gewalttäter" gerichtet ist) und schließlich DISPOL, zu deutsch: digitalisiertes integriertes Breitband-Sondernetz der Polizei für Sprache, Bild, Daten, konzipiert als Mittel zur Vereinheitlichung aller vorhandenen Computer-Systeme (hauptsächlich mit NADIS, vom Verfassungsschutz, dem "elektronischen Bruder von INPOL").

Gemmer hat den Aufbau dieses Datensystems von Beginn an in entscheidender Funktion als Technokrat und Stratege begründet und betrieben. Eines Datensystems, das, legt man die Angaben des "Spiegel" vom Mai 1979 zugrunde, im Jahre 1980 etwa 10 Millionen Menschen in diesem Land erfaßt.

Gemmer ist kein Dämon

Seine Spuren sind zu einem wichtigen Teil schriftlich dokumentiert. So hat er seit über 12 Jahren in der Fachzeitschrift KRIMINALISTIK regelmäßig geschrieben bzw. wurden dort seine Reden, Referate und Beiträge veröffentlicht, die er auf Arbeitstagungen des BKA und anderer Polizeieinrichtungen gehalten hat.

Noch ein Hinweis, in diesem Zusammenhang, zu seiner Bedeutung. Bei solchen Tagungen war Gemmer oft nicht nur der Leiter, sondern nach dem jeweiligen Innenminister (ob Genscher, Maihofer oder Baum) und seinem Chef Herold (BKA-Präsident), jeweils der dritte in der Polizei-Hierarchie.

Zwei Eindrücke lassen sich aus seinen schriftlichen Äußerungen vorwegnehmen:

1. Gemmer ist in seinem Computer-Wahn seinem Chef Herold ebenbürtig.
2. Im Vergleich zu Gemmer war sein Vorgänger im Amt des Frankfurter Polizeipräsidenten, Müller, ein Nachtwächter.

Die These zu Gemmers Wechsel vom BKA auf dem Neroberg in Wiesbaden ins Frankfurter Polizeipräsidium am Platz der Republik (dessen Fassade übrigens gerade frisch übertüncht wird), gründet sich auf die Auswertung seiner Beiträge; sie knüpft unmittelbar an einer Äußerung an, die er in seinem vorläufig letzten Artikel (in der Januar-Nummer 1980 der KRIMINALISTIK) getan hat. Dort spricht er von den "geradezu revolutionären Änderungen" auf dem Gebiet der "Fahndung und Polizeiarbeit" (so der Titel des Beitrags). Und sein Stolz auf "unser elektronisches System, das in seiner Philosophie und Perfektion sicher seinesgleichen auf der Welt sucht", wirkt dabei wahrhaft ungekünstelt.

Die These also: Gemmer hat beim BKA erreicht, was der Traum eines deutschen Polizeitechnokraten ist.

Das zweite Element dieser modernen Doppelstrategie geht über "unser elektronisches System" als technischem Apparat hinaus. Es betrifft die Polizei als Sozialarbeiter. Als Sozialkontrolle vor Ort, in diesem Fall in Frankfurt.

Getreu nach Mao's Bild vom Fischfang: entweder das Netz wird immer kleiner geknüpft (Computersysteme, Datenaustausch) - oder das Wasser wird vergiftet (Sozialkontrolle). Letzteres mit der Tendenz, daß jeder Bürger Polizist ist. Bei der vorhandenen "Sicherheits"-Mentalität der Deutschen eine plausible Strategie.

Ein erster Hinweis auf praktische Veränderungen läßt sich Gemmers Beitrag "Zur Problematik polizeilicher Prävention" (BKA-Tagung im November 1975) entnehmen. Auf eine amerikanische Untersuchung eingehend, **"wonach vermehrte motorisierte Streifen der uniformierten Polizei allein keine meßbare präventive Wirkung erzielen"**, findet er den **"Verdacht bestätigt, daß offene Präsenz oft allenfalls nur eine Verdrängung des Verbrechens erreicht. Durch den Einsatz von (nicht nur motorisierten) Zivilstreifen**

mit einer vorwiegend beobachtenden Aufgabe ist dieser Verdrängungseffekt bis zu einem gewissen Grad zu vermeiden und eine nachhaltige Verunsicherung, damit auch eine präventive Wirkung, eher zu erzielen."

Spurenauswertung

Vorweg: Die Ermittlungsergebnisse bei der Spurenauswertung von Gemmers Worten und Taten als Chefstratege im BKA beweisen: Gemmer ist ein hochkarätiger Technokrat im Dienste eines Polizeistaat-Modells. Schon seit mindestens 11 Jahren.

Spätestens seit der 27. Sitzung von INTERPOL im Oktober 1968 in Teheran liegt Gemmer am Herzen, die wissenschaftliche Forschung der Kriminologie in den Dienst der Verbrechensbekämpfung zu stellen. Gemmer entwickelt dazu anno 1969, als er im Rang eines Regierungskriminaldirektors beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden tätig ist, praktische Vorstellungen.

Der zu jener Zeit bestehende "kriminalpolizeiliche Meldedienst" gilt als überholt. Deshalb Gemmers Idee aus jenem Jahr: "ein kriminalpolizeiliches Forschungs- und Planungsinstituts" muß her, und zwar beim BKA.

Einer der Gründe, warum, laut Gemmer, bis zum Jahre 1969 zu wenig "fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Praktikern" stattfindet, liegt, zu seinem Bedauern, in der Nazizeit begraben. Gemeint ist die als "Kriminalbiologischer Dienst" bekannte Institution, deren Untersuchungsbereiche laut Gemmer "nationalsozialistisches Gedankengut enthalten".

Gemmer: Ein Teil des sehr umfangreichen Fragebogens, mit dem man die Persönlichkeit des Delinquenten zu erforschen suchte, befaßt sich mit der Sippenuntersuchung, wobei Sippen- und Ahnentafeln kriminogene Dispositionen oder auch nur den "sozialen Leistungsunwert" beweisen sollten und z.B. als Unterlage für die Anordnung der Entmannung dienen konnten.

Geht man jedoch der Einrichtung des Dienstes und den Motiven dazu nach, so erweist sich sehr bald, daß er kein Kind des Dritten Reiches ist. Das System wurde lange vor 1933 von deutschen Kriminologen und Medizinern entwickelt.

In verschiedenen Datengruppen suchte man die kriminelle Vergangenheit des Straftäters, die soziologischen Verhältnisse, die körperliche und geistige Entwicklung und psychisch-psychiatrischen Befunde zu erfassen. Dabei wirken Strafregisterstellen, Gerichte, Schulen und Erziehungsheime, Polizeidienststellen, Gerichte, Schulen und Erziehungsheime, Gemeinde- und Jugendämter, Gesundheitsämter und selbst Krankenanstalten und Arbeitgeber mit.

Von einem Grundgedanken her ist ein solcher kriminologischer Informationsdienst umfassender Art sicher gerade heute recht interessant.

Im Juni 1972 wird in Frankfurt ein Teil der RAF verhaftet (A.Baader und J.C. Raspe). Über die Existenz der Stadtguerilla macht sich Karlheinz Gemmer in diesen Wochen in einem KRIMINALISTIK–Beitrag Gedanken:

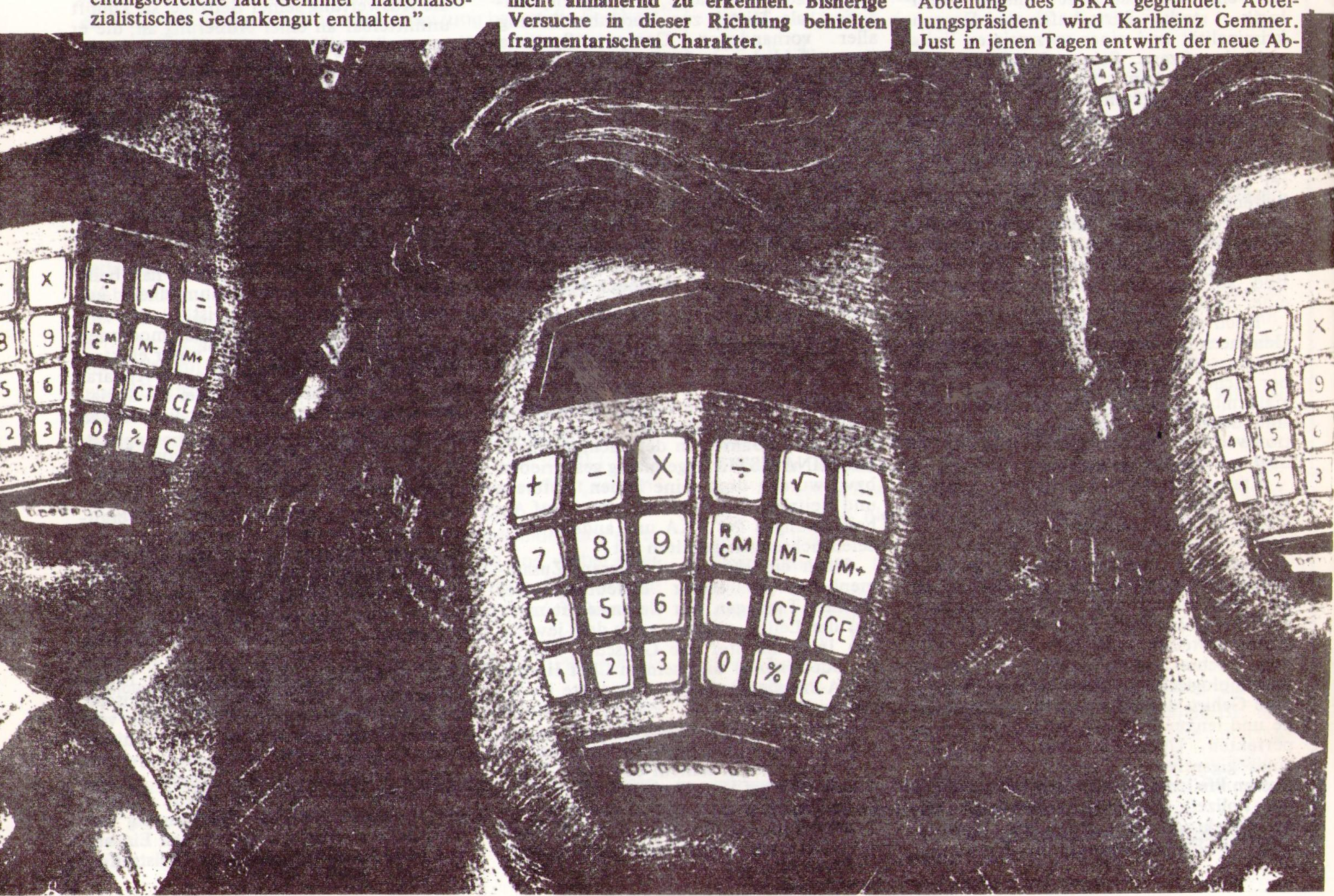
Gemmer: Die Gefahr der politisch motivierten Gewaltkriminalität, die das Bild krimineller Aggression in unserem Staate wesentlich mitbestimmt, ist an Zahlen nicht annähernd zu erkennen. Bisherige Versuche in dieser Richtung behielten fragmentarischen Charakter.

Sowohl die Thesen als auch die Ziele und Tatmittel - zunehmend Schußwaffen, Spreng- und Brandstoffe - der extremen Linken und Rechten färben aber das kriminelle Gesamtklima. Sie zeigen dem "herkömmlichen" Ganoven insgesamt recht erfolgreiche Wege zur Begehung von Gewaltkriminalität. Es scheint auch für manchen Täter modern und vorteilhaft zu werden, seine Tat irgendwie vorher oder nachher mit einem ideologischen Mantel zu umgeben oder gar eine Organisation als eigentlichen Urheber anzugeben. Von dort bis zur Motivierung der gewaltsamen Aneignung fremden Eigentums durch Raub, Diebstahl oder Erpressung als einer Methode etwa zur Verwirklichung politischer Vorstellungen über Vermögensbildung ist nur ein kleiner Schritt.

Die — zunächst unerträglich erfolglose — Baader-Meinhof-Fahndung hat die Polizei sicherlich in weiten Teilen der Bevölkerung in Mißkredit gebracht. Aber nicht nur dieses Extrem war erkennbar geworden. In ebenso weiten Teilen des Volkes war es auf Dauer als eigene Mißkreditierung empfunden worden, daß die Polizei nicht weiterkam. Mit dem Erfolg schließlich ging es der Polizei wie einer Fußballmannschaft, die zunächst alle, dann weniger und zuletzt keine Spiele mehr verlor. Die Pfeifkonzerte wurden weniger, die Ermunterungsrufe mehrten sich, und zuletzt blieb Jubel.

(aus: Kriminalistik, August 1972)

Ein Jahr später, Ende Juni 1973, tritt die bislang letzte Neufassung des BKA-Gesetzes inkraft; mit ihr wird das Kriminologische Forschungsinstitut als Abteilung des BKA gegründet. Abteilungspräsident wird Karlheinz Gemmer. Just in jenen Tagen entwirft der neue Ab-



Engmaschiger Informationsaustausch

teilungschef vor leitenden Polizeioffizieren in der Polizei-Akademie Hiltrup bei Münster das Bild vom BKA als "Kommandozentrale der deutschen Polizei". Eine Vorstellung, die in der Öffentlichkeit bislang allein mit seinem Chef Horst Herold in Verbindung gebracht wurde.

Gemmer: Manche möchten das BKA als deutsches FBI sehen, ausgestattet möglichst noch mit mehr Kompetenzen als diese amerikanische Zentralbehörde. Andere wieder halten überhaupt nichts von jeglicher zentraler Ermittlungsführung auf Bundesebene. Die Anhänger dieser letztgenannten Meinung können sich jedenfalls auf die grundgesetzliche Kompetenzverteilung berufen, die Klarheit insoweit schafft, als sie die Wahrnehmung der Polizeiaufgaben im Grundsatz ganz eindeutig den Ländern überträgt.

Dieses sog. föderalistische Prinzip - die Polizeihoheit der Länder - ist ein Reflex auf den zentralistischen Polizeiapparat der Nazizeit. Unterlaufen wird es durch das sog. Sicherheitskonzept der Innenminister von 1972, in dem das BKA als "Informations- und Kommunikationszentrale der deutschen Polizei für die Verbrechensbekämpfung" definiert wird. Gemmer dazu im Juni 1973:

Gemmer: Mit Hilfe von leistungsstarken Datenverarbeitungsanlagen im Duplexbetrieb, deren Installation im April dieses Jahres (1973) abgeschlossen wurde, soll im BKA die Zentrale eines bundesweiten Systems des polizeilichen Nachrichten- und Datenaustausches entstehen. Die erste Ausbaustufe, ein gemeinsames Fahndungssystem mit einer Vielzahl von Datenstationen in den Bundesländern und an den Grenzen ist weitgehend verwirklicht. Mit Hilfe dieses Systems soll jeder Polizeibeamte über eine der Datenstationen in sekundenschnelle Auskunft aus einem laufend aktualisierten Bestand an Fahndungsnachrichten erhalten.

Die Erweiterung dieses Systems über eine beobachtende Fahndung (heute BEFA), in den Schwerkriminelle mit bestimmter Arbeitsweise einbezogen werden, erfolgt gerade jetzt in Absprache mit den einzelnen Bundesländern. Der Aufbau eines polizeilichen Recherchiersystems sowohl zu reinen Auskunftzwecken als auch zur Erkennung von Tat- und Täterzusammenhängen wird als eine der nächsten Phasen von den Landeskriminalämtern und dem BKA gemeinsam vorbereitet.

In seinem Referat über die "Kommando-Zentrale" BKA vom Juni 1973 beschreibt Gemmer - neben der voranschreitenden Rationalisierung durch Computer - auch sein Konzept der "kriminalistisch-kriminologischen Forschung", angesiedelt im BKA:

Gemmer: Dem BKA obliegen die praxisbezogene Methoden- und Zweckforschung für die kriminalpolizeilichen Arbeitsweisen sowie die Analyse statistischer Aussagen über Veränderungen und Entwicklungen der Kriminalität. Eine begrenzte zweckorientierte Grundlagenforschung soll der Polizei selbst eine ständige Beobachtung und Analyse des kriminellen Geschehens sowohl in seiner Gesamtheit,

Guerilla-Gruppen entspricht in jeder Beziehung den Vorstellungen über Verbrecherorganisationen.

Auf der oben erwähnten BKA-Tagung im November 1975 definiert Gemmer den Begriff der "Prävention", wie er seitdem gültig ist. Die Praxis dieser Prävention ist - das zeigt ein Vergleich mit seiner Beschreibung des erwähnten "Kriminologischen Dienstes" - nichts weiter als die moderne Fortführung von Polizeimethoden aus der Nazizeit.

"Prävention im rechtverstandenen Sinne bedeutet, das Verbrechen umfassend an der Wurzel seiner Entstehung anzugehen. Damit spricht diese Aufgabe koordiniertes staatliches Handeln ebenso wie private Aktivitäten in nahezu allen Lebensbereichen an. (. . .)

Prävention muß an den gesellschaftlichen Grundlagen der Kriminalitätsentstehung ansetzen und reicht damit über Kompetenzen und Möglichkeiten der Polizei weit hinaus. Wir freuen uns daher, daß neben den Vertretern der Justiz und der kriminologischen Institute auch Mitarbeiter aus den Bereichen der Jugendfürsorge und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Städteplanung, der Industrie... unserer Einladung gefolgt sind."

Gemmer, der in seinem Referat die Kategorie der "Sozialschädlichkeit" zur Täterbeschreibung einführt, formuliert am Ende der BKA-Tagung:

"Prävention verlangt einen engmaschigen Informationsaustausch zwischen allen relevanten staatlichen Entscheidungsträgern (z.B. Sozial-, Jugend-, Justizbehörden). Alle einschlägigen Daten sind in eine umfassende forschende Prävention der verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte einzubringen."

Zum Thema "Jugendschutz", der auf dieser Tagung in einer zweiten Arbeitsgruppe behandelt wurde, fordert Gemmer:

"Polizei und Jugendamt sollen verstärkt kooperieren, zur Vermeidung von Doppelarbeit und Konflikten aber ihre Arbeitsbereiche klar voneinander abgrenzen."

Nachdem die technische Ausstattung des BKA den Vorstellungen der Verantwortlichen weitgehend entspricht, stieß die Benutzung dieses Apparates auf juristische bzw. Kompetenzschranken. Karlheinz Gemmer widmet sich im Oktober 1976 diesem Problem:

Gemmer: Ich sehe in der faktischen Untrennbarkeit von Aufgaben des Polizei- und Strafverfahrensrechts den Grund dafür, daß die Einbindung der polizeilichen Ermittlungsbeamten in die Justiz zu keinem sicherheitspolizeilich befriedigenden Ergebnis geführt hat und daß die Polizei sich gezwungen sah, sowohl im Zuge großräumiger Bekämpfungsstrategien als auch bei der Ermittlung in Einzelkomplexen über den bisherigen Rahmen des § 163 StPO hinaus tätig zu werden.

Gerade dieser Problembereich zeigt ganz deutlich, daß der Gesamtverantwortung der Staatsanwaltschaft für das individuelle Ermittlungsverfahren eine Eigenverantwortung der Polizei auch rechtlich zugeordnet werden muß.

Ich möchte anregen, daß die Staatsanwaltschaft mit der Polizei gemeinsame Ausbildungsprogramme beschließt. Das BKA ist bereit, im Rahmen dieser Ausbildung ein- bis zweiwöchige Seminare für Staatsanwälte zu veranstalten.

Eine Störung des BKA-Friedens ist die öffentliche Debatte, die im Jahre 1979 vor allem der SPIEGEL zum Thema "Datenschutz" anheizt. In seinem erwähnten Beitrag vom Januar 1980 widmet sich Gemmer diesem Problem recht souverän:

Gemmer: Beim Thema "Fahndung" kann nicht nur die Rede sein von Vorzügen, welche sich aus der Nutzung moderner Techniken im Fahndungsalltag der Polizei ergeben. Es müssen auch die rechtlichen Zweifel angesprochen werden, die neuerdings unter Gesichtspunkten der Datenschutzes auch gegenüber polizeilichen Fahndungssammlungen erhoben werden, die, wenn auch oft inaktuell und nicht verknüpfbar, schon seit eh und je geführt worden sind.

Diskussionen um den Individualrechtsschutz im Bereich der Informationsbearbeitung dürfen aber nicht zu einer Verunsicherung der Polizeibeamten führen.

Wollen wir nicht bei der Bekämpfung schwerster Kriminalität den Erfolg dem Zufall überlassen, müssen unsere Verdachtsraster für ungezielte Fahndung immer mehr verfeindert und angepaßt werden. Damit laufen wir aber Gefahr, daß Kriterien für eine Überprüfung auch bei Unbeteiligten vorliegen können. Nicht nur gesuchte Straftäter mieten, kaufen oder nutzen eben auf diese oder jene Weise eine Wohnung oder ein Fahrzeug, leeren ihren Briefkasten selten, pflegen seiner zeitlichen und räumlichen Verteilung, als auch für einzelne Tat-, Täter- und Opfer-Bereiche ermöglichen. Nach Aufbau des erwähnten Datenverbundsystems möchten wir dazu in erster Linie die zu Bekämpfungszwecken als "Polizeidaten" gesammelten Informationen massenstatistisch auswerten.

Eine zusätzliche Aufgabe dieser Forschung besteht darin, technisch-taktische Einsatzmittel der Polizei, besonders auf den Gebieten des Fernmeldewesens, der Optik, der Elektroakustik sowie der Waffen und Geräte zu entwickeln und zu erproben.

Die "Kommandozentrale" in Wiesbaden visiert inzwischen offensichtlich die computer-mäßige Erfassung und Kontrolle der bewohnten Teile der Erde an. Dies deutet jedenfalls ihre "Rundfrage an 20 bedeutende Interpol-Zentralbüros" an, von der Gemmer während einer Arbeitstagung des BKA im Oktober 1974 berichtet. Sein oberster Dienstherr damals: Innenminister Maihofer.

Gemmer: Wir fragten u.a. nach Entwicklung organisierten Verbrechens, nach Möglichkeiten und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung, nach dem Einsatz polizeilicher Spezialeinheiten, nach dem Stand der Observation und der Verwendung von undercover-agents (dt.: Spitzel). Zur Bekämpfungsstrategie scheint man jedenfalls, um das vorwegzunehmen, nirgends einen Stein der Weisen entdeckt zu haben (. . .)

Auch die politisch motivierte Gewaltkriminalität muß im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen gesehen werden. Die Delikte sind nach Vorbereitung, Durchführung und Abdeckung organisierte Kriminalität in jedem Sinne des Wortes. Der durchweg mehrstufige Aufbau von anarchistischen Untergrund- oder leeren ihren Briefkasten selten, pflegen spezielle Zahlungsgewohnheiten, geben sich gegenüber Mitbewohnern reserviert

und verschlossen, tragen Kleidung von zurückhaltend gediegenem Stil oder besuchen in kurzen Abständen spezielle Länder . . . "

Gemmer - der Mann ist gemeingefährlich; der ist, nach seinen eigenen Kriterien, kriminell: bei seinen Reisegewohnheiten; bei seiner Kleidung; bei seinem Briefkasten; Gemmer ist eine PIP (Polizeilich interessante Person).

Gemmer - der Mann hat keine Jugend gehabt; als er 10 war, fing der Krieg an; als er 16 war, wars vorbei mit "Führer, Volk und Vaterland". Gemmer soll ausflippen.

Franco Primavera

aus: Pflasterstrand, Stadtzeitung für Krankfurt Nr. 83

WENN DER GEFANGENE NICHT ZUR DEMO DARF – DANN KOMMEN HALT DIE DEMONSTRANTEN ZUM GEFANGENEN !

Folgenden Brief schrieb Eso Oldefest, einer der Inhaftierten aus dem Grohnde-Prozeß, anläßlich der Demonstration in Lingen gegen den Ausbau von kerntechnischen Anlagen:

Hallo,

am 14.6.80 sollte in Lingen eine Demonstration gegen den geplanten Ausbau von AKW's und anderen kerntechnischen Anlagen hier im Emsland stattfinden.

Hierzu stellten mehrere Gefangene der JVA Lingen I einen Antrag auf Ausgang zu einer politischen Veranstaltung. Die Anstalt lehnte den Antrag bei einem Mithäftling wie folgt ab: *„Der Gefangene Oldefest hatte einen Antrag auf Ausgang zur politischen Veranstaltung zum Zwecke der gleichzeitigen Teilnahme an einer von Bürgerinitiativen geplanten öffentlichen Demonstration gegen Kernkraftwerke (siehe u.a.) gestellt. Soweit Sie sich auf diesen Antrag beziehen, wird der gleichlautende Antrag wegen der erhöhten Mißbrauchsgefahr von Vollzugslockerungen bei der Art dieser Veranstaltungen auch zu Ihrem Schutz abgelehnt. Bei Christian Gerke ist wegen Mißbrauchs des Demonstrationsrechts im Zusammenhang mit der Demonstration gegen die Errichtung des AKW's Grohnde verurteilt worden und befindet sich z.Z. deshalb in Strafhaft. Ein neuerlicher Mißbrauch bei der Art der geplanten Veranstlatung kann nicht mit der erforderlichen Sicherheit ausgeschlossen werden."*

Bei mir wurde der Ausgang bis jetzt nicht eröffnet, weder im positivien noch im negativen Sinn. Ich bin gespannt, was sie mir und einem weiteren Mitgefangenen eröffnen werden.

Und so kam es, daß sich am Nachmittag so gegen 14.45 Uhr so langsam, aber sicher ca. 200 Leute durch Singen von Liedern, Sprechchören etc. versammelten und so lautstark die Solidarität mit den Inhaftierten von draußen her bekundeten. Es wurde „Freiheit für alle Gefangenen" gefordert sowie die Aufseher aufgefordert, ihre Schlüssel wegzuwerfen. Eine gewisse Unruhe unter den Wärtern am Tor machte sich breit. Sogar den Sicherheitsinspektor hatte man von zuhause geholt. Jetzt machte man sich nicht mehr um uns Sorgen, sondern um die Anstalt. Von seiten der Inhaftierten wurde der Besuch sowie die Forderungen gut aufgenommen. Besonders jene nach „Freiheit für alle Gefangenen."

Ich hatte schnell eine Fahne gemacht mit Stern und AKW-Nee und diese aus dem Fenster gehänft. Auch die Schmiere war kurz vertreten, zog aber nach Beruhigung seitens des Sicherheitsinspektors wieder ab. Es ist ein sehr schönes Gefühl, wenn da am Tor so plötzlich Leute auftauchen und einen grüssen. Mann/Frau ist auf einmal nicht mehr allein. Es tut gut, diese Solidarität zu spüren. Etliche meiner Mitgefangenen waren beeindruckt, daß sich die Leute auf den Weg hierher machen, um einen zu besuchen. Ich möchte mich nochmal für die gezeigte Solidarität bedanken. Mir selber wurde die Ablehnung erst heute (16.6.) mit demselben Wortlaut wie bei Christian und Jerry gegeben. Ebenso erhielt ein weiterer Mitgefangener auch erst heute seine Ablehnung. Wir haben uns also am Sonnabend in Schutzhaft befunden. Wie Mann/Frau unschwer erkennen kann, ist die Anstalt sehr bemüht, uns ein straffreies Leben zu ermöglichen. Der Anstalt sei Lob und Dank für ihre aufopfernden Bemühungen. Wir sind jedoch in der Lage, auf uns selbst aufzupassen. Ferner erwägen wir gegen diesen Beschluß Beschwerde einzulegen, da, wie sich gezeigt hat, es keinerlei Anlaß gab, die Vollzugslockerungen zu mißbrauchen, was das Verhalten der Besucher am Tor eindeutig bewiesen hat. Die Anstalt maßt sich also eine Beurteilung darüber an (und noch über einiges andere, d. Red.), was und wer kriminell ist, in dem sie uns nicht nur strafbare Handlungen unterstellen, sondern auch den Teilnehmern dieser Demo.

Damit so etwas in Zukunft nicht wieder vorkommt, möchte ich euch bitten, euren Protest zum Ausdruck zu vringen. Mit diesem Beschluß wird in eklatanter Weise das im Grundgesetz verbriefte Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten.

Schreibt an den Vollzugsleiter der JVA Lingen, Abt. Gr. Hesepe, 4478 Geeste 4, Kirschenstr. 50.

Besuch am Morgen:

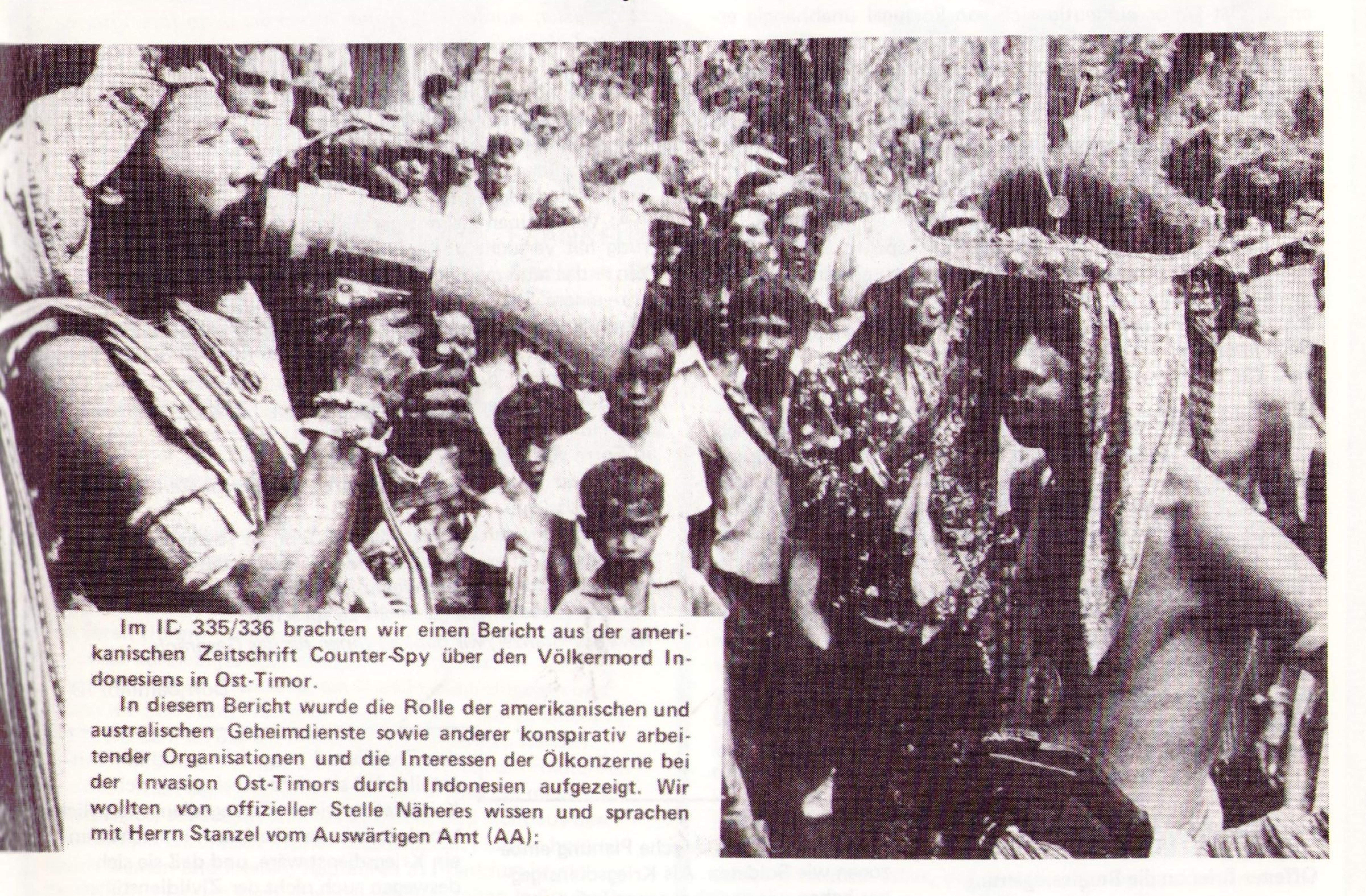
Bei Strobo

Lieferung eines Münzzähler ?

Heute morgen haben uns zwei Angestellte der EWR besucht, um uns einen Münzzähler einzusetzen. Die EWR wollten damit unserem Stromzahlungsboykott, den wir seit September 79 durchführen, begegnen. Wir haben die Türen verschlossen und mit Brettern verrammelt und die beiden Angestellten nicht reingelassen. Sie sind nach kurzer Diskussion wieder abgefahren und haben angekündigt, daß sie das nächste Mal mit einem richterlichen Beschluß zurückkommen wollen. In der Diskussion beriefen sie sich darauf, daß wir mit den EWR einen Geschäftsvertrag eingegangen wären, den wir durch volle Zahlung der Stromrehcnung einhalten müßten – dabei spiele die Stromerzeugung z.B. in Atomkraftwerken keine Rolle. Wir entgegneten darauf, daß sie sich als Monopolunternehmen nicht auf diesen Geschäftsvertrag berufen könnten, da wir gezwungen seien, ihnen Strom abzunehmen und keinen Einfluß darauf hätten, wie der Strom erzeugt würde – umgedreht würde uns aber das Sicherheitsrisiko der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke aufgebürdet. Aus diesem Grunde könnten für den Geschäftsvertrag nicht die Bedingungen der Marktwirtschaft gelten. Im übrigen könnten sie uns ja auf vollständige Zahlung der Stromrechnung verklagen. Vorher würden wir keinen Grund sehen, unseren normalen Zähler gegen einen Münzzähler auszutauschen, zumal über die Installation eines Münzzählers nichts in den Geschäftsbedingungen der EWR festgehalten sei. Von daher betrachten wir auch die Rechtslage bezüglich der Installation eines Münzzählers bei 10%iger Stromzahlungsverweigerung als ungeklärt.

Kontakt: Stroboinitiative Rheinhessen Mainz Wiesbaden, c/o Manfred Bucher, Mainzer Str. 22, 6501 Schwabenheim.

völkermord in ost-timor



Im ID 335/336 brachten wir einen Bericht aus der amerikanischen Zeitschrift Counter-Spy über den Völkermord Indonesiens in Ost-Timor.

In diesem Bericht wurde die Rolle der amerikanischen und australischen Geheimdienste sowie anderer konspirativ arbeitender Organisationen und die Interessen der Ölkonzerne bei der Invasion Ost-Timors durch Indonesien aufgezeigt. Wir wollten von offizieller Stelle Näheres wissen und sprachen mit Herrn Stanzel vom Auswärtigen Amt (AA):

ID: Das AA schrieb in einem Brief an die Gesellschaft für bedrohte Völker vom 7.März 1980, daß „sicherlich die Situation noch keineswegs so" ist, „daß auf Hilfe verzichtet werden könnte. Dies ist auch nicht geplant, im Gegenteil." Was hat die Bundesregierung für 1980 geplant, die jetzigen Zustände, die nach Aussagen eines Mitarbeiters des Internationalen Roten Kreuzes „so schlimm war, wie in Biafra und möglicherweise so ernsthaft wie in Kambodscha" zu ändern bzw. zu verbessern?

AA: Im letzten Jahr kamen 200.000 DM aus Mitteln für humanitäre Hilfe. Dieses Jahr kommt aus unseren Mitteln für humanitäre Hilfe nichts, weil — und das steht ja auch in dem Brief, den sie bekommen haben — die Sache so aussieht, als hätte man sie in Griff bekommen. Es gibt ca. 22.000 freiwillig zurückgekehrte Flüchtlinge, und Indonesien bemüht sich also auch inzwischen, da was zu tun. Die Bundesregierung hat vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) — und zwar für 1980 — 100.000 DM für hochwertige Lebensmittel vorgesehen.

ID: Hat das BMZ eine Ahnung, wer das bekommt?

AA: Für die zurückgekehrten Flüchtlinge, im gleichen Sinn wie humanitäre Hilfe.

ID: Ja, bekommen das die karikativen Verbände oder Indonesien selbst?

AA: Also, da bin ich jetzt nicht drüber orientiert, an wen das BMZ das genau gibt. Aber es läuft so, manchmal so, daß es an die karikativen Verbände geht, die da die Sachen direkt verteilen.

ID: Sind denn 100.000 DM nicht ein bißchen wenig, wenn man bedenkt, daß es 1977 einen Kabinettsbeschluß gegeben hat, demzufolge die BRD eine Bürgschaft über einen Kredit für den Ankauf von 2 U-Booten für die indonesische Marine übernommen hat? Ferner bekommt Indonesien im Rahmen der Entwicklungshilfe einen jährlichen Betrag von 150 Millionen DM und bekam Lieferungen von BO-105-Hubschraubern. Mit Hilfe der U-Boote wird seit 1975 eine Seeblockade über Ost-Timor aufrechterhalten.

AA: Welche Seeblockade, bitte?

ID: Die Seeblockade der indonesischen Regierung über Ost--Timor. . .

AA: Ach so, ja, ja.

ID: Und der Kredit zum Ankauf von U-Booten ist von der Bundesregierung genehmigt worden. .. .

AA: Ja (lacht), doch nicht zur Zweckbestimmung, eine Seeblockade einzurichten, nicht?

ID: Das wurde aber dadurch unterstützt.

AA: Na ja, also, Indonesien, mit dem wir im Rahmen der ASEAN-EG auch zusammenarbeiten. Und zum Problem selbst haben Sie ja sicher die Information, daß da die Bundesrepublik sich in der Abstimmung bei den Vereinten Nationen der Stimme enthalten hat, gemeinsam mit den anderen EG-Ländern.

ID: ich verstehe nicht, daß die Bundesregierung keinen Einspruch gegen den Einmarsch Indonesiens erhoben hat, denn die Ost-Timoresen hatten ihre Unabhängigkeit ausgerufen.

AA: Ja, es ist bekannt, daß eine von den verschiedenen Parteien in Ost-Timor eindeutig sich von Portugal unabhängig erklärt hat und nicht einmal Portugal hat dies anerkannt, während drei andere Organisationen sich für den Anschluß an Indonesien ausgesprochen haben. Eindeutig ist, daß es zum Aufstand gegen den Einmarsch von indonesischen Truppen gekommen ist, für die wir für notwendig erachtet haben, Unterstützung zu leisten. Offensichtlich ist auch seit Anfang des Jahres, daß Indonesien versucht, das Ganze zumindest spektakulär zu machen, daß Indonesien von seiner Seite versucht, das Ganze, zumindest die humanitären Aspekte, in den Griff zu bekommen. Und in der Folge ist auch zu erklären, daß da 22.000 Flüchtlinge zurückgekehrt sind.

ID: Also nach unseren Informationen leben dort 240.000 Ost-Timoresen in Konzentrationslagern.

AA: Wo, in Ost-Timor selbst?

ID: Ja.

AA: Ja, diese Informationen habe ich hier nicht, aber ich verlasse mich auf die Informationen von unserer Abteilung, die wir hier haben.

ID: Wir haben noch weitere Informationen, z.B., daß Frank Church gesagt hat, daß „in Ost-Timor die schlimmste Situation herrsche, die er in 14 Jahren Unterstützungsarbeit in Asien gesehen" habe. Dies hat er im späten Oktober 1977 festgestellt, während das AA in seinem Brief an die Gesellschaft für bedrohte Völker von „einer erheblichen Verbesserung im zweiten Halbjahr 79" sprach.

AA: Wir können doch nicht die Aussage von Frank Church gegen die Aussagen von den zuständigen Abteilungen ausspielen. Da finden sich immer zu irgendwelchen Problemen die verschiedensten Aussagen. Das sehen Sie ja in Kambodscha wieder. Sie haben Berichte, daß alles glänzend ist und Berichte, daß alles im Elend ist. Von unserer Seite wird natürlich versucht, herauszufinden, was dort läuft und wenn möglich, in Abstimmung mit den anderen EG-Ländern entsprechende Schlußfolgerungen für unsere Politik zu ziehen.

Die USA haben ja, soweit ich weiß, zugunsten Indonesiens abgestimmt in der UNO. Also hat dort eine ganz andere Meinung, eine weitgehend andere Meinung als Frank Church.

ID: Nur war Frank Church vom Catholic Relief Services (CRS) selbst in Dili, während von ihnen ja niemand ins Land reingelassen worden ist. Woher haben Sie denn Ihre Informationen? Holen Sie sich von den offiziellen Stellen, Indonesien, Australien?

AA: Sie können sich darauf verlassen, daß wir auch bemüht sind, Informationen von allen Seiten zu bekommen.

ID: Also, wenn bekannt ist, daß über 300.000 Menschen dort umgekommen sind, dann ist es schon sehr fraglich, daß man da gar nichts dagegen tut.

AA: Was meinen Sie mit gar nichts tun? Ich meine, die Regierung hat versucht und versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten — das muß man immer berücksichtigen, die Möglichkeiten von einem Staat wie den der BRD — das Gegebene zu tun. Obwohl wie gesagt, Indonesien im Rahmen der ASEAN mit der EG eng zusammenarbeitet, sich die BRD in diesem Falle der Stimme in der UNO enthalten hat mit den anderen EG-Staaten, andererseits zugunsten dieser Notleidenden von Ost-Timor finanzielle Unterstützung geleistet hat und jetzt in Form von BMZ immer noch leistet.

ID: Es ist ja wohl nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wie das so aussieht.

AA: Ein Tropfen auf den heißen Stein ist sowas immer. Und was abgesehen wie in Kambodscha notwendig wäre und den Indochina-Flüchtlingen eigentlich notwendig wäre, von den Somalia-Flüchtlingen gar nicht zu sprechen.

ID: Herr Stanzel, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Don Camillo/ ID

"WIR VERWEIGERN ... "

Offener Brief an die Bundesregierung

Wir sind Kriegsdienstgegnerinnen und -gegner, Zivildienstleistende und ehemalige Zivildienstleistende.

Zusammengefunden haben wir uns, weil der Frieden gefährdet und ein dritter Weltkrieg näher denn je ist.

Uns erschreckt die zunehmende Bereitschaft in der ganzen Welt, militärische Gewalt als Mittel der Politik einzusetzen.

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan erschreckt uns dabei gleichermaßen wie die mißlungene amerikanische Geiselbefreiung im Iran.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Bereitschaft zu, sich an kriegerischen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Im Kriegsfall werden Kriegsdienstverweigerer zu einem unbefristeten Ersatzdienst herangezogen, um für die Kriegsführung wichtige Funktionen zu übernehmen (Zivilverteidigung). (§ 79 ZDG). Ebenso können Frauen dienstverpflichtet werden (Art. 12, 4 GG). Wir sind demnach genauso in die militärische Planung einbezogen wie Soldaten. Als Kriegsdienstgegner haben wir uns aber gegen jede Beteiligung an kriegerischen Handlungen entschieden.

Wir verweigern deshalb die Dienstverpflichtung im Kriegsfall und jede Zusammenarbeit mit militärischen und militärähnlichen Behörden (BAZ, Bundesamt für den Zivildienst).

Wir weigern uns, die Pflichten, die uns das Zivildienstgesetz durch Zivildienstüberwachung (§ 23 ZDG) auferlegt, zu erfüllen.

Wir fordern alle Menschen auf, sich der militärischen Einplanung zu widersetzen!

Krieg ist kein Mittel, internationale Konflikte zu lösen!

Seckach, den 3. Mai 1980.

Anmerkung zum Offenen Brief:

Beiliegenden Brief haben wir an Bundeskanzler Helmut Schmidt geschickt.

Die Zdl und ehemaligen Zdl unter uns haben auch an das BAZ (Bundesamt für den Zivildienst) geschrieben und ihm mitgeteilt, daß sie nicht bereit sind, sich im Kriegsfall zu einem Zwangsdienst verpflichten zu lassen, der eben auch ohne Waffen ein Kriegsdienst wäre, und daß sie sich deswegen auch nicht der Zivildienstüberwachung unterziehen werden, d.h. die Pflichten, die uns das Zivildienstüberwachungsamt auferlegt, nicht erfüllen.

Die Frauen unter uns haben in gleicher Weise dem zuständigen Ordnungsamt (Einwohnermeldeamt etc.) geschrieben und ihm mitgeteilt, daß sie jede Zwangsdienstverpflichtung im Kriegsfall verweigern werden. (Die Möglichkeit einer Zwangsdienstverpflichtung für Frauen besteht schon jetzt nach Art. 12 a, Abs. 4 GG).

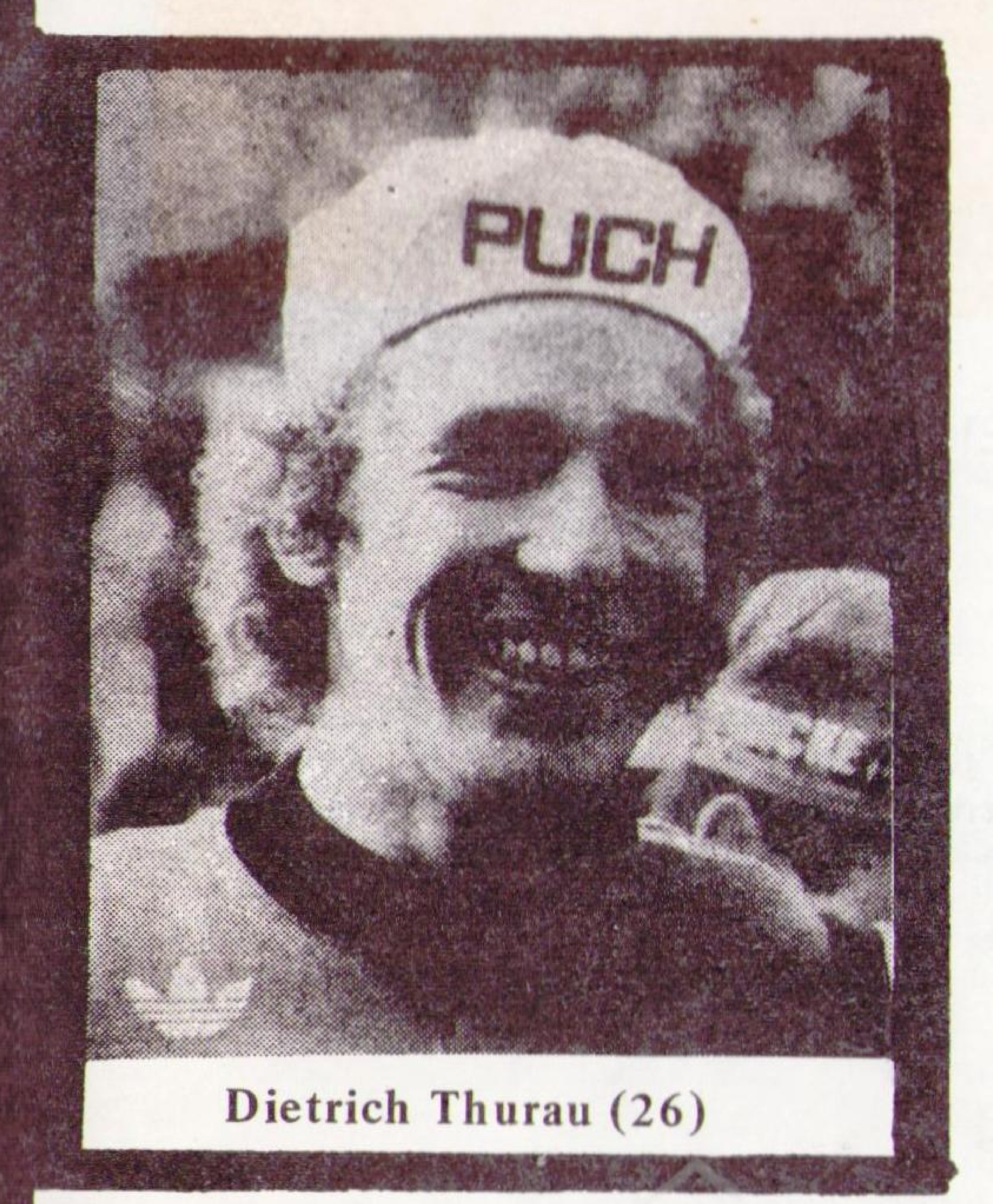
Sollte irgendjemand diese Aktion auch für sich gutfinden und sich zu einem ähnlichen Schritt entschließen, so möchte er bitte eine Kopie seiner Erklärung an die unten angegebene Adresse schicken. Möchte jemand genaueres wissen, wende er sich ebenfalls an die genannte Adresse.

Stellt euch vor,
sie gäben einen Krieg,
— und keiner käme!

Kontakt: Gudrun Hahn
Oldenburger Str. 10, 1000 Berlin 21

DIDI THURAU:

So nicht!



Dietrich Thurau (26)

FRANKFURTER RADSPORTSTAR PACKT AUS

Frankfurt, 26. Juni(Hsinhua) Dietrich Thurau hielt zum Start der Tour de France eine überraschende Rede: „ Die Humanisierung meines Arbeitsplatzes fängt bei den Radwegen an !"

Meine Damen und Herren, liebe Radsportfreunde und Alltagsradfahrer!

Zum ersten Male in der Radsportgeschichte haben meine CDU-Freunde im Römer es verstanden, den Start der Tour de France nach Frankfurt zu holen und uns auch die Durchfahrtsrechte durch verfeindete Umlandgemeinden zu sichern, die eigentlich mit ihren (Ihren? , unseren?) Steuergroschen anderes wollten, als unser kurzlebiges Spektakel zu unterstützen.
Treten wir diesen kleinkarierten Rechthabern entgegen und lassen wir Start und Prolog der diesjährigen Tour zu einem Ereignis werden, an das wir alle lange zurückdenken werden!
Als alter Frankfurter möchte ich einige Worte zum Radfahren in dieser Stadt sagen, natürlich aus der Perspektive meines Arbeitsplatzes, sozusagen vom Sattel herab, und nicht aus der schützenden Blechhaut meines bescheidenen Porsche heraus.
Meine Damen und Herren, Radfahren in Frankfurt ist ein SKANDAL! Ob ich nach Trainingsmöglichkeiten in Stadtnähe suche, ob ich Mami und Papi in Schwanheim besuche, ob ich mein Schöppchen im Interconti abschlucken will – immer lebe ich gefährlich. Auch und gerade uns Profis auf unseren Titanleichtbausuperrädern fehlen die Radwege, die in unserer Stadt auch der Normalbürger, der in die Schule oder zum Arbeitsplatz rollen will, vergeblich sucht.
Wie Sie an meinen – zugegebenermaßen – schlechten Leistungen der letzten Zeit sehen, zermürbt die katastrophale Situation auf Dauer auch die Besten, zu denen ich mich – bescheiden, wie ich bin – zähle.
Wenn Sie mich bei der diesjährigen Tour de France wieder um den Anschluß an die Spitzengruppe kämpfen sehen, der feigen Übermacht der Holländer, Belgier und Italiener trotzend, wie ich das als tapferer Schwanheimer Bub gewöhnt bin, dann vergessen Sie nicht :
Hollands Radfahrer haben die besten Radwege der Welt vor der Haustür, die Belgier haben die besten Doping-Mittel, die Italiener können mich nicht leiden und Bernard Hinault, der die Tour eh gewinnen wird, hat ruhige bretonische Landstrassen, wo die Autofahrer anhalten und jubeln, wenn er beim Training vorbeikommt.
Gans anders meine Situation: In diese radfahrerfeindliche Betonwüste Frankfurts hineingeboren fuhr ich von Kindesbeinen an gegen eine Welt von Feinden – gegen den Berufsverkehr, die Einbahnstrassen und im letzten Jahr hinterm Feldberg auch noch gegen ein Postauto, was mich fast meine Karriere gekostet hätte.
Mein Freund Walter Wallmann und seine radfahrenden Magistratskollegen planen zwar seit langem den Ausbau der Radwege, aber leider sind sie dabei durch die Planung der U–Bahn, der Bundes-Gartenschau, der Bodenspekulation und der Berufsverbote etwas in Rückstand geraten.
Planen wir, meine Damen und Herren, also bürgernah: machen wir die fehlenden Radwege selbst, damit sie der Planungsdezernent im nächsten Haushaltsjahr absegnen und finanzieren kann!
Von der liberalen Karry–Lösung, der einen Radfahrer–Tunnel unter dem Alleenring, sowie verschiedene Rüssel und Tangenten fordert, um sich weiter zu profilieren, halte ich im übrigen ziemlich wenig. Da kommt doch wieder nur eine U–Bahn heraus, damit er schneller von seiner Villa in Seckbach zum Bahnhof kommt.
Für besser halte ich die jetzt schon existierenden Klebeetiketten „Parkt nicht auf unseren Wegen", die die Autofahrer und Planer darauf hinweisen sollen, daß überall unter den parkenden Autos Radwege verlaufen oder wo WIR in nächster Zeit welche planen.
Meine Damen und Herren, dies alles sagt Ihnen ein Mann aus der Praxis, dessen Brötchen und der zugehörige Kaviar sozusagen auf der Straße liegen bzw. an verbesserten Radwegen hängen. Schweren Herzens habe ich mich entschlossen, mich einmal an eine andere Öffentlichkeit als die der BILD–Zeitung zu wenden und so hart mit meiner alten Heimat ins Gericht zu gehen.
Aber: Wat mutt – dat mutt! wie der alte Frankfurter sagt.
Deshalb vermache ich in diesem Jahr 50 % meiner Spurtprämien den Bürgerinitiativen zur Verbesserung der Radwege in Frankfurt, vorausgesetzt natürlich ich komme die Alpen und die Pyrenäen hoch *(Grinsen Sie nicht so dreckig!)*, wie ich in den ersten Tagen den Vilbeler und den Mammolshainer Berg hochkomme.
Und zum Schluß noch eine Bitte: **Schaun Sie doch mal beim PROLOG vorbei (Donnerstag, 26. Juli, 15 Uhr, Messegelände) und bringen Sie Ihr Rad mit !**
Auch wenn Sie beim Zeitfahren nicht mitmachen wollen – ich winke Ihnen zu.
Wir können noch viel zusammen machen!
Gruß und Kuß
Ihr Schwanemer Bub und teutonischer Nationalheld
Dietrich Thurau

Fast hätte ich's vergessen: Bitte keine Mittelchen in die Pullen, die Sie mir unterwegs geben! Was ich brauch' hab' ich dabei!

Postvertriebsstück | Nr. 340 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Gebühr bezahlt

D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	30.– DM
Halbjahr (24 Heftte) :	60.– DM
Jahresabo (48 Hefte) :	120.– DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO. KEIN ID IM KASTEN!

ID Nr. 340
Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.997.000 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!!!

INHALTSVERZEICHNIS